

Ergebnis der Vorberatung der Anträge
zum Doppelhaushaltsplan 2010/2011 und zur Finanzplanung bis 2013
zur 3. Lesung am 18. Dezember 2009

Einschließlich behandelter Punkte zum Haushaltssicherungskonzept 2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
				Übergreifende Themen Haushaltsausgleich, Grundsteuer, Gewerbesteuer	
1				2. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2010/2011 und Entwicklung des Finanzstatus nach der 2. Lesung	GRDRs 1424/2009
2				Massnahmen zur Verbesserung des Ergebnishaushalts gegenüber dem Finanzstatus nach der 2. Lesung	GRDRs 1425/2009
3	9006110	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) Ämterübergreifende Maßnahmen, Einnahmen - Erhöhung der Grundsteuer B auf 470 v. H.	GRDRs 931/2009
		Bündnis 90/DIE GRÜNEN	364	Sonderprogramm Solidarisch Sanieren. 5 Jahre Steuererhöhung 1. Die Grundsteuer wird um weitere 50 Punkte auf einen Hebesatz von 520 Punkten erhöht 4. In fünf Jahren wird überprüft, ob die erhöhte Grundsteuer zur Finanzierung des Programms noch erforderlich ist, oder ob diese über den normalen Haushalt erfolgen kann	3. Lesung GRDRs 1357/2009 GRDRs 1218/2009
			684	1. Zweckbindung zusätzlicher Grundsteuererhöhung für Investitionen in Schulhäusern und Kinderbetreuungseinrichtungen 2. Kreditaufnahme (150 Mio. EUR) in Höhe der mit den zusätzlichen Einnahmen (13,7 Mio. EUR) finanzierbaren Zinsen und Tilgungen 3. Aufnahme der Darlehen als Annuitätenkredit mit anfänglich 5% Tilgung	
		SPD	482	Der Hebesatz für die Grundsteuer wird um 100 Punkte erhöht.	
		FDP	514	Keine Erhöhung der Grundsteuer	
		Freie Wähler	523	dto.	
4	9006110	SÖS und Linke	567	Haushaltssicherungskonzept 2009 Der Hebesatz der Gewerbesteuer wird auf 450 Punkte erhöht	Ablehnung GRDRs 1288/2009
		FDP	514	Keine Erhöhung der Gewerbesteuer	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
5		Verwaltung		<p style="text-align: center;">Gemeinderat</p> <p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) - Anpassung Geschäftsausgaben Fraktionen</p>	Zustimmung
6	0208100	Verwaltung		<p style="text-align: center;">Oberbürgermeister</p> <p>Mitteilungsvorlage „125 Jahre Automobil - Der Beitrag der Landeshauptstadt zum Jubiläumsjahr 2011: Stand der Überlegungen“ (GRDrs 904/2009 mit Ergänzung) - Gewährung eines Gesellschafterzuschusses an die Stuttgart Marketing GmbH (40.000 EUR in 2010, 80.000 in 2011)</p>	Bereitstellung von 80.000 EUR als Sonderzuschuss
7	810	SÖS und LINKE	576	<p>Maßnahmen zur Eindämmung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Stadt Stuttgart stellt eine/-n Beauftragten für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ein 2. Die Stadt Stuttgart stellt ein Budget bereit für die antifaschistische und antirassistische Arbeit von Vereinen und Initiativen 	Ablehnung GRDrs 1191/2009
	810	StR Kanzleiter (SPD)	mündlich	Thema „Kampf gegen Rechtsextremismus“ Anfang 2010 auf die Tagesordnung des VA setzen	Der Oberbürgermeister hat einen Bericht im nächsten Jahr zugesagt
8	813	Verwaltung		<p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) Reduzierung von Sachaufwand in der Stabsabteilung Kommunikation</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einsparung bei Herstellung/Vertrieb Amtsblatt - Reduzierung Geschäftsausgaben/Pressearbeit - Einsparung allg. Öffentlichkeitsarbeit 	Zustimmung
		DIE REPUBLIKANER	635	Im Etat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird der Budgetansatz für Konto 42510 (Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) um jeweils 290.000 EUR auf 1.000.000 EUR p. a. herabgesetzt	Ablehnung GRDrs 1186/2009
9	813	FDP	701	<p>Medienprojekte Neue Arbeit gGmbH</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verwaltung stellt bis zur 3. Lesung dar, wie und zu welchen Kosten das Projekt umgesetzt werden kann 2. Die notwendigen Finanzmittel sind aus dem Haushalt von L/OB-K bereit zu stellen 	3. Lesung GRDrs 1397/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
10	810	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) Reduzierung von Zuschüssen in der Stabsabteilung Wirtschaftsförderung - an IHK für Startercenter und für Popbüro in 2010 - Eigenbeitrag MiPiM in 2011 - Reduzierung Engagement für Expo Real in 2010	Zustimmung
11	8107020	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Aufgabenschwerpunkte der Wirtschaftsförderung 2010/11“ (GRDrs 672/2009) Mittelbedarf pro Jahr 100.000 EUR	
		CDU	426	Mittelbereitstellung für Maßnahmen der Ansiedlung und Bestandspflege von Unternehmen (100.000 EUR/Jahr) im Doppelhaushalt 2010/2011	Bereitstellung von 90.500 EUR/Jahr
		FDP	522	Das Stadtteilmanagement erhält insgesamt Mittel in Höhe von 100.000 EUR. Davon sind die Personalkosten für den Stadtteilmanager abzuziehen (ca. 50.000 EUR)	
				<u>Stuttgart 21</u>	
12	900 u.a.	SÖS UND LINKE	614 und 326	Geld für S21 anderweitig investieren Rückzug aus dem Bahnprojekt, Auflösung der Rücklage in Höhe von ca. 200 Mio. EUR dto.	Ablehnung GRDrs 953/2009
		DIE REPUBLIKANER	630	Die in Kontengruppe 420 enthaltenen Budgets für Öffentlichkeitsarbeit (750 TEUR) und die Projekt-/Planungsmittel (1.000 TEUR) für das Projekt "Stuttgart 21" werden gestrichen	Ablehnung
		DIE REPUBLIKANER	630	Die in Kontengruppe 420 enthaltenen Budgets für Öffentlichkeitsarbeit (750 TEUR) und die Projekt-/Planungsmittel (1.000 TEUR) für das Projekt "Stuttgart 21" werden gestrichen	Ablehnung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
13	410	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, SPD u. SÖS und LINKE	675	<u>Mobilitäts- und Erlebniszentrum</u> Keine Kapitalherabsetzung bei der SVV / Geld für den ÖPNV sichern Rückabwicklung des GR-Beschlusses Kapitalherabsetzung SVV zur Finanzierung des Neubaus MEZ und Investitionszuschuss Planetarium	Wie beantragt
		CDU	393	Die Bausumme in Höhe von rd. 25 Mio. EUR soll als Deckung für die Finanzierung besonders dringender Investitionen im Doppelhaushalt 2010/2011 verwendet werden.	
		Freie Wähler	526	Deckungsvorschlag: Verschiebung Mobilitäts- und Erlebniszentrum	
		DIE REPUBLIKANER	617	Das Projekt „Mobilitäts- und Erlebniszentrum“ wird gestrichen. Die freiwerdenden Mittel werden zur Sanierung von Schulen und Straßen eingesetzt.	
14	4102910	Verwaltung		<u>Planetarium</u> Mitteilungsvorlage „Zukunft des Planetariums“ (GRDrs 846/2009)	GRDrs 1369/2009
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	Ziff. 2. Planetarium Dem Wunsch des Oberbürgermeisters entsprechend, keine Interimsinvestitionen für das Planetarium zu tätigen, wird keine Sanierung des Planetariums in Angriff genommen. Die im Haushalt eingestellten Mittel von 5 Mio. EUR stehen für andere Investitionen zur Verfügung.	Ablehnung
		SPD	668	Dem Planetarium wieder Leben geben! Die eingestellten 5 Mio. EUR für das Planetarium sind zu belassen und nicht für andere Zwecke zu verwenden.	Gemäß mdl. Antrag SPD, CDU und FDP beschlossen, 2,7 Mio EUR im DHH 2010/2011 für standortunabhängige Technikausrüstung zu belassen GRDrs 1248/2009
		Freie Wähler	525	Deckungsvorschläge Streichung Investitionszuschuss Planetarium (- 2,5 Mio. EUR)	
		SÖS UND LINKE	578	Planetarium Umzug des Planetariums findet nicht statt. Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Schutzmaßnahmen gegen Bauerschütterungen infolge S 21	Mit GRDrs 1084/2009 erledigt

Lfd. Nr.	THH/Amts -bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
15	810, 8107010, 8107020, u.a.	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN SPD	365 481	<p style="text-align: center;">Bürgermeisteramt</p> <p>Haushaltssicherungskonzept 2009 V. Stabsstellen Der so genannte Stabsstellenbereich trägt zur Einsparung von 150.000 EUR bei den Einsparzielen des HSK bei. Diese werden zur Reduzierung der vorgeschlagenen Kürzung bei der VHS verwendet VII. Verwendung Abmilderung der Streichungen in den Bereichen Soziales und Kultur, wie beispielsweise Bücherbus etc.</p> <p>Stabsstellenreduzierung 1. Übersicht über die Stabsstellen des Oberbürgermeisters a) Wie viele Stabsstellen sind tätig? b) Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten insgesamt in allen Stabsstellen? 2. Die Verwaltung macht hierzu Reduzierungsvorschläge analog zur Haushaltskonsolidierung (ausgenommen S-IP). 3. Überdies legt die Verwaltungsspitze Vorschläge vor, welche Events sie zukünftig einspart.</p>	Mit GRDRs 1067/2009 erledigt
16	81011...	Verwaltung DIE REPUBLIKANER	632	<p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kürzung der Etats für Qualitätsentwicklungsfonds und Kompetenzzentrum um 9,5% (Stuttgarter Bildungspartnerschaft) - Kürzung des Etats für Qualitätsentwicklungsfonds und Kompetenzzentrum um 9,5 % = 190.000 EUR <p>Stuttgarter Bildungspartnerschaft Die Verwaltung legt bis zur 2. Lesung einen konkreten Maßnahmenkatalog mit Ausweis konkreter Projekte und Zielsetzungen sowie der hierfür jeweils vorgesehenen Mittelansätze vor. Ohne eine klar erkennbare Projektstruktur muss überlegt werden, ob diese Mittel nicht eingespart werden können</p>	Zustimmung Mit GRDRs 1144/2009 erledigt
17	810	Verwaltung StR Wölfle (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)	mündlich RSA 14.10.09	<p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rückführung Bereich ICG auf Gleichstellungsfunktion <p>Vorlage des deutschlandweiten Städtevergleichs</p>	GRDRs 1081/2009 Zustimmung (Streichung einer 0,75 Stelle) Erledigt durch Erklärung der Verwaltung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
18	810	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) - Kürzung allg. Geschäftsausgaben (einschl. Bewirtung) im Bereich BMA (einschl. GPR) - Reduzierung Zuschuss für Kulturcafe Sarah um 10%	Zustimmung
19	8107030	Verwaltung SPD StR Wölfe (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) SÖS und LINKE DIE REPUBLIKANER	465 mündlich 583 634	Mitteilungsvorlagen „Aufgaben der Stabsabteilung für Integrationspolitik“ (GRDrs 858/2009) und „Interkulturelle Öffnung und Qualifizierung der islamischen Gemeinden in Stuttgart. Projektergebnisse und Perspektive für 2010/2011“ (GRDrs 854/2009) Integrationspolitik nachhaltig gestalten 1. Sicherstellung des weiteren Transfers von CLIP-Ergebnissen in Stuttgart durch 0,5 Stellen bei S-IP bis Ende 2012 2. Sprachförderung Zur Fortsetzung der städtischen Sprachkursförderung (Mama lernt Deutsch) werden weiterhin jährlich 140.000 EUR bereitgestellt 3. Individuelle Förderung/Lernhilfe ab Klasse 5 Bereitstellung von 75.000 EUR/Jahr bei S-IP für interkulturelle Qualitätsentwicklung an Schulen 4. Individuelle Lernbegleitung (GRDrs 588/2009) Bereitstellung von 45.000 EUR/Jahr Übersicht über die geförderten Sprachkurse Stabsstelle für Integrationspolitik sichern Finanzierung von folgenden Stellen bei S-IP: - 0,5 Stelle für die Fortführung des CLIP-Netzwerks und Umsetzung der Ergebnisse - 0,5 Stelle für die Fortführung des Kooperationsprojekts mit islamischen Gemeinden - 0,25 Stelle für Projektkoordination „Individuelle Lernbegleitung“ Stabsabteilung Integrationspolitik Vorlage einer Evaluation der Projekte/Maßnahmen der beiden zurückliegenden Jahre unter Berücksichtigung konkreter Zielsetzungen und Ergebnisfeststellungen	Kenntnisnahme GRDrs 1136/2009, 858/2009 und 854/2009 Wie beantragt, VA 2. Lesung Stellenplan Im Rahmen des HSK wurden beim Bürgermeisteramt die allgemeinen Geschäftsausgaben um 273.000 EUR reduziert. Davon entfallen 21.000 EUR auf die kommunale Sprachförderung durch Streichung von jährlich 7 Sprachkursen (vgl. GRDrs 1136/2009). Das Budget für die Sprachförderung reduziert sich damit auf 118.500 EUR Ablehnung Ablehnung GRDrs 1304/2009 Wie beantragt, VA 2. Lesung Stellenplan Wie beantragt, VA 2. Lesung Stellenplan zurückgezogen Ablehnung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
20	810	SÖS und LINKE	573	Schaffung einer Stabsstelle für ämterübergreifende Klimaschutzanalysen, die unmittelbar beim Oberbürgermeister angesiedelt ist	Ablehnung GRDRs 1123/2009
21	810	DIE REPUBLIKANER	633	Ersatzlose Streichung des Betriebskostenzuschusses für das Europahaus in der Nadlerstraße in Höhe von 10.000 EUR jährlich	Ablehnung Entsprechend GRDRs 1177/2009 und GRDRs 445/2008 wurde der Betriebskostenzuschuss um 47.800 EUR abzüglich 5 % = um 44.900 EUR aufgestockt
22	140	Verwaltung		<p><u>Rechnungsprüfungsamt</u></p> <p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) - Effektivierung von Prüfungsabläufen (Abbau von 2 Stellen)</p> <p>Referat Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser</p> <p><u>Haupt- und Personalamt</u></p>	GRDRs. 1280/2009 Anbringung kw-Vermerk an einer Stelle
23	Gesamt	StR'in Ripsam (CDU)	mündlich (RSA 14.10.2009)	Darstellung des Erfüllungsgrads der HSK-Vorgaben durch die Ämter und Referate	GRDRs 1070/2009
24	100	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) - Erhöhung Entgelte für Benutzung von Gemeinwesenzentren und anderen öffentlichen Gebäuden	Zustimmung GRDRs 1247/2009
		CDU	446	Entgelte für Veranstaltungen im Rathaus und Entgelte für die Benutzung von Gemeinwesenzentren und anderen öffentlichen Einrichtungen Detaillierte Darstellung zu den Veranstaltungen, Veranstalter, vereinnahmte Entgelte und Reservierungen für 2010	GRDRs 1247/2009 und GRDRs 942/2009 In 2. Lesung wie beantragt. Die Verwaltung wird im 1. Quartal 2010 eine Vorlage über die künftige Entgeltstruktur unterbreiten.
		SPD	456	1. Erster Punkt: Verzicht auf HSK-Maßnahme „Erhöhung der Entgelte für außerschulische Nutzungen bei einer Nutzung für Angebote an Kinder und Jugendliche und im Fort- und Weiterbildungsbereich (144.000 EUR)	Zurückgezogen
		FDP	521	Ehrenamt: Gebühren für die Nutzung von öffentlichen Hallen und Plätzen Es wird ein Betrag von 30.000 EUR in den Haushalt eingestellt. Damit sollen Veranstaltungen von gemeinnützigen Vereinen in öffentlichen Hallen und auf öffentlichen Plätzen bezuschusst bzw. die seither festgesetzten Gebühren reduziert werden	Zurückgezogen

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
25	100	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) Ämterübergreifende Maßnahmen, Personalaufwand - Wegfall der Ermächtigung für 15 Poolstellen für Wiedereinsteiger/-innen	GRDRs 1141/2009 Zustimmung Die Verwaltung sagt zu, den Anspruch auf Unterbringung von Wiedereinsteigern und Wiedereinsteigerinnen im Rahmen einer kostenneutralen Lösung zu erfüllen. Diese Fälle sind von der Wiederbesetzungssperre ausgenommen. Über die Entwicklung wird halbjährlich berichtet
		CDU	441	Beibehaltung des Wiedereinsteiger/-innenpool mit 15 Ermächtigungen	
		StR Stradinger (CDU)	mündlich	Erläuterung der strukturellen und finanziellen Aspekte des Wiedereinsteiger/-innenpools bzw. von dessen Wegfall	
		SÖS und LINKE	609	dto.	
		SPD	669	2. (Absatz 2) dto.	
26	100	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) Ämterübergreifende Maßnahmen, Personalaufwand - Einschränkung bei Weiterbeschäftigungen nach Ausbildungsabschluss	Zustimmung
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	388	Personalgänzungsmaßnahmen, Ziffer 3: Auszubildende In besonders zu begründenden Fällen können Auszubildende nach ihrer Ausbildung zu 100 % übernommen werden statt zu 75 %	GRDRs 1131/2009 Antrag zurückgezogen
		SÖS und LINKE	607	Weiterbeschäftigung nach der Ausbildung Der Gemeinderat lehnt die geplante Verkürzung des Beschäftigungsumfangs bei der Weiterbeschäftigung nach der Ausbildung auf 75 % ab.	Ablehnung
27	100	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) - Streichung Pensionärs- und - Kürzung bei Jubilarfeiern - Kürzung von freiwilligen Personalleistungen (Ämterübergreifende Maßnahmen)	Ablehnung Ablehnung Zustimmung
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	388	Personalgänzungsmaßnahmen Ziffer 5: Freiwilligkeitsleistungen Verzicht im HSK auf Einschränkungen von Freiwilligkeitsleistungen wie bei Pensionärs- und Jubilarfeiern	GRDRs 1080/2009 Wie beantragt

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
28	100 1007140 1007310 100	CDU	447	Haushaltssicherungskonzept 2009 Honorare für Gutachten und externe Projektbegleitungen sowie Druckkosten für Broschüren Bericht zur 1. Lesung über 1. die Kosten für Gutachten u. ä. 2008 nach Referaten und Ämtern 2. die Zahl der Gutachten Externer und die Einbeziehung von Ausschüssen 3. Die herausgegebenen Broschüren und deren Kosten 4. Welche Einsparmaßnahmen werden von der Verwaltung gesehen?	GRDRs 1250/2009, Kenntnisnahme GRDRs 1173/2009, Kenntnisnahme
		Freie Wähler	556	1 Wie hoch war der Aufwand pro Jahr in den einzelnen Ämtern für Gutachten? 2 In welchen Haushalts-Titeln sind diese Mittel zu finden?	
29		Verwaltung		Ämterübergreifende Maßnahmen Einnahmen - Umwandlung von Dienstwohnungen in Mietwohnungen	Zustimmung
		StR Kanzleiter (SPD)	mündlich Personalbeirat 20.10.09	Erläuterung des Verwaltungsvorschlags	GRDRs 1086/2009
30		Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) - Erhöhung Essenspreise für Werkküchen - Kürzung / Umwandlung von Zulagen/Zuschlägen - Reduzierung Kosten bei Werkküchen - Reduzierung allg. Geschäftsausgaben - Einschränkung luK-Ausgaben - Reduzierung Netz- und Fernsprechkosten um 9,5 % - Streichung Zuschuss an Verbraucherzentrale	Zustimmung
		Verwaltung		Ämterübergreifende Maßnahmen Einnahmen - Erhöhung der Verwaltungsgebühren durch Anpassung der Verwaltungsgebührensatzung Personalaufwand - Stellenbesetzungssperre (12 Monate) - Stellenabbau aufgrund Refinanzierung Altersteilzeit, Anrechnung von 33,5 Stellenstreichungen Sachaufwand - Reduzierung allg. Geschäfts- und Betriebsaufwand um 15 %	Zustimmung Beschlossen auf der Grundlage von GRDRs 1391/2009 Zustimmung Zustimmung Zustimmung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
31	100	Verwaltung		Entscheidung über die im Haushaltsplan zu veranschlagenden Erträge und Aufwendungen für die Durchführung der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags 2011	Entsprechend GRDRs 1305/2009 beschlossen Vgl. auch GRDRs 876/2009
32	100	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	364	Sonderprogramm Solidarisch Sanieren 5. Zur Umsetzung des Investitionsprogramms wird eine den Erfordernissen entsprechende Organisationsstruktur "Immobilienmanagement" mit externer Unterstützung geschaffen	Mit GRDRs 1181/2009 erledigt
33	100	SÖS und LINKE	606	Mehr Ausbildungsplätze bei der Stadt 1. Die Stadt Stuttgart schafft in allen Bereichen Ausbildungsplätze. Ziel ist eine Ausbildungsquote von 8 Prozent (ohne Einberechnung der Ausbildungsplätze am Klinikum) 2. Die Stadt Stuttgart stellt insbesondere Auszubildende mit Migrationshintergrund ein. Interkulturelle Kenntnisse (Sprache und Kultur) werden als erwünschte Qualifikation bei der Auswahl der Bewerber/-innen gewertet 3. Außerdem soll der Anteil von jungen Frauen in technischen Berufen sowie der Anteil von Hauptschüler/-innen erhöht werden	Ablehnung GRDRs 1153/2009
34	100	SÖS und LINKE	608	Fahrtkosten zum Blockunterricht für städtische Azubis Die Stadt Stuttgart erstattet den Auszubildenden die Fahrtkosten zum Blockunterricht zu 100 %	Ablehnung GRDRs 1156/2009
35	100	SÖS und LINKE	610	Stellen während des Mutterschutzes besetzen Die Stadt Stuttgart und das Klinikum setzen den Überschuss aus der U-2-Umlage komplett ein für die Besetzung der Stellen, die durch Mutterschutz vakant sind	Ablehnung GRDRs 1371/2009 und 1150/2009
36	100	SÖS und LINKE	611	Kinderbetreuungsplätze für städtische Beschäftigte 1. Die betrieblichen Kinderbetreuungsplätze werden um 50 Plätze ausgebaut 2. Der Ausbau soll in allen Stadtteilen stattfinden, damit die Wegezeiten Wohnung – Betreuungsplatz - Arbeitsplatz und zurück erträglich bleiben. Darum sollen in bestehenden Einrichtungen der Stadtteile Plätze bereitgestellt werden	Ablehnung GRDRs 1066/2009
37	100	DIE REPUBLIKANER	618	Der jährliche Zuschuss von 13.000 EUR für den Ring politischer Jugend (RpJ) wird ersatzlos gestrichen	Ablehnung GRDRs 1114/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
38	150	Verwaltung		<u>Bezirksämter</u>	
				Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) - Kürzung Budget für kulturelle Veranstaltungen bzw. des Bezirksbeiratsbudgets	Zustimmung Die bisher bestehende institutionelle Förderung bleibt von der Kürzung unberührt
		StR Kanzleiter (SPD)	mündlich RSA 14.10.09	Übersicht über Verfügungsbudget der Bezirksbeiräte zur Förderung nachhaltiger Entwicklung durch Bürgerengagement	GRDrs 1149/2009
39	150	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) - Erhöhung der Verwaltungsgebühren aufgrund Änderung des Personenstandsgesetzes - Reduzierung Geschäftsausgaben u. a. für Bürgerkioske	Zustimmung
40	150	FDP	517	Betriebskostenzuschuss für das Bürgerhaus Altes Rathaus Rohracker in den Jahren 2010 und 2011 von je 15.000 EUR	vgl. Teilhaushalt Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung/Finanzhaushalt GRDrs 1283/2009 und 1152/2009
41	150	SÖS und LINKE	579	Forderungen des Jugendhearings 2009 Bereitstellung von Mitteln für - Kulturlotsen an Schulen - Kulturpakete für Projekttag und Ausflüge von Klassen - einen Tag im Monat freien Eintritt für Jugendliche in den Museen und Kultureinrichtungen der Stadt - Mittel für die Wiederholung des Planspiels Kommunalpolitik im Rathaus „Polit Kick“ - Erarbeitung eines Konzepts für die Öffnung der Schulen für Veranstaltungen und der Schulhöfe zum Spielen - Einrichtung von Spielstraßen oder von Straßen, die nachmittags stundenweise fürs Spielen reserviert werden Die Stadtverwaltung soll bei der Erarbeitung von Vorschlägen mit dem Arbeitskreis der Jugendräte zusammenarbeiten.	Ablehnung GRDrs 1111/2009
				<u>Finanzhaushalt</u>	
42	100	Freie Wähler	525	Investitionen/Deckungsvorschläge Verschiebung bzw. Streichung von Investitionen (hier: Bereich Haupt- und Personalamt)	GRDrs 1100/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts -bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
43	Wpl Klinikum	Verwaltung		<p style="text-align: center;"><u>Eigenbetrieb Klinikum Stuttgart</u></p> <p>Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Klinikum Stuttgart (GRDrs 753/2009 Neufassung)</p>	Zustimmung GRDrs 1385/2009
44	Wpl Klinikum	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	387 Teil II	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Stadt bewilligt einen Sockelzuschuss an das Klinikum von 5 Mio. EUR/Jahr 2. Der Sockelbetrag wird um die Ergebnisse der Verhandlungen mit den Krankenkassen über eine Erstattung der ambulanten Leistungen des Olgahospitals nach § 120 bzw. mit der Kassenärztlichen Vereinigung über eine Erstattung aus dem Budget für ambulante Leistungen jeweils reduziert. Die Ergebnisse des extern begleiteten Projekts am Olgahospitals, die in den Jahren 2010 und 2011 wirksam umgesetzt werden können, reduzieren ebenfalls den Sockelbetrag. 	Bereitstellung von jeweils 5 Mio. EUR in den Jahren 2010/2011 GRDrs 1269/2009
		SPD	477	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Stadt Stuttgart übernimmt vereinbarungsgemäß das DRG- Restrisiko für das Olgäle auf dem Weg zur sogenannten "schwarzen Null" und stellt die jeweiligen Beträge für die Haushaltsjahre 2010 sowie 2011 ein. Nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand sind dies ca. 7 Mio. EUR für das Jahr 2010 sowie ca. 5,4 Mio. EUR für das Jahr 2011 	
		SÖS und LINKE	587	Die Stadt gewährt dem Klinikum Stuttgart einen dauerhaften Zuschuss für die Führung des Olgahospitals von 5 Mio. EUR/Jahr. Die Höhe des Zuschusses wird alle fünf Jahre überprüft.	
45	Wpl Klinikum	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	387 Teil I	<p><u>Finanzhaushalt</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Dem Klinikum wird eine Kreditermächtigung eingeräumt über 25 Mio. EUR. Diese wird zur Teilfinanzierung der nachweislich notwendigen Großgeräte für das Klinikum in Höhe von 44 Mio. EUR zweckgebunden. 2. Für die Einrichtung einer Palliativstation erfolgt eine Teilzweckbindung in Höhe von 500.000 EUR. Die Maßnahme hat höchste Priorität. 3. Bisher werden die Zinszahlungen für diesen Kredit bei der Betrachtung der schwarzen Null nicht angerechnet. Zukünftig wird mit den Tilgungsraten ebenso verfahren, um die Eigenkapitalquote des Klinikums von zurzeit 5 Prozent nicht unter diesen Wert sinken zu lassen 	Erledigt durch Erklärung der Verwaltung GRDrs 1269/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
		SPD	477	Das Klinikum braucht neue medizinische Großgeräte. Die Verwaltung stellt die Auswirkungen auf die Eigenkapitalquote des Klinikums für zwei mögliche Finanzierungsvarianten dar: Kreditermächtigung oder einen städtischen Investitionskostenzuschuss (5 Mio. EUR für den Doppelhaushalt).	
		SÖS und LINKE	586	Der Gemeinderat beschließt die für das Klinikum Stuttgart notwendigen Investitionen für die nächsten zwei Jahre. Der hierfür notwendige Betrag wird dem Klinikum Stuttgart als Zuschuss und nicht als Kredit gewährt.	Ablehnung
				Referat Kultur, Bildung und Sport <u>Schulverwaltungsamt</u>	
46	4002110	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) - Erhöhung Entgelte für außerschulische Nutzungen (+30 %) - Erhöhung Essenspreise an 11 Ganztageschulen (+10 %) - Mittelanpassung bei Ferienbetreuung für Ganztageschulen an Bedarf	Mit GRDRs 1247/2009 erledigt Erhöhung Essenspreise (s. Jugendamt) und Mittelanpassung Ferienbetreuung GTS beschlossen
		SPD	456	1. Verzicht auf Entgelterhöhung für außerschulische Nutzungen, Essenspreiserhöhung an Ganztageschulen und auf Kürzungen bei der Ferienbetreuung	GRDRs 1107/2009 Ablehnung
47	4004000	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) - Erhöhung der Schulgelder für Fach- und Meisterschulen (+10 %) - Anpassung Heizkostenersatz für Hallenbenutzung	Schulgelder: im Sachbeschluss Städtevergleich darstellen (Frühjahr 2010), Gesamtkonzept zur (außerschulischen) Nutzung
		StR Wölfe (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)	Mündlich	- Erhöhung Entgelte für Lehrerparkplätze Außenbezirke 30 EUR Innenstadt 50 EUR Überdacht City 60 EUR	Wie beantragt
48	4004000	SÖS und LINKE	640	Frühe Bildung und Betreuung an Schulen kostenlos	Ablehnung GRDRs 1132/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
49	4004000	Verwaltung SÖS und LINKE	613	Mitteilungsvorlage „Vorschlag für die technische Abwicklung der Mittagessenversorgung an allen Schulen“ (GRDRs 856/2008) Mittagessen für alle Kinder Die Stadtverwaltung erstellt in 2010 ein Konzept, wie im Doppelhaushalt 2012/2013 das Mittagessen an jedem Schultag in allen Schulen gewährleistet wird. Insbesondere muss enthalten sein: - eine Planung für den Bau der Küchen, - eine Planung den Bau der Essräume, - eine Planung für das Koch- bzw. Küchenpersonal und für die pädagogische Betreuung des Mittagessens durch geeignetes Fachpersonal.	Ablehnung GRDRs 990/2009
50	4004000	Verwaltung SPD CDU	456 403	Mitteilungsvorlage „Mittagessen an traditionellen sowie seit dem Schuljahr 04/05 eingerichteten formellen Ganztageschulen“ (GRDRs 655/2009) 5. Mittelbereitstellung (entspr. GRDRs 655/2009) für Mittagessen (Mehrbedarf von 600.000 EUR/Jahr) Stuttgarter Netze für alle Kinder – Ein-Euro-Essen Erhöhung des Haushaltsansatzes von 200.000 EUR um 150.000 EUR auf 350.000 EUR pro Jahr	Mit GRDRs 1129/2009 erledigt
51	4004000	SÖS und LINKE	605	Kostenloser Eintritt für Schwimmunterricht im Freibad	Mit GRDRs 1020/2009 erledigt
52	4004000	Verwaltung SPD FDP	456 499	Mitteilungsvorlage „Reinigungskosten der Schulen“ (GRDRs 746/2009) - Erhöhung des Budgets - Finanzierung durch Reduzierung der Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft Sachstandsbericht zur Schulhausreinigung, Bericht über den Solidarbeitrag der Privatschulen (Freiwilligkeitsleistung) Reinigung in Schulen und Sportstätten Darstellung in 1. Lesung, inwieweit im Doppelhaushalt 2010/2011 diesem Problem Rechnung getragen wird	Das Reinigungsbudget wird um 913.400 EUR (2010) bzw. um 1.376.300 EUR (2011) aufgestockt Behandlung Gegenfinanzierung durch Absenkung der SKB an Schulen freier Träger in der 3. Lesung GRDRs 1022/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
53	4004000	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Fehlende Mittel im Lernmittelbudget und bei der IuK-Ausstattung der Schulen“ (GRDrs 678/2009) - Deckung durch Reduzierung des Stuttgarter Schülerbonus	Wie beantragt Verwaltung bereitet im Zusammenhang mit den Einschränkungen für BaföG-Empfänger eine Änderung in der Satzung zu den Schülerbeförderungskosten vor
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	705	Scool-Abo auch für Bafög-Empfänger Streichung der einschränkenden Zuschussregelung bei Bezug von BaföG und Förderung nach SGB II	
		SPD	456	3. Erhöhung des Lernmittelbudgets um die aus den Haushaltsberatungen 2008/2009 noch offenen 530.000 EUR und um den Sonderbedarf der Schuljahre 2010-2012 wegen doppelter Jahrgänge durch das G 8 in Höhe von 2 x 100.000 EUR	
54	4004000	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Schule online – Sicherung des Stands der IT-Technik an Stuttgarter Schulen“ (GRDrs 518/2009)	GRDrs 1056/2009 Wie beantragt
		Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Schule online - Abschreibungsfristen bei Schulcomputern“ (GRDrs 762/2009)	
		FDP	500	IuK-Ausstattung in Schulen Einstellung der Mittel entsprechend Roter Liste 2010 510.000 EUR 2011 1.155.000 EUR	
		SPD	456	4. Umsetzung der GRDrs 762/2009	
55	4004000	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Personalbedarf an Schulsekretärinnen“ (GRDrs 411/2009)	Stellenplan (Schaffung 2. Lesung)
		CDU	402	Schulsekretärinnen: Zur Vergütung von Mehrarbeit werden einmalig 120.000 EUR im Doppelhaushalt 2010/2011 zur Verfügung gestellt	Mittel werden 2009 überplanmäßig zur Verfügung gestellt und erforderlichenfalls als Haushaltsrest in das Haushaltsjahr 2010 übertragen
56	4002110	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Außerschulische Bildung und Betreuung an Stuttgarter Schulen / Sachbericht und Weiterführung des Programms“ (GRDrs 391/2009)	Ablehnung GRDrs 990/2009
		SÖS und LINKE	602	Verlässliche Förderung statt „Verlässliche“ oder „Flexible“ Grund- und Hauptschule 1. Stufenweise werden alle Formen der Schulkindbetreuung, die nicht den Standards der Jugendhilfe entsprechen, umgewandelt in Horte an der Schule. Dies soll in fünf Jahren abgeschlossen sein 2. Sofort (im Doppelhaushalt 2010/2011) wird in allen Betreuungsformen den Kindern ein warmes, gesundes Mittagessen angeboten	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
57	4002110	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Ergänzende Angebote an Ganztagesgrundschulen über das vom Land vorgegebene Zeitfenster von 4 Tagen à 8 Stunden hinaus und in den Ferien“ (GRDRs 286/2009)	Wie beantragt (mit Elternentgelt) GRDRs 1076/2009
		SPD	456	6. Ergänzende Angebote an Ganztagesgrundschulen ab dem 2. Schulhalbjahr 2009/2010	
		FDP	491	Bericht in 1. Lesung zur Ausdehnung der Angebote im Bereich „Ganztageschule/Betreuung“	
58	4002120	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Schulergänzende Betreuung an Schulen für körper- und geistigbehinderte Kinder und Jugendliche“ (GRDRs 474/2009)	Wie beantragt GRDRs 969/2009
		CDU	405	Umsetzung Betreuungskonzept 5 Std./Wo. für Unter-, Mittel- und Oberstufe 2010 342.300 EUR 2011 342.300 EUR	
		SPD	456	2. Konkretisierung des Mittelbedarfs zur Umsetzung der GRDRs 474/2009	
		Freie Wähler	540	Einstieg in der Unter- und Mittelstufe (150.000 EUR)	
		SÖS und LINKE	651	3. Mittelbereitstellung für Springkräfte (20.000 EUR) 4. Erhöhung Überstundenbudget um 50.000 EUR für die Begleitung von Schullandheimaufenthalten und beim Trainingswohnen	
					Ablehnung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
59	400	Verwaltung Bündnis 90/ DIE GRÜNEN CDU FDP	364 684 366 396 483	<p><u>Finanzhaushalt</u></p> <p><u>Sanierungs- und Bauunterhaltungsmaßnahmen</u> (Lfd. Nr. 59 – 117)</p> <p>Mitteilungsvorlage „Bericht über Sanierungsvorhaben und die Situation der Unterhaltung/ Verbesserung der Schulgebäude und Schulsportstätten einschließlich Außenanlagen“ (GRDrs 823/2009)</p> <p>Sonderprogramm Solidarisch Sanieren</p> <p>2. Sonderprogramm Sanierung von Schulhäusern und Kinderbetreuungseinrichtungen von 150 Mio. EUR Finanzierung über 15 Jahre über die Grundsteuererhöhung</p> <p>3. Sonderprogramm Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen wird im Verhältnis 2:1 wie in den entsprechenden Anträgen dargestellt, verwendet</p> <p>4. Erarbeitung einer Prioritätenliste „(werterhöhende) Sanierungsmaßnahmen an Schulgebäuden und Kinderbetreuungseinrichtungen“, die noch nicht finanziert sind, in absteigender Reihenfolge des erforderlichen Sanierungsaufwands bis zur 2. Lesung</p> <p>5. b) Beschluss über Gesamt-Volumen vor Entscheidung über einzelne Schulhausinvestitionen</p> <p>III. Für zwingende neue, gesetzliche Aufgaben im Rahmen der laufenden Bauunterhaltung wird eine Pauschale eingestellt (10,842 Mio. EUR)</p> <p>Außerdem werden aus dieser Pauschale dringliche Sanierungsmaßnahmen finanziert, die im Gefolge von Baumaßnahmen notwendig werden, wie aktuell das Schickhardt-Gymnasium</p> <p>Pauschale Sanierungsmittel Dach, Fenster, Fassaden 5,0 Mio. EUR Elektrosanierungen 2,0 Mio. EUR Malerarbeiten 3,0 Mio. EUR</p> <p>Bereitstellung für den Doppelhaushalt 2010/2011 10,0 Mio. EUR</p> <p>dto.</p>	<p>3. Lesung GRDrs 1387/2009, GRDrs 1325/2009, GRDrs 1228/2009, GRDrs 1227/2009</p> <p>Kinderbetreuungseinrichtungen vgl. Jugendamt / Finanzhaushalt</p>

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
60	100 400 650	SPD	449	Ein Dach über dem lernenden Kopf 1. Sonderprogramm Schulen für Sanierungen, Ersatz- und Ergänzungsbauten 100 Mio. EUR 3. Unmittelbar nach den Haushaltsberatungen wird ein Unterausschuss des Verw.Aussch. zum Thema Schulsanierungen gebildet. Seine Aufgabe ist es, gemeinsam mit den Fachleuten der Verwaltung die Priorität der einzelnen Projekte festzulegen. "Sanierungsüberraschungen", die den Unterricht beeinträchtigen und/oder zu Schließungen von Räumlichkeiten führten, werden vorrangig angegangen.	GRDrs 1240/2009
		Freie Wähler	524	Sonderprogramm Schulsanierungen 100,0 bis 120,0 Mio. EUR je nachdem, was vom Hochbauamt bzw. dem verarbeitenden Gewerbe umgesetzt werden kann (ergänzendes Schreiben vom 22.10.2009) Priorisierung in einem Unterausschuss des Gemeinderats (kein Krisenteam)	
		SÖS und LINKE	665	300 Mio. EUR für Schulgebäude 1. Sonderprogramm dringend notwendige Investitionsmaßnahmen 150,0 Mio. EUR 2. Sonderprogramm dringend notwendige Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen 150,0 Mio. EUR	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	364	Sonderprogramm Solidarisch Sanieren 2. Zur Umsetzung des Investitionsprogramms wird eine den Erfordernissen entsprechende Organisationsstruktur "Immobilienmanagement" mit externer Unterstützung geschaffen	3. Lesung GRDrs 1325/2009 GRDrs 1320/2009 GRDrs 1181/2009
		SPD	449	2. Hochbauamt: Personalmehrbedarf zur Bearbeitung des Sonderprogramms Schulsanierungs- und Bauprogramm wird im Rahmen der 1. spätestens 2. Lesung von der Verwaltung dargestellt.	
		FDP	512	Bauinvestitionscontrolling Die Einrichtung der Stabstelle BIC mit zwei Stellen. Als Deckungsvorschlag erarbeitet die Verwaltung einen entsprechenden Vorschlag aus dem Bereich der übrigen Stabstellen	GRDrs 1013/2009
		SÖS und LINKE	665	300 Mio. EUR für Schulgebäude 3. Hochbauamt: Zur Umsetzung der Sonderprogramme Schulgebäude nötige personelle Verstärkung	
61	4002110	Verwaltung	Altenburgschule, Turnhalle, Sanierung (GRDrs 895/2009) (2,028 Mio. EUR)	3. Lesung	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
62	4002110	Verwaltung		Sporthalle Cannstatt, Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium, Statiksanieierung und Folgemaßnahmen (GRDRs 891/2009) (866.600 EUR)	3. Lesung
63	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. Jakobschule, Sanierung (437.000 EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	
64	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. Rosensteinschule, Nord, Schulgebäude, Erneuerung Heizanlage Turnhalle, Erneuerung Wasserversorgung (2,15 Mio. EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	
	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. Fuchsrainschule, Ost, Schulgebäude, Sanierung Fassade und Dach (2,963 Mio. EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	
65	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. GHS Gablenberg, Ost, Erneuerung Technikräume, Sanierung Sanitärbereich (502.000 EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	
66	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. Friedrich-Eugens-Gymnasium, West, Sanierung der Heizungsanlage (1,3 Mio. EUR) IV. Friedrich-Eugens-Gymnasium, Verwaltungsbau, Fenstersanieierung (330.000 EUR)	3. Lesung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
67	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. RS Feuerbach, Fenster-, Fassaden- und Betonsanierung (2,65 Mio. EUR)	3. Lesung
		CDU	394	Schulen – Sanierungsvorhaben konkret RS Feuerbach, Pavillon A, Dach-/Fenster- und Fassadensanierung (360.000 EUR)	
		FDP	484	dto.	
68	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. Neues Gymnasium, Feuerbach, Fenster-/Fassadensanierung (aktualisiert 3,0 Mio. EUR; alt 2,6 Mio. EUR)	3. Lesung
69	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. Jahn-Sporthalle, Feuerbach, Sanierung der Dusch-, Umkleide- u. Nebenräume für 3 Hallenteile (350.000 EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	
70	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. Reisachschule, Weilimdorf, Sanierung der Elektro-Anlagen (aktualisiert 1,35 Mio. EUR, alt 1,1 Mio. EUR)	3. Lesung
71	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. Silcherschule/Haldenrainschule, Zuffenhausen, Sanierung der Heizungsanlage (3,476 Mio. EUR)	3. Lesung
72	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. Gottlieb-Daimler-Gymnasium, Bad Cannstatt, Turnhalle, Sanierung (1,591 Mio. EUR)	3. Lesung
73	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium, Bad Cannstatt, Sanierung Fenster und Fassade (3,891 Mio. EUR)	3. Lesung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
74	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. Jörg-Ratgeb-Schule, Mühlhausen, Sanierung der restl. Dachflächen, Fassade, Fenster (8,89 Mio. EUR)	3. Lesung
75	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. TVH Heumaden, Sanierung haustechnische Gewerke (2,5 Mio. EUR)	3. Lesung
76	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Eberhard-Ludwigs-Gymnasium, Nord, Fenstererneuerung (950.000 EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	
		DIE REPUBLIKANER	621	dto.	
77	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Eberhard-Ludwigs-Gymnasium, Nord, Erneuerung Aufzugsanlage (400.000 EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	
78	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Karls-Gymnasium, Süd, Einbau einer Mensa (917.000 EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	
79	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Karls-Gymnasium, Süd, Fenstererneuerung (Denkmalschutz) (651.000 EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
80	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Falkerschule, West Fenstersanierung (1,2 Mio. EUR) Turnhalle, Generalsanierung (1,15 Mio. EUR)	3. Lesung
81	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Dillmann-Gymnasium Turnhalle, Fenster-/Fassadensanierung u. technische Gewerke (aktualisiert 2,05 Mio. EUR, alt 1,7 Mio. EUR) Klassen-/Verwaltungsbau, Fenster-/Fassadensanierung (Rest) (1,5 Mio. EUR)	3. Lesung
82	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Ameisenbergschule, Ost, Pavillon 1 und 2 (außen und innen), Sanierung (931.000 EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	
83	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Wilhelmschule Untertürkheim, Hauptgebäude, Fenster-/Fassaden-/Elektrosanierung (640.000 EUR) Abt. Nebelhornstraße: Fenster-/Fassaden-/Elektrosanierung (420.000 EUR)	3. Lesung
84	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Anne-Frank-Realschule, Turn- und Pausenhalle, Flachdachsanie- rung (300.000 EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	
85	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Geschwister-Scholl-Gymnasium, Lüftungsanlage, energetische Sanierung (aktualisiert 490.000 EUR, alt 426.000 EUR)	3. Lesung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
86	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Fasanenhofschule, Hauptbau, Sanierung Rest Fassade usw. (350.000 EUR) Unterklassenbau, Wärmedämmverbundsystem, Fassaden- /Fenster- /WC-Sanierung (750.000 EUR) Atriumgebäude, Cafeteriaumbau (Projekt mit Caritas) und weitere Räume für Betreuung (250.000 EUR)	3. Lesung
87	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Hegel-Gymnasium, Fachklassenbau, Fassadensanierung (aktualisiert 5,8 Mio. EUR, alt 5,5 Mio. EUR)	3. Lesung
88	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Paracelsus-Gymnasium, Turnhalle, Fenster-/Fassadensanierung (600.000 EUR)	3. Lesung
89	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Rappachschule, Turnhalle, Statikverbesserung des Daches einschließlich Erneuerung Sportpaneeldecke sowie Heizung- /Elektroerneuerung (500.000 EUR)	3. Lesung
90	4002110	CDU	394	Schulen – Sanierungsvorhaben konkret GHS Ostheim, Fenstersanierung Altbau (520.000 EUR)	3. Lesung
		FDP	484	dto.	
91	4002110	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Königin-Katharina-Stift, Mitte, Restfinanzierung, 1. BA (1,89 Mio. EUR)	3. Lesung
		CDU	395	Weitere Maßnahmen 4. dto.	GRDRs 1007/2009
		FDP	485	Weitere Maßnahmen 5. dto.	
92	4002110	CDU	394	Schulen – Sanierungsvorhaben konkret 1. Königin-Katharina-Stift, Mitte, 2. BA, Sanierung (brutto 4,86 Mio. EUR, netto 3,36 Mio. EUR)	3. Lesung
		FDP	484	dto.	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
93	4002110	CDU	394	Schulen – Sanierungsvorhaben konkret Luginslandschule, Untertürkheim Pavillon 1, umfassende Sanierung (730.000 EUR)	3. Lesung
		FDP	484	dto.	
94	4002110	CDU	394	Schulen – Sanierungsvorhaben konkret GS Uhlbach Dach- und Fenstersanierung (600.000 EUR)	3. Lesung
		FDP	484	dto.	
95	4002110	CDU	394	Schulen – Sanierungsvorhaben konkret Sporthalle Stammheim Erneuerung Heizzentrale (aktualisiert 250.000 EUR, alt 300.000 EUR)	3. Lesung
		FDP	484	dto.	
96	4002110	CDU	394	Schulen – Sanierungsvorhaben konkret Römerschule, Süd, 2. BA Heizungs- und Lüftungssanierung (200.000 EUR)	3. Lesung
		FDP	484	dto.	
97	4002110	CDU	394	Schulen – Sanierungsvorhaben konkret GS Obertürkheim, Fenstersanierung (792.000 EUR)	3. Lesung
		FDP	484	dto.	
98	4002110	CDU	394	Schulen – Sanierungsvorhaben konkret Robert-Koch-RS, Vaihingen, Elektrosanierung, Sicherheitsbeleuchtung und weitere Komponenten nach VStättVO (aktualisierte Gesamtmaßnahme 2,54 Mio. EUR, alt 1. BA 0,6 Mio. EUR)	3. Lesung
		FDP	484	dto.	
99	4002110	CDU	394	Schulen – Sanierungsvorhaben konkret Hohewartschule, Feuerbach Pavillons B - D, Fenster- und Fassadensanierung; Dachsanierung einschl. Wärmedämmung (850.000 EUR)	3. Lesung
		FDP	484	dto.	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
100	4002110	CDU	394	Schulen – Sanierungsvorhaben konkret GHS Stammheim Sanierung Sanitärtechnik im Stammgebäude einschl. baulicher Begleitmaßnahmen (450.000 EUR)	3. Lesung
		FDP	484	dto.	
101	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	III: Schickhardt-Gymnasium, Sanierung Finanzierung aus der im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu beschließenden Pauschale für zwingende neue, gesetzliche Aufgaben im Rahmen der laufenden Bauunterhaltung	3. Lesung GRDRs 1251/2009
	4002110	DIE REPUBLIKANER	622	Schickhardt-Realschule, Deckensanierung Verwaltung legt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen dar, welche Mittel benötigt werden und zeigt eine Finanzierungsmöglichkeit auf.	
102	4002120	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. Helene-Fernau-Horn-Schule Turnhalle, Sanierung 1,105 Mio. EUR	3. Lesung
103	4002120	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Berger Schule, Ost, Lehrschwimmbad, Fenster-/Deckensanierung, 2.BA (327.000 EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	
104	4002120	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Schule für Körperbehinderte, Möhringen, Geb. Hengstäcker 5 Dachsanierung (aktualisiert 433.000 EUR, alt 370.000 EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	
105	4002130	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. Technische Oberschule, Mitte, Turnhalle, Sanierung (1,403 Mio. EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
106	4002130	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen I. Kerschensteinerschule, Feuerbach, Betonsanierung und Bodenbeschichtung in der Tiefgarage (1,1 Mio. EUR)	3. Lesung
		Freie Wähler	562	Verschiebung der TG um 2 Jahre zur Gegenfinanzierung der für das Hallenbad in Feuerbach, erforderlichen Planungsmittel	
		Freie Wähler	563	Verschiebung der TG um 2 Jahre zur Gegenfinanzierung der für Feuerbach 6 - Obere Stuttgarter Straße, Alter Friedhof Feuerbach, erforderlichen Planungsmittel.	
107	4002130	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Max-Eyth-Schule, Dachsanierung B-Bau, 2. BA (ohne Umstrukturierungsmaßnahmen im UG noch nicht beziffert) (aktualisiert 401.000 EUR, alt 296.000 EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	
108	4002130	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Robert-Mayer-Schule, Mitte Anbau eines Aufzugs (490.000 EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	
109	4002130	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Robert-Mayer-Schule, Mitte Gesamtsanierung zentrale WC-Anlage im Zusammenhang mit Aufzugsanlage (190.000 EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
110	4002130	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV. Johann-Friedrich-v.-Cotta-Schule, Ost, Stammklassenbau, Dachsanierung und Sanierung Glasverbindungs- bau, 2. BA (705.000 EUR)	3. Lesung
		CDU	394	dto.	
		FDP	484	dto.	
111	4002130	CDU	394	Schulen – Sanierungsvorhaben konkret Gewerbliche Schule für Holztechnik, Feuerbach Akustikdecken+Beleuchtung 2. OG (o. RWA/SAA), WC-Sanierung EG und 3. OG (350.000 EUR)	3. Lesung
		FDP	484	dto.	
112	4004000	SPD	449	4. Die Verwaltung stellt ihre Standort-Überlegungen für ein auf das Stadtgebiet verteiltes Angebot an Inklusionsschulen dar. Zusätzlich benennt sie den jeweils gegebenen Nachrüstbedarf bezüglich Barriere- freiheit, Zusatzräumen für Ruhe und Therapie etc. Für diese Umbau- bedarfe werden Planungsmittel vorgehalten.	3. Lesung GRDRs 1184/2009 GRDRs 980/2009
113	4004000	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	VII. Sanierung von Toilettenanlagen (8,0 Mio. EUR)	3. Lesung GRDRs 1242/2009
		CDU	396	Toilettensanierungsprogramm an ca. 73 Schulen Bereitstellung für den Doppelhaushalt 2010/2011 8,3 Mio. EUR Die Verwaltung legt zu gegebener Zeit einen Bericht über die Planung zur Umsetzung vor	
		FDP	483	dto.	
114	4004000	CDU	396	Brandverhütung Bereitstellung für den Doppelhaushalt 2010/2011 1,0 Mio. EUR	3. Lesung GRDRs 1206/2009
		SPD	449 und 642	Berichte zum Thema Brandverhütung durch die Verwaltung	
		StR'in Ripsam (CDU)	Mündlich	Gustav-Werner-Schule Brandschutzmaßnahmen u.a.	GRDRs 1355/2009
		StR Wölfle (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)	Mündlich	Hort Villa Elisa Ausweichquartier in der Schwabschule	3. Lesung GRDRs 1352/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
115	4004000	Verwaltung		Beschlussvorlage „Sicherheitstechnische Ausstattung an Stuttgarter Schulen / Ergebnis der Überprüfung nach den Vorfällen von Winnenden“ (GRDRs 544/2009): Sprachalarmierungsanlagen an Stuttgarter Schulen Mittelbedarf in den Jahren 2010 – 2013 jeweils 4 Mio. EUR	3. Lesung GRDRs 1204/2009
		CDU	396	Sicherheitsausstattungen Bereitstellung für den Doppelhaushalt 2010/2011: 2,0 Mio. EUR	
		FDP	483	dto.	
116	4004000	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Interimsweise Aufstellung von 4 mobilen Klassenräumen an der Robert-Koch-Realschule in Stuttgart-Vaihingen“ (GRDRs 702/2009)	3. Lesung GRDRs 1220/2009
		CDU	396	Pavillonsanierungen Bereitstellung für den Doppelhaushalt 2010/2011: 1,0 Mio. EUR	
		FDP	483	dto.	
		CDU	398	Pavillons – konkrete Maßnahmen 1. Robert Koch Realschule Zur mietweisen Überlassung von 4 Klassenräumen pro Jahr 45.600 EUR (Mietkosten) für den Doppelhaushalt 2010/2011: 91.200 EUR Bauliche Maßnahmen zur Aufstellung und Außenanlagen für den Doppelhaushalt 2010/2011: 262.000 EUR 2. Sanierung der Pavillons an der Sommerrainschule für den Doppelhaushalt 2010/2011: 500.000 EUR Wir bitten zu gegebener Zeit um einen Bericht wie die Maßnahme umgesetzt wird	
117	4004000	SPD	449	7 Bei den vielen noch notwendigen Cafeteriabauten wird an Standorten mit zwei oder mehr Schulen verstärkt auf eine gemeinsame schulartübergreifende Planung geachtet, um einerseits Kosten zu sparen und andererseits mehr Gemeinschaft zu fördern. Bestehende Planungen werden auf diese Synergien hin überprüft.	3. Lesung GRDRs 1017/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
118	400			<u>Energetische Sanierungen</u>	3. Lesung
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen II. Uhlandschule, Zuffenhausen, energetische Gesamtsanierung, Plusenergieschule (brutto 12,3 Mio. EUR, netto 4,748 Mio. EUR)	GRDRs 1361/2009
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen II. Robert-Bosch-Schule, Zuffenhausen, energetische Gesamtsanierung (3,436 Mio. EUR)	GRDRs 1387/2009
		SPD	654	Klimaschutz: Robert-Bosch-Schule, Zuffenhausen wird für Contracting ausgeschrieben	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen II. Österfeldschule/TVH, Vaihingen, energetische Gesamtsanierung (aktualisiert 1,583 Mio. EUR, alt 1,0 Mio. EUR)	
		SPD	654	Klimaschutz: Österfeldschule / TVH Vaihingen wird für Contracting ausgeschrieben	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen II. Tiefenbachschule, Rohracker, energetische Gesamtsanierung (3,852 Mio. EUR)	
		SPD	654	Klimaschutz: Tiefenbachschule, Rohracker wird für Contracting ausgeschrieben.	
		CDU	686	Bericht in den laufenden Haushaltsplanberatungen über die Aufnahme von Gesprächen mit der EnBW über eine städtische Beteiligung an deren Programm „Energieeffiziente Schulen“ Einleitung der Sanierungsmaßnahmen Hegel-Gymnasium, Vaihingen, Silcher-/Haldenrainschule, Zuffenhausen und Tiefenbachschule, Rohracker (Gesamtumfang knapp 13,0 Mio. EUR) mit Hilfe eines Energie-Contractings	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
119	4004000	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	<p><u>Sanierung von Schulaußenflächen</u></p> <p>V. Sanierung / Neugestaltung Schulaußenanlagen Der Schwerpunkt in der Sanierung und Neugestaltung von Schulaußenanlagen wird auf die Kernstadt gelegt, da in den stark verdichteten Innenstadtbezirken der Bedarf an Spiel- und Bewegungsflächen deutlich höher liegt.</p> <p>Jakobschule, Schulhofgestaltung 120.000 EUR Schwabschule, Neugestaltung Schulhof 300.000 EUR Heusteigschule, Fortsetzung Schulhofsanierung 220.000 EUR Johann-Friedrich-von-Cotta-Schule, Sanierung Kleinspielfeld 450.000 EUR</p> <p>Bereitstellung für den Doppelhaushalt 2010/2011 1,090 Mio. EUR</p>	<p>3. Lesung GRDRs 1243/2009</p>
		CDU	397	<p>Schulaußenanlagen und Schulhöfe Ziff. 1. Budgeterhöhung von 1,668 Mio. EUR um 132.000 EUR pro Jahr auf 1,8 Mio. EUR</p>	
		FDP	487	dto.	
		CDU	397	<p>Schulaußenanlagen und Schulhöfe Ziff. 2. Sonderprogramm Bereitstellung für den Doppelhaushalt 2010/2011: 2,572 Mio. EUR</p> <p>- Außenstadtbezirke</p> <p>Steinenbergschule GHS (Hed) 0,200 Mio. EUR Wolfbuschschule (Weil) 0,080 Mio. EUR Reisachschule (Weil) 0,290 Mio. EUR Geschwister Scholl Gymn. (Sill) 0,150 Mio. EUR Eschbach Gymn. (Müh) 0,120 Mio. EUR GHS Plieningen (Pl) 0,133 Mio. EUR GS Obertürkheim (OTH) 0,364 Mio. EUR</p> <p>- Innenstadtbezirke</p> <p>FEG (West) 0,310 Mio. EUR Königin Olga Stift (West) 0,145 Mio. EUR Jakobschule GS (Mitte) 0,120 Mio. EUR Heusteigschule (Süd) 0,220 Mio. EUR Schwabschule (West) 0,300 Mio. EUR Zeppelin Gymn. (Ost) 0,140 Mio. EUR</p>	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
		FDP	487	- Außenstadtbezirke wie CDU und zusätzlich Herbert-Hoover-Schule 0,140 Mio. EUR	
				- Innenstadtbezirke wie CDU aber ohne Zeppelin Gymn. (Ost)	
				Bereitstellung für den Doppelhaushalt 2010/2011: 2,572 Mio. EUR	
		SPD	475	Ziff. VIII. Sanierungsprogramm Schulsportplätze Die Verwaltung berichtet in 1. Lesung über notwendige Sanierungen bei Schulsportplätzen, wie z.B. an der Johann-Friedrich-von-Cotta-Schule.	
				<u>Neubaumaßnahmen</u> (Lfd. Nr. 120 – 130)	
120	400	Freie Wähler	545	5. Standortuntersuchungen und Machbarkeitsstudien für eine Sporthalle in Feuerbach Bereitstellung der Mittel (10.000 EUR)	Verweisung an Ausschuss für Umwelt und Technik bezüglich Gesamtkonzeption. Danach Entscheidung, ob Grunderwerb weiter verfolgt wird. Planungsmittel für 2010/11 nicht relevant. GRDRs 1077/2009
121	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Sonderprogramm Schulen IV Friedrich-Eugens-Gymnasium, Großturnhalle mit TG, Neubau (brutto 6,809 Mio. EUR, netto 6,270 Mio. EUR; Finanzierung aus Parkierungsrücklage in Höhe von 1,174 Mio. EUR)	GRDRs 1347/2009 Behandlung in 3. Lesung im Zusammenhang mit Parkraummanagement S-West (Tiefgarage aus Stellplatz-Rücklage)
			und 369	Schulen - Neue Investitionsvorhaben I. 5 dto.	
122	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	369	Schulen - Neue Investitionsvorhaben I. 3. Königin-Charlotte-Gymnasium, Möhringen, Neubau Speisebereich und Umbau (brutto 1,64 Mio. EUR, netto 1,46 Mio. EUR)	3. Lesung GRDRs 1348/2009
		CDU	395	Aus Wunschliste 2. dto.	
		FDP	485	dto.	
123	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	369	Schulen - Neue Investitionsvorhaben I. 6. Lindenschulzentrum, Untertürkheim, Ersatz der Pavillons (brutto 6,29 Mio. EUR, netto 5,561 Mio. EUR)	3. Lesung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
124	4002110	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Neckar-Realschule, Mitte, Neubau (brutto 12,647 Mio. EUR, netto 10,871 Mio. EUR; Finanzierung aus der Infrastrukturpauschale)	Wie beantragt
		CDU	395	Neu- und Erweiterungsbauten 2. dto.	
		FDP	485	Neu- und Erweiterungsbauten 2. dto.	
125	4002120	Verwaltung		Beschlussvorlage „Schule für Körperbehinderte Stuttgart-Möhringen Räumliche Gesamtkonzeption konkretisierender Vorprojektbeschluss“ GRDRs 86/2009) Vier Interimsräume (450.000 EUR)	3. Lesung GRDRs 1184/2009
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	369	Schulen - Neue Investitionsvorhaben I. 2. dto.	
126	4002120	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Schule für Kranke im Krankenhaus Bad Cannstatt, Neubau KJP Baukostenzuschuss, (brutto 2,032 Mio. EUR, netto 1,432 Mio. EUR)	Wie beantragt Ablehnung GRDRs 1182/2009
		CDU	395	Weitere Maßnahmen 1. dto.	
		FDP	485	Weitere Maßnahmen 1. dto.	
		Freie Wähler	555	Verschiebung der Maßnahme um 1 Jahr Einsparung HHJ 2010 430.000 EUR Einsparung HHJ 2011 1,005 Mio. EUR	
127	4002120	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Schule für Kranke im Olgahospital, Mitte, Baukostenzuschuss, Mehrkosten (138.000 EUR)	Wie beantragt
		CDU	395	Weitere Maßnahmen 3. dto.	
		FDP	485	Weitere Maßnahmen 3. dto.	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
128	4002130	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	369	Schulen - Neue Investitionsvorhaben I. 4. IT-Schule, Möhringen Studio 2. Ausbaustufe (2,25 Mio. EUR)	3. Lesung
		CDU	395	Aus Wunschliste 3. dto.	
		FDP	485	Aus Wunschliste 3. dto.	
129	400	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Neue Investitionsvorhaben / notwendige Planungsmittel für den Doppelhaushalt 2010/11 für bauliche Maßnahmen an Stuttgarter Schulen“ (GRDRs 621/2009) (3,42 Mio. EUR)	3. Lesung GRDRs 1184/2009 GRDRs 1048/2009
		SPD	449	Schulsanierungs- und Bauprogramm 5. Planungsmittel entsprechend GRDRs 621/2009 (3,42 Mio. EUR) Besonders wichtig sind die Planungen für die Schule für Körperbehinderte, die Gustav-Werner / Helene-Schoettle Schule, die Realschule Feuerbach, die Steig- und Altenburgschule, das Wilhelmsgymnasium Degerloch und alle diejenigen, die als Voraussetzung für Schulumstrukturierungen näher betrachtet werden müssen	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	369	Schulen - Neue Investitionsvorhaben I. 7. Schulen Planungsmittel für weitere Maßnahmen (1,0 Mio. EUR)	
		CDU	395 und 399	Schule für Körperbehinderte, Planungsmittel (620.000 EUR)	
		FDP	486	dto.	
		CDU	399	Schulen – Planungsmittel Schule für Geistigbehinderte, Planungsmittel (200.000 EUR)	
		FDP	486	dto.	
		CDU	399	Schulen – Planungsmittel RS Feuerbach, Planungsmittel (250.000 EUR)	
		FDP	486	dto.	

...

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
130	4002130	CDU	399	Schulen – Planungsmittel Wilhelmsgymnasium, Degerloch, Planungsmittel (200.000 EUR)	Kenntnisnahme GRDrs 1062/2009
		FDP	486	dto.	
		Verwaltung		Beschlussvorlage „Schulraumsituation der Altenburgschule und der Steigschule in Stuttgart-Bad Cannstatt (Schülerentwicklung, Raumsituation) sowie Sportstättenbedarf im Hallschlag, Vorprojektbeschluss“ (GRDrs 603/2009) Planungsmittel (550.000 EUR)	
		SÖS und LINKE	658	Raumfehlbedarfe Hallschlag 1. Verlegung Steigschule, Planungsmittel (383.000 EUR) 2. TVH Hallschlag, Planungsmittel (167.000 EUR)	
		CDU	399	Schulen – Planungsmittel Schulentwicklungsplanung, Planungsmittel (250.000 EUR)	
		FDP	486	Schulen – Planungsmittel Schulentwicklungsplanung, Planungsmittel (500.000 EUR)	
131	4002110	CDU	637	Landwirtschaftliche Schule Hohenheim Bericht zur 1. Lesung Warum die Schule in den Listen für die Haushaltsplanberatungen nicht zu finden ist und wie sich das Land zum Thema stellt? <u>Erweiterungsbauten</u> (Lfd. Nr. 131 – 135)	3. Lesung GRDrs 1212/2009
	Verwaltung		Beschlussvorlage „Einrichtung einer Ganztagesesschule an der Bachschule, Feuerbach, Bericht zur Schulraumsituation, Vorprojektbeschluss zur Erweiterung der Bachschule (GRDrs 315/2009) brutto 1,865 Mio. EUR, netto 1,46 Mio. EUR		
	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	369	II. 6. dto.		

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
132	4002110	Verwaltung		Beschlussvorlage „Einrichtung einer Ganztageschule an der GHS Gablenberg, Ost, Bericht zur Schulraumsituation, Vorprojektbeschluss zur Erweiterung der GHS Gablenberg (GRDrs 488/2009) brutto 3,03 Mio. EUR, netto 2,8 Mio. EUR	Wie beantragt
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	369	II. 7. dto.	
		Verwaltung		Beschlussvorlage „Einrichtung einer Ganztageschule an der GS Rosensteinschule, Nord, Bericht zur Schulraumsituation, Vorprojektbeschluss zur Erweiterung der GS Rosensteinschule (GRDrs 729/2009) brutto 4,32 Mio. EUR, netto 4,06 Mio. EUR	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	369	II. 8. dto.	
		Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Schulzentrum Ostheim, Neubau 2-teilbare Sporthalle/Schülerweiterung Schulzentrum Ostheim, Ost, erhöhter Finanzbedarf (GRDrs 680/2009) 632.000 EUR	
		Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Schulzentrum Ostheim, Sporthalle und Ganztagesbetreuung, Neubau, Mehrkosten 632.000 EUR	
133	4002110	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	369	I. 1. dto.	3. Lesung
		CDU	395	Weitere Maßnahmen 2. dto.	
		FDP	485	Weitere Maßnahmen 2. dto.	
		CDU	395	Aus Wunschliste 1. Ferdinand-Porsche-Gymnasium, Zuffenhausen, Erweiterung, brutto 3,04 Mio. EUR, netto 2,729 Mio. EUR	
		FDP	485	dto.	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
134	4002110	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Mühlbachhofschule, Nord, Grundschülerweiterung (1. BA) Brutto 2,689 Mio. EUR, netto 2,393 Mio. EUR (Finanzierung aus der Infrastrukturpauschale)	Wie beantragt
		CDU	395	Neu- und Erweiterungsbauten 1. dto.	
		FDP	485	Neu- und Erweiterungsbauten 1. dto.	
135	4002130	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Schulzentrum Heilbronner Straße, Nord, Umstrukturierung, Einrichtung, Mehrkosten, 2,9 Mio. EUR	Wie beantragt
		CDU	395	Weitere Maßnahmen 4. dto.	GRDRs 1185/2009
		FDP	485	Weitere Maßnahmen 4. dto.	
		Freie Wähler	525	Deckungsvorschlag Verschiebung um ein halbes Jahr Schulzentrum Heilbronner Straße (- 7,0 Mio. EUR 2010, 5,0 Mio. EUR 2011) <u>Sonstiges</u>	Ablehnung GRDRs 1188/2009
136	4004000	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „NwT-Räume – alles im Plan?“ (GRDRs 763/2009)	3. Lesung
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	Ziff. VI Neustrukturierung / Sanierung von naturwissenschaftlichen Fachräumen (4,8 Mio. EUR)	GRDRs 1051/2009
		CDU	400	NwT- Räume – Ausbau fortsetzen Bereitstellung von zusätzlichen 2,88 Mio. EUR im DHH 2010/2011 zur Umsetzung von weiteren 12 Räumen (1,44 Mio. EUR pro Jahr)	
137	400	FDP	488	Für energetische Sanierungen werden den Schulen in freier Trägerschaft 1,5 Mio. EUR bereit gestellt	Ablehnung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
138	410	Verwaltung		<u>Kulturamt</u> Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) Bereichsübergreifende Vorschläge - Reduzierung Einrichtungsetat für Einrichtungen des Kulturamts (27.000 EUR) und Kürzung Mittel für Öffentlichkeitsarbeit (17.000 EUR) - Streichung des Zuschusses zum Studi-Ticket (800.000 EUR)	Zustimmung
		SÖS und LINKE	571	Keine Kürzungen im Kulturretat	Ablehnung
139	4102520	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) Stadtmuseum - Einschränkung des Planungs-/Betriebsetats (Sachausgaben, Honorare, Volontariat, Erwerbsmittel) um rd. 20% (95.000 EUR)	Zustimmung
140	4102521	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) Stadtarchiv - Abbau einer Stelle und Kürzung von Sachmitteln (15.000 EUR)	Zustimmung
141	4102620	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) Philharmoniker - Kürzung von Veranstaltungs- und Reisekosten (40.000 EUR) - Kürzung Personalkostenbudget (40.000 EUR)	Zustimmung
			VA, 2. Lesung	Stuttgarter Philharmoniker: Verwaltung berichtet über die Auswirkungen des Tarifabschlusses (Tarifsteigerungen im Bereich TVK)	3. Lesung Mehrbedarf kann aus vorhandenen Haushaltsmitteln abgedeckt werden
142	4102630	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) Musikschule - Streichung der Reihe „Musikprofile“ und Abbau von 0,25 Stellen - Einschränkung des allg. Angebots und Abbau von 3 Stellen (Wenigereinnahmen wg. Wegfall von anteiligem Landeszuschuss)	Zustimmung GRDRs 1315/2009
		SPD	458	1. Musikschule: kein Abbau von 3 Stellen 157.000 EUR/Jahr	Ablehnung GRDRs 1142/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
143	4102720	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) Stadtbücherei - Stilllegung Bücherbus; Abbau von 2 Stellen und Reduzierung von Sachkosten	Der 2. Bücherbus wird beibehalten GRDrs 1031/2009 Mit GRDrs 1031/2009 erledigt
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	5.a) Bücherbus wird beibehalten	
		CDU	448	1. Spiegelstrich dto.	
		SPD	458	1. dto.	
		Freie Wähler	559	dto.	
		SÖS und LINKE	575	dto.	
		FDP	504	Fahrbücherei Die Verwaltung erstellt bis zur 1. Lesung eine Auflistung, 1. wie die Stadt durch den Betrieb der beiden Bücherbusse auch weiterhin die büchereilosen Bezirke versorgen möchte und die Bedienung gewährleistet wird 2. wie stark die Busse genutzt werden (nach Stadtteilen).	
144	4102720	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) Stadtbücherei - Einführung von Sommerschließzeiten und Abbau von 3 Stellen	Wie beantragt GRDrs 1135/2009 Wie beantragt
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	5..b) Keine Umsetzung der Maßnahme	
		CDU	448	2. Spiegelstrich dto.	
145	4102720	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) Stadtbücherei - Schließung der Mediothek und der Rathausbücherei, Abbau von 7,3 Stellen und Reduzierung von Mietkosten und Sachmitteln	Zustimmung Prüfungsauftrag Ref. AK Rentabilität Rathausbücherei (Städtevergleich) Schließung nach Inbetriebnahme der Bibliothek 21 Ablehnung
		SÖS und LINKE	652	Keine Umsetzung der Maßnahme	
146	4102910	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) Planetarium - Reduzierung von Aufsichts- und Ordnungsdiensten	Zustimmung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
147	4102811	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009), Anlage 5 - Kürzungen im Bereich der Kulturförderung (1,906 Mio. EUR) sowie Abbau von 1,3 Stellen (65.000 EUR)	GRDrs 1407/2009 GRDrs 1301/2009
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und SPD	711	Im Kulturbereich mit Maß konsolidieren 1. Korrektur der Verwaltungsvorschlagsliste zur Haushaltskonsolidierung im Bereich der Kulturförderung 2. Reduzierung der in 1. Lesung beschlossenen Förderung für die Rosenau (70.000 Euro/2 Jahre) um 5 % im Sinne des HSK.	Wie beantragt (ohne Feuerwehrmuseum und Verein KulturRegion Stuttgart)
		CDU	mündlich	Korrektur der Verwaltungsvorschlagsliste zur Haushaltskonsolidierung im Bereich der Kulturförderung	Ablehnung
148	4102811	DIE REPUBLIKANER	625	Kürzung der Zuschüsse und Mietkostenerstattungen für Kulturvereine wird zurückgenommen	Mit GRDrs 942/2009 erledigt
149	4102811	DIE REPUBLIKANER	624	Kulturförderung / Interkultur: Kürzung in Höhe von rd. 394.000 EUR/Jahr	Ablehnung GRDrs 1105/2009
150	4102811	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	711	Streichung des Zuschusses für das Feuerwehrmuseum	Ablehnung GRDrs 1407/2009 GRDrs 1308/2009 GRDrs 1082/2009
		CDU	448	3. Spiegelstrich Zuschussreduzierung lediglich um 5 % von bisher 112.500 EUR auf 106.875 EUR/Jahr	
		SPD	711	Kürzung des Zuschusses für das Feuerwehrmuseum auf 100.000 Euro	Wie beantragt
		Freie Wähler	544	Kürzung des Zuschusses von bisher 112.500 EUR/Jahr um 28.125 EUR auf 84.375 EUR/Jahr	
		DIE REPUBLIKANER	636	Feuerwehrverein Stuttgart e.V. Die Stadt übernimmt weiterhin die Mietkosten für das Feuerwehrmuseum in Stuttgart-Münster von 112.000 EUR/Jahr	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
151	4102811	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009), Anlage 5 - Austritt aus dem Verein „KulturRegion Stuttgart“, Streichung des Mitgliedsbeitrags (48.080 Euro)	Zustimmung
		SPD	711	Reduzierung des Mitgliedsbeitrags für den Verein KulturRegion Stuttgart um 50 %	Ablehnung
152	4102811	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	4. Jazz Förderung Kürzung um 10.000 EUR	Antrag zurückgezogen GRDrs 1126/2009
153	4102811	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	5.c) Eurythmeum Kürzung nur um 5 Prozent = 2.500 EUR/Jahr (Kürzungsvorschlag Verwaltung: um 50.000 EUR/Jahr auf 0 EUR)	Wie im gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und SPD 711/2009 beantragt (Kürzung um 5 %) GRDrs 1407/2009 GRDrs 1061/2009
154	4102811	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	5.d) Theater in der Badewanne Teilbetrag Festival wird nicht gekürzt 5.000 EUR/Jahr	Wie im gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und SPD 711/2009 beantragt (Kürzung um 10 %) GRDrs 1063/2009
155	4102811	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	5.e) Literaturblatt Förderung bleibt ungekürzt 4.300 EUR/Jahr (Kürzungsvorschlag Verwaltung: um 4.300 EUR/Jahr auf 0 EUR)	Wie im gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und SPD 711/2009 beantragt (Kürzung um 5 %) GRDrs 1101/2009
156	4102811	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	5.f) Stuttgarter Kammerorchester Kürzung nur um 5 Prozent 40.000 EUR/Jahr (Kürzungsvorschlag Verwaltung: um 80.900 EUR/Jahr = 10 %)	Wie im gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und SPD 711/2009 beantragt (Kürzung um 5 %) GRDrs 1154/2009
		CDU	448	4. Spiegelstrich Reduzierung der Zuschusskürzung auf die Hälfte 40.450 EUR/Jahr	
157	4102811	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	5.g) Bachakademie Musikfest Kürzung reduzieren um 45 000 EUR/Jahr (Kürzungsvorschlag Verwaltung: um 90. 000 EUR/Jahr = 50 %)	Wie im gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und SPD 711/2009 beantragt (Kürzung um 10 %) GRDrs 1154/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
158	4102811	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	5.h) Musik der Jahrhunderte, Eclat Kürzung nur um 25 Prozent 40.000 EUR/Jahr (Kürzungsvorschlag Verwaltung: um 80. 000 EUR/Jahr = 50 %)	Wie im gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und SPD 711/2009 beantragt (Kürzung um 10 %) GRDRs 1154/2009
159	4102811	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	5.j) Jugendarbeit in der Kirchenmusik Reduzierung der Kürzung 27.000 EUR/Jahr (Kürzungsvorschlag Verwaltung: 27.380 EUR, einschl. allgemeiner Förderung der Kirchenmusik)	Wie im gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und SPD 711/2009 beantragt (Kürzung um 5 %) GRDRs 1104/2009
160	4102811	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Konzeption für ein Zentrum für Film und Freies Theater“ (GRDRs 926/2009)	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	1. Einsparung von 150.000 EUR Die Konzeption Zentrum für Film und Theater (AMBO) wird nicht weiter verfolgt. Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt, eine separate Lösung für das Kommunale Kino vorzulegen.	Streichung von 123.400 Euro ab 2010 im Budget des Kulturamts und von 186.600 Euro ab 2012 im Budget des Amts für Liegenschaften und Wohnen GRDRs 1050/2009
		CDU	429	1.1) (Verschiebung) und Streichung der Zuschüsse für das kommunale Kino (Ansatz 307.000 EUR/Jahr)	
161	4102811	CDU	429	1.2) Theaterhaus Kürzung um 10 % um 127.100 EUR/Jahr	Ablehnung GRDRs 1060/2009
162	4102811	CDU	429	1.3) Kultur am Nachmittag (Einstellung) 41.400 EUR/Jahr	Wie im gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und SPD 711/2009 beantragt (Kürzung um 5 %) GRDRs 1125/2009
163	4102811	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	3. Kulturbetrieb Kürzung um 115.000 EUR Die Verwaltung wird beauftragt, im Bereich Publikationen, Kulturamt, Preise, Auszeichnungen, Ehrungen und Vortragsreihen Streichvorschläge vorzulegen.	Streichung der Theaterbroschüre Im Übrigen wie im gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und SPD 711/2009 beantragt (Kürzung um 5 %) GRDRs 1134/2009
164	4102811	CDU	429	1.4) Zweijährige Vergabe von Stuttgarter Theaterpreis, Kabarettpreis "Stuttgarter Besen" und Otto-Hirsch-Medaille 33.000 EUR/Jahr	Kürzung um 5 % GRDRs 1134/2009
165	4102811	CDU	429	1.5) Dreijährige Vergabe Kompositionspreis 16.800 EUR/Jahr	Kürzung um 5 % GRDRs 1134/2009
166	4102811	CDU	429	1.6) Stuttgarter Symposion: Umstellung auf Zweijährigkeit 5.000 EUR/Jahr	Wie beantragt (ab 2011 im 2-Jahres-Rhythmus) GRDRs 1134/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
167	4102811	CDU	429	1.7) Geschichte im Rathaus und Wissenschaft im Rathaus Umstellung auf Zweijährigkeit (jährlicher Wechsel) 3.650 EUR/Jahr	Wie beantragt (ab 2011 im 2-Jahres-Rhythmus) GRDRs 1134/2009
168	4102811	CDU	429	1.8) Schriftstelleressen (Streichung) 2.000 EUR/Jahr	Wie beantragt GRDRs 1102/2009
169	4102811	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	5.i) Keine Kürzung bei Soziokulturellen Zentren	Ablehnung GRDRs 1083/2009
		DIE REPUBLIKANER	623	Kürzung Institutionelle Förderung um 77.000 EUR/Jahr auf 308.500 EUR/Jahr bei soziokulturellen Einrichtungen	Ablehnung
170	4102811	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Volkshochschule Stuttgart“ (GRDRs 619/2009) <u>Reduzierung laufender Zuschuss (10 % lt. HSK 2009)</u>	Reduzierung des laufenden Zuschusses um 5 %
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	7 Reduzierung der Zuschusskürzung (5%) Finanzierung durch Einsparungen im Stabstellenbereich (vgl. Antrag 365/2009 Ziff. 5)	
		FDP	501	2 dto.	
		SPD	457	1 Keine Zuschusskürzung	
		SÖS und LINKE	652	1 dto. <u>Entschuldung (560.000 EUR)</u>	Zuschuss zur Entschuldung in 4 Jahresraten unter der Voraussetzung, dass die VHS Stuttgart einen geeigneten Nachweis zur entsprechenden Mittelverwendung erbringt
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	7 Vollständige Entschuldung (einmaliger Zuschuss)	
		SPD	457	2 dto. (verteilt auf 4 Jahre)	
		FDP	501	1 dto.	
		SÖS und LINKE	652	2 dto.	
		CDU	428	Häufige Entschuldung (im Jahr 2010) und im Falle der Umsetzung des Konsolidierungskonzepts weiterer Haushaltsantrag zum Haushaltsjahr 2012	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
171	410	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	390	„Bonuscard + Kultur“: Anschubfinanzierung in den nächsten drei Jahren mit einem Betrag von jährlich 15.000 EUR Finanzierung mit Mitteln aus der Reihe „Kultur im Rathaus“	Erlедigt durch Erklärung der Verwaltung, dass eine Anschubfinanzierung nicht erforderlich ist GRDRs 1333/2009 GRDRs 1146/2009
		SPD	467	3. Kulturrabatt für wirtschaftlich benachteiligte Bürgerinnen und Bürger Die Verwaltung legt zu den Haushaltsberatungen vor, wie sie einen solchen Kulturrabatt, angebunden an den Besitz der Bonuscard, in Stuttgart einführen kann	Erlедigt durch Erklärung der Verwaltung, dass die Bonuscard ab 2010 um den Zusatz „und Kultur“ erweitert wird
		SPD	471	Die Kulturverwaltung stellt Überlegungen dar, dem demografischen Wandel durch eine Ausweitung und stärkere Verortung kultureller Angebote in den Stadtteilen gerecht zu werden. Aufbereitung der Gesamthematik (Teilhabe) im Ausschusses "Kultur und Medien"	GRDRs 1103/2009
172	4102730	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Erhalt und Ausbau des mu*pä*di“ (GRDRs 65/2009)	Behandlung in Stellenplanberatung (einschl. Honorar)
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	6.e) Mupädi Ausbau der Vermittlungsarbeit und Anpassung Honorarsätze (befristet auf 2 Jahre) 56.150 EUR/Jahr	GRDRs 987/2009
		CDU	428	4.2) Museumspädagogischer Dienst Anpassung der Honorarsätze um 26.500 EUR/Jahr	
		SPD	458	2. b) Erhalt und Ausbau mupädi - 1 zusätzl. Stelle TVöD 13	
173	4102811		VA, 2. Lesung	Weissenhof-Museum: Die Verwaltung berichtet über die finanzielle Situation des Museumsbetriebs durch den Verein der Freunde der Weissenhof-Siedlung e.V.	3. Lesung GRDRs 1412/2009 GRDRs 1407/2009
174	4102811	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Förderung der gGmbH Forum Theater“ (GRDRs 360/2009)	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	6.a) Einstellung der erforderlichen Mittel (befristet auf 2 Jahre)	GRDRs 1041/2009
		SPD	458	2.b) dto.	
		Freie Wähler	543	dto.	
		CDU	428	1.2) Einstellung der erforderlichen Mittel (unbefristet)	Förderung 60.000 EUR laufend (unbefristet) GRDRs 1041/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
175	4102811	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Institutionelle Förderung Studio Theater Stuttgart e.V.“ (GRDrs 363/2009)	Erhöhung 30.000 EUR laufend
		CDU	428	2.3) Einstellung der erforderlichen Mittel	
		SPD	458	2.b) dto.	
		FDP	503	dto.	
176	4102811	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Institutionelle Förderung Theater der Altstadt e.V.“ (GRDrs 364/2009)	Ablehnung GRDrs 1035/2009
		CDU	428	2.4) Einstellung der erforderlichen Mittel	
		FDP	502	dto.	
177	4102811	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Institutionelle Förderung Produktionszentrum Tanz & Performance e. V.“ (GRDrs 361/2009)	Wie beantragt Ablehnung
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	6.g) Einstellung der erforderlichen Mittel (befristet auf 2 Jahre)	
		CDU	428	2.6) dto. (unbefristet)	
178	4102811	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Institutionelle Förderung Renitenz-Theater Stuttgart e.V.“ (GRDrs 362/2009)	Ablehnung
		CDU	428	2.7) Einstellung der erforderlichen Mittel (10.300 EUR)	
179	4102811	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Institutionelle Förderung Jazzclub BIX“ (GRDrs 599/2009)	GRDrs 1047/2009 Wie beantragt
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	6.c) Einstellung der erforderlichen Mittel (50.000 EUR, befristet auf 2 Jahre) Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Neuordnung der Mittelvergabe für den Bereich Jazzförderung zu erarbeiten.	
		CDU	428	1.3) Einstellung von 47.500 EUR/Jahr (Fortsetzung der institutionellen, in Zukunft unbefristeten Förderung)	
		SPD	458	2.b) Einstellung der erforderlichen Mittel	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
180	4102811	Freie Wähler	543	dto.	Wie beantragt GRDrs 1045/2009
		Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Institutionelle Förderung Popbüro Region Stuttgart“ (GRDrs 598/2009)	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	6.d) Einstellung von 20.000 EUR/Jahr (befristet auf 2 Jahre)	
		CDU	428	2.1) Einstellung der erforderlichen Mittel (48.000 EUR)	
181	4102811	SPD	458	2.b) Erhöhung der Förderung um 30.000 EUR/Jahr	Ablehnung
		Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Musikalische Breitenarbeit/Laienmusik“ (GRDrs 387/2009)	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	6.f) Einstellung der erforderlichen Mittel (15.500 EUR)	
		CDU	428	2.5) dto.	
182	4102811	FDP	505	dto.	Ablehnung GRDrs 998/2009
		Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Förderung Klangverein Stuttgart e. V. / ensemble ascolta“ (GRDrs 366/2009)	
		SPD	458	2.b) Institutionelle Förderung von 20.000 EUR/Jahr Gegenfinanzierung durch Herabsetzung der Förderung für das Festival Bollywood um 20.000 EUR/Jahr	
183	4102811	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Institutionelle Förderung Knabenchor collegium iuvenum Stuttgart“ (GRDrs 367/2009)	GRDrs 1301/2009 Ablehnung
		CDU	428	2.2) Erhöhung der institutionellen Förderung um 28.700 EUR in 2010 und um 48.700 EUR in 2011	
184	4102811	SPD	465	6) Forum der Kulturen Aufstockung Förderung um 50.000 EUR/Jahr	Wie beantragt GRDrs 1169/2009
		SÖS und LINKE	582	dto.	
185	4102811	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Städtische Förderung des Deutsch-Türkischen Forums Stuttgart e. V.“ (GRDrs 587/2009 Neufassung)	Ablehnung
		CDU	428	1.1) Fortsetzung der institutionellen, in Zukunft unbefristeten Förderung mit zusätzlichen 36.800 EUR/Jahr auf 95.000 EUR/Jahr	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
186	4102811	SPD	465	7) Erhöhung der Förderung auf 70.000 EUR/Jahr zusätzlich Mietzuschuss von 10.200 Euro	Wie beantragt
		Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Förderung Rosenau Kultur e. V.“ (GRDrs 529/2009)	Wie im gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und SPD 711/2009 beantragt (Kürzung um 5 %)
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	389	6.b) Einstellung von 77.000 EUR/Jahr (befristet auf 2 Jahre)	GRDrs 1025/2009
		CDU	428	3) Einstellung von 70.000 EUR/Jahr (befristet auf 2 Jahre)	Wie beantragt
187	4102811	SPD	458	2.b) dto.	
		DIE REPUBLIKANER	626	Mittelbereitstellung für die Gedenkstätte "Rote Wand"	Mit GRDrs 1164/2009 erledigt
188	4102810	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	<u>Finanzhaushalt</u> <u>Staatstheater</u> Staatstheater Weiterführung Erhöhung Baukorridor	Wie beantragt
		SPD	703	Finanzierung des Probenzentrums der Württembergischen Staatstheater	Für Anmietung der Probengebäude werden im DHH 447.000 EUR (2010) bzw. 894.000 EUR (2011) zusätzlich bereitgestellt GRDrs 1407/2009 (Ziffer 4, 1. Punkt) GRDrs 1389/2009
189	410	Verwaltung		<u>Kunstmuseum Stuttgart gGmbH</u> Grundsatzbeschluss „Gründung der Stiftung Otto-Dix-Haus“ (GRDrs 330/2009) - Beteiligung an der Stiftung (einmalig) 250.000 EUR - Erhöhung Betriebskostenzuschuss (laufend) 75.000 EUR	Kunstmuseum Stuttgart gGmbH beteiligt sich an der Stiftung mit 250.000 EUR, der laufende Zuschuss zum Kunstankaufsetat des Kunstmuseums wird 5 Jahre jeweils um 50.000 EUR reduziert. Laufende Zuschüsse für die anteiligen Betriebskosten werden ab Inbetriebnahme des Otto Dix-Hauses erforderlichenfalls überplanmäßig bereitgestellt
		CDU	430	Stiftung Otto Dix-Haus: Kunstmuseum trägt die Beteiligung aus seinem eigenen Etat in Höhe von (einmalig) 250.000 EUR	GRDrs 1148/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
190	410	SPD Freie Wähler	458 525	Ziff. 2.a) Stiftungsbeteiligung Stiftung Otto Dix-Haus (250.000 EUR) Deckungsvorschläge Verschiebung um ein halbes Jahr Kunstmuseum Zuschuss zum Erwerb von Kunstwerken (- 1,2 Mio. EUR)	Erledigt durch Erklärung der Verwaltung
191	5204210	Verwaltung		<u>Sportamt</u>	
				Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009 Anlage 5) Zuschüsse - Pauschale Reduzierung um 7% von Zuschüssen für lfd. und investive Zwecke - Streichung/Reduzierung von Einzelzuschüssen	Zustimmung
		SPD	475	I. Keine Kürzungen im Sport bei der Förderung für Kinder und Jugendliche In den anderen Bereichen des Ergebnishaushalts (siehe Vorlage GRDRs 849/2009) soll die pauschale Zuschusskürzung auf 8,4 % erhöht werden.	Mit GRDRs 943/2009 erledigt.
		Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) - Erhöhung Sachkostenbeitrag für Benutzung von Sportstätten - Reduzierung allgemeiner Sach- und Geschäftsausgaben	Zustimmung
192	5204210	Verwaltung		Mitteilungsvorlage Stuttgarter Zeitung-Lauf (GRDRs 618/2009)	Bereitstellung von je 21.000 EUR in 2010 und 2011
		CDU	432	Die Übernahme der erhöhten Kosten von 24.000 EUR sind zunächst mit der Stadion Neckarpark zu klären	GRDRs 1284/2009 GRDRs 950/2009
		SPD	475	V. Für den Stuttgarter Zeitung-Lauf werden jährlich 20.000 EUR zur Verfügung gestellt.	
193	5204210	Verwaltung		Mitteilungsvorlage Projektmittelfond "Sport - fit für die Zukunft" (GRDRs 520/2009)	
		CDU	433	1. Einstellung der erforderlichen Mittel (40.000 EUR)	Wie beantragt GRDRs 945/2009
		SPD	475	III. dto.	
		Freie Wähler	545	4. dto.	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
194	5204210	Verwaltung		Mitteilungsvorlage Talentsuche und Talentförderung der Stuttgarter Sportvereine/Organisationen (GRDRs 521/2009)	
		CDU	433	2. Einstellung der erforderlichen Mittel (80.000 EUR)	Wie beantragt GRDRs 947/2009
		SPD	475	II. dto.	
		FDP	506	dto.	
		Freie Wähler	545	3. dto.	
195	5204210	Verwaltung		Mitteilungsvorlage German Open Championships im Tanzsport (GRDRs 617/2009)	
		CDU	433	3. Einstellung der erforderlichen Mittel (75.000 EUR)	Wie beantragt GRDRs 949/2009
		SPD	475	IV. Einstellung von 65.000 EUR/Jahr	
		FDP	507	dto.	
		Freie Wähler	545	7. dto.	
196	5204210	SÖS und Linke	612	Förderrichtlinien Sportvereine Die Stadt Stuttgart schließt mit den Sportvereinen, die gefördert werden aus den Mitteln der Stadt, eine Fördervereinbarung. Diese beinhaltet mindestens einen jährlichen Bericht, mit welchen Maßnahmen im Regelbetrieb und durch einzelne Veranstaltungen und in welchem Umfang die Bemühungen der Stadt unterstützt werden bei der Sicherung der Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen	Mit GRDRs 941/2009 erledigt
197	5204210	Bündnis 90/ Die Grünen	StR Wölfe Mündlich	Bericht Tätigkeiten der Sportregion <u>Finanzhaushalt</u>	Mit GRDRs 1265/2009 erledigt
198	5204241	Bündnis 90/Die Grünen	378	Investitionen in Sportanlagen Umwandlung des Tennenplatz des TB Cannstatt in einen Kunstrasenplatz Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (490.000 EUR netto, 570.000 EUR brutto)	wie beantragt (HHJ 2011) GRDRs 1055/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
199	5204241	SPD	475	VI. Sportfreianlagen Botnang; ASV Botnang Umbau Grassmasterplatz Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (470.000 EUR netto, 550.000 EUR brutto)	wie beantragt (HHJ 2010) GRDRs 1055/2009
		FDP	508	dto.	
		Freie Wähler	545	1. dto.	
200	5204241	SPD	475	VII. Sanierungsprogramm Umbau von Tennenplätze zu Kunststoffrasenplätzen 1. Feuerbach, SportVG Feuerbach Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (590.000 EUR netto, 670.000 EUR brutto)	Ablehnung GRDRs 1055/2009
		FDP	508	dto.	
		Freie Wähler	545	2. dto.	
201	5204241	FDP	508	Sportanlagen Bau von Kunstrasenplätzen SV Hoffeld, Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (530.000 EUR netto, 610.000 EUR brutto)	Ablehnung GRDRs 1055/2009
202	5204241	SPD	475	VII. Sanierungsprogramm Tennenplätze 2. Münster, TSVgg Münster Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (550.000 EUR netto, 630.000 EUR brutto)	Ablehnung GRDRs 1055/2009
		Freie Wähler	545	2. dto.	
203	5204241	Freie Wähler	545	2. Sanierungsprogramm Umbau von Tennenplätzen zu Kunstrasenplätzen • Vaihingen, TSV Rohr Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (460.000 EUR netto, 540.000 EUR brutto)	Ablehnung GRDRs 1055/2009
204	5204241	Freie Wähler	545	1. Allgemeine Sportfreianlagen • Stammheim, TV Stammheim Neubau Faustballspielfeld Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (350.000 EUR)	Ablehnung GRDRs 1055/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
205	5204241	Bündnis 90/Die Grünen	Mündlich am 17.11.2009 im UTA	Stadion Festwiese (GRDRs 819/2009) Sanierungsmaßnahmen / Neubau Tribüne Schriftliche Stellungnahme durch Referat T in Abstimmung mit Referat StU zu verschiedenen energetischen Maßnahmen und deren Wirtschaftlichkeit sowie den damit zusammenhängenden zusätzlichen Kosten	Bereitstellung von 45.000 EUR 2010 für solarthermische Anlage
206	5204241	Freie Wähler	545	6. Bereitstellung von Planungsmittel zum 2. Bauabschnitt des Stadions Festwiese	Ablehnung GRDRs 1069/2009
207	5204210	SPD	476	4. Mombachbad/Alfred Reichle-Bad Bericht über die Sanierungsnotwendigkeit des Beckens und dem damit verbundenen Zuschussbedarf des von den Schulen stark benutzten Bades.	Mit GRDRs 1323/2009 erledigt Sanierung des Bads im Budget des Sportamts für Baukostenzuschüsse
208	5204241	CDU	431	Sportveranstaltungshalle (Mercedes-Benz Arena) Investitionszuschuss für Einrichtung 1. Für die Ausstattung der Sportveranstaltungshalle werden 600.000 EUR im Haushalt eingestellt 2. Die Verwaltung berichtet über den Baufortschritt des Stadionumbaus und bis zu welchem Zeitpunkt voraussichtlich die Mittel für die Einrichtung tatsächlich benötigt werden 3. Die Verwaltung wird verpflichtet, nach spätestens 3 Jahren die bereitgestellten Finanzmittel aus der Vergabe von Namensrechten für die Sportveranstaltungshalle zu finanzieren	Wie beantragt GRDRs 1037/2009
209	5204241	Verwaltung		Mitteilungsvorlage Eissportzentrum Waldau (GRDRs 937/2009); Erhöhung der Baukosten um 590.000 EUR auf 9,718 Mio. EUR Planungssumme 2007: 8,748 Mio. EUR Nachtragshaushaltplan 2009: 9,128 Mio. EUR Bausumme Stand Nov. 09: 9,718 Mio. EUR	Bereitstellung von 200.000 EUR 2010 und 390.000 EUR 2011
210	5204241	Bündnis 90/Die Grünen Freie Wähler	Mündlich am 17.11.2009 im UTA 525	Eissportzentrum Waldau Sanierung Halle 1 / Abbruch und Neubau des Betriebsgebäudes Schriftlich Stellungnahme durch Referat T zu verschiedenen Fragestellungen; u.a. Gründach, techn. Standardreduzierungen Deckungsvorschläge Verschiebung um ein halbes Jahr Eissportzentrum Waldau (- 1,307 Mio. EUR 2010, 1,307 Mio. EUR 2011)	Erledigt durch Stellungnahme der Verwaltung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
211	5204241			<p>Molly-Schauffele-Sporthalle Beteiligung an den Sanierungsmaßnahmen für die bestehende Halle (Rote Liste Seite 17 Nr. 3) Gesamtbausumme ca. : 6,43 Mio. EUR (netto) Förderung Bund/Land je 1/3 Anteil LHS ca. : 2,1 Mio. EUR (netto) 2010: 250.000 EUR Planungsmittel bis LPH 3 2011: 650.000 EUR Planungsmittel bis LPH 6</p> <p>Voraussetzung für Planungsbeginn ist, dass die verbindliche Erklärung von Bund und Land über eine Mitfinanzierung des Vorhabens von jeweils 1/3 der Gesamtkosten vorliegen</p>	<p>Bereitstellung der Planungsmittel 250.000 EUR 2010, 650.000 EUR 2011, Aufnahme in mittelfristige Finanzplanung 3,00 Mio EUR 2012, 2,530 Mio EUR 2013; Finanzierung des Vorhabens: Investitionszuweisung Bund/Land 600.000 EUR 2010, 2,00 Mio EUR 2011, 1,686 Mio EUR 2012 Reduzierung Baukostenzuschüsse an Vereine 45.000 EUR 2011, je 350.000 EUR 2012, 2013 und 2014 GRDRs 1323/2009 GRDRs 1239/2009</p>
212	5204210	Die Republikaner	629	<p>Flatow Sporthalle Wangen Dachsanierung Die Mittel für die Dachsanierung der Flatow Sporthalle Wangen in Höhe von 480.000 EUR werden im Doppelhaushalt 2010/2011 zur Verfügung gestellt.</p> <p style="text-align: center;">Referat Recht, Sicherheit und Ordnung</p> <p style="text-align: center;"><u>Statistisches Amt</u></p>	<p>Ablehnung GRDRs 1055/2009</p>
213	120	Verwaltung		<p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Prüfauftrag: Pflichtaufgaben/freiwillige Aufgaben - Erhöhung Entgelte für Mietspiegel und Wegweiser - Verlängerung Intervall Jugendrätewahl von 2 auf 3 Jahre - Einsparung bei Durchführung des Mietspiegels - Einsparung Sach- und Geschäftskosten <p style="text-align: center;"><u>Rechtsamt</u></p>	<p>Erbringung eines weiteren Konsolidierungsbetrags von 80.000 EUR/Jahr, somit insgesamt 148.000 EUR GRDRs 1354/2009</p>
214	300	Verwaltung		<p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) Quote beträgt 63.000 EUR</p> <p style="text-align: center;"><u>Amt für öffentliche Ordnung</u></p>	<p>Einsparung von 0,6 Stellenanteilen einer A 15 Stelle zum Stellenplan 2011</p>
215	3207020	Verwaltung Verwaltung		<p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einnahmen Parkraummanagement Stuttgart-West <p>Mitteilungsvorlage „Parkraummanagement für Stuttgart-West“ (GRDRs 257/2009)</p>	
		Bündnis 90/ DIE	375	<p>1. Umsetzung des in der GRDRs 257/2009 vorgelegten Konzepts für</p>	<p>Ziff. 1 – 4 gemäß GRDRs 1290/2009 beschlossen,</p>

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
		GRÜNEN		<p>das Parkraummanagement Stuttgart-West</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Umsetzung der gutachterlich vorgeschlagenen Variante 1 3. Einführung des Parkraummanagements spätestens Anfang 2011 4. Die notwendigen Investitionen und Stellenschaffungen sind vorzunehmen 5. Planungsmittel für den Bau der Anwohnerparkgaragen Rossbollengässle (2 Mio.EUR) und Friedrich-Eugens-Gymnasium (1,2 Mio. EUR) werden eingestellt 6. Die Erfahrungen für Stuttgart-West sind mit dem Ziel einer flächen-deckenden Einführung des Parkraummanagements in den übrigen Innenstadtbezirken, insbesondere Süd, Mitte und Ost, schnellstmög-lichst zu sammeln und umzusetzen Hierfür werden Planungsmittel eingestellt in Höhe von 50.000 EUR 	<p>jährlicher Bericht im VA</p> <p>3. Lesung</p> <p>Erledigt mit Erklärung der Verwaltung</p>
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	366	<p>Sonderprogramm Schulen IV Friedrich-Eugens-Gymnasium, Großturnhalle mit TG, Neubau (brutto 6,809 Mio. EUR, netto 6,270 Mio. EUR; Finanzierung aus Parkierungsrücklage in Höhe von 1,174 Mio. EUR)</p>	<p>3. Lesung GRDRs 1347/2009</p>
			und 369	<p>Schulen - Neue Investitionsvorhaben I. 5 dto.</p>	
		CDU	422	<p>Das Konzept für ein Parkraummanagement in Stuttgart-West wird umgesetzt mit dem Ziel einer zeitnahen Implementierung. Dies soll zunächst ein Pilotprojekt sein. Dabei gewonnene Erkenntnisse könnten später bei einer evtl. Erweiterung über den Stuttgarter Westen hinaus in die Bewertung und ggf. Umsetzung mit einbezogen werden.</p>	
			424	<p>Tiefgarage „Rossbollengässle“ Finanzierung aus Parkierungsrücklage</p>	<p>3. Lesung</p>
		SPD	463	<p>Anwohnerparkanlagen Rossbollengässle und Friedrich-Eugens-Gymnasium; Darstellung der zeitlichen Abfolge und einer möglichen Finanzierung aus der Parkierungsrücklage unter Berücksichtigung der Einnahmen aus dem Parkraummanagement</p>	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
216	3207030	Verwaltung Verwaltung Bündnis 90/ DIE GRÜNEN SPD	 365 463	Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) - Buß- und Verwarnungsgelder - Vermehrte Kontrollen im Rahmen der Lärmüberwachung und Luftreinhaltung Umrüstung der vorhandenen Überwachungsanlagen auf digitale Technik vor einem weiteren Ausbau der Geschwindigkeitsüberwachung IV. Mit Investitionen in Höhe von 175.000 EUR für einen Messwagen und technische Betreuung sowie 4 Stellen für Überwachung und Bußgeldstelle lassen sich voraussichtlich 20.000 Verkehrs-Verstöße pro Jahr ahnden. Die Kosten für die mobile Geschwindigkeitsüberwachung tragen sich dadurch nicht nur selbst, sondern führen zu voraussichtlichen Mehreinnahmen in Höhe von 100.000 EUR pro Jahr VII. Verwendung Abmilderung der Streichungen in den Bereichen Soziales und Kultur, wie beispielsweise Bücherbus etc. Straßenverkehr 4. Zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung wird ein zusätzliches Messfahrzeug und ein zusätzliches Handlasermessgerät angeschafft und das dafür notwendige Personal eingestellt. Diese Maßnahme ist kostenneutral.	 Wie beantragt GRDrs 1259/2009 Wie beantragt, jährlicher Bericht im VA GRDrs 1075/2009
217	320	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) - Anpassung der Verwaltungsgebühren (+7,5%) aufgrund gestiegener Arbeitsplatzkosten - Reduzierung von Geschäftsausgaben - Reduzierung Zuschüsse an Verkehrswacht und für Schulung Fahranfänger	Zustimmung Im Zusammenhang mit dem Satzungsbeschluss sollen die Gebührenhöhen anderer Städte vergleichend dargestellt werden.
218	3207030	SPD	460	Luftreinhaltung 3. Einführung einer überwachungsgestützten Geschwindigkeitsbeschränkung auf 50 km/h auf der B14 zwischen Schwanenplatztunnel und Heilmannstraße Die Verwaltung sorgt im Verlauf der Haushaltsberatungen für die notwendigen Beschlüsse	Wie beantragt, jährlicher Bericht im Verwaltungsausschuss GRDrs 1262/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
219	3207010	Verwaltung CDU Freie Wähler Freie Wähler	 434 558 557	Mitteilungsvorlage „Neuorientierung des städtischen Vollzugsdienstes“ (GRDRs 95/2009) Ausstattung des städtischen Vollzugsdienstes mit zwei zusätzlichen Einsatzfahrzeugen. 1. Beschaffung von zwei zusätzlichen Dienstfahrzeugen, um die Schwerpunkteinsätze - vor allem in den Außenbezirken - flexibel und effizient durchführen zu können, evtl. mit einem Fahrzeugpool zusammen mit der Lebensmittelüberwachung. Beschaffung eines zusätzlichen Dienstfahrzeugs für die Lebensmittelüberwachung, das gegebenenfalls in einen Fahrzeugpool mit dem städtischen Vollzugsdienst aufgenommen werden könnte.	Wie in GRDRs 1326/2009 dargestellt beschlossen
220	3207020	FDP	519	Die Verwaltung erstellt eine Liste, an welchen Stellen entlang der Autobahn auf Stuttgarter Markung braune Hinweisschilder aufgestellt worden sind oder wo welche vorgesehen sind. Darüber hinaus stellt die Verwaltung an geeigneter Stelle entlang der A8 ein Hinweisschild mit "Schloss und Universität Hohenheim" auf. <u>Standesamt</u>	Mit Vorlage GRDRs 1085/2009 erledigt
221	340	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) Erhöhung Gebühren aufgrund Änderung des Personenstandsgesetzes <u>Branddirektion</u>	Zustimmung
222	3701260	Verwaltung SPD	 478	Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) - Erhöhung der wöchentlichen Arbeits-/Bereitschaftszeit auf 54 Std. (Abbau von 28 Stellen abzgl. Aufwand für Mehrarbeitsvergütung) 5. Der Konsolidierungsvorschlag der Verwaltung - Abbau von 28 Stellen durch Verlängerung der Arbeitszeit - ist nur mit Zustimmung der betroffenen Beschäftigten möglich. Stellungnahme der Personalvertretung während der Sitzung des Verwaltungsausschusses	3. Lesung GRDRs 1159/2009
223	370	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) - Entgelt für Übernahme von Funktionen einer Werksfeuerwehr - Verrechnung von Vorhalteleistungen gegenüber den SSB - Mehreinnahmen für kostenpflichtige Einsätze	Zustimmung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
224	3701260	CDU	437	<u>Finanzhaushalt</u> Sanierung und Neustrukturierung der Feuerwachen (Planungskosten): Für die Vorbereitung der Entscheidung des Gemeinderates über die beste Variante und deren Weiterplanung bis Leistungsphase 4 sind inklusive eines Wettbewerbs von der Stadtverwaltung Kosten von mittlerweile aktualisierten 770.000 EUR für den kommenden Doppelhaushalt angemeldet. Diese Mittel sind wegen der Dringlichkeit der Maßnahmen für den Haushalt 2010/2011 zu beschließen.	Wie beantragt GRDRs 1230/2009 Gutachten für Grundsatzbeschluss im 1. Quartal 2010
		SPD	478	1. Feuerwache 5 (Degerloch): Bereitstellung von Planungsmitteln für den Neubau (950.000 EUR)	s.o.
225	3701260	SPD	478	2. Feuerwehrhauses in Sillenbuch: Über die Realisierungsmöglichkeit wird im Zusammenhang mit dem Bürgerhaus Sillenbuch berichtet.	Erledigt mit GRDRs 1249/2009
226	3701260	Freie Wähler	551	Bereitstellung von Planungsmitteln für - die Aufstockung FF-Feuerwehrhaus Münster (40.000 EUR) - die Erweiterung FF-Feuerwehrhaus Hedelfingen (16.000 EUR)	Erledigt mit GRDRs 1230/2009
Referat Städtebau und Umwelt					
<u>Amt für Umweltschutz</u>					
227	360	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) - Reduzierung des allg. Sachmittelaufwands um 20% - Streichung des Zuschusses an das Zentrum für Energieforschung	Zustimmung
228	3607020	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Strombeschaffung vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011“ (GRDRs 1118/2009) - Weiterführung des bestehenden Stromliefervertrags für die städtischen Liegenschaften mit der EnBW vom 01.01.2011 bis 31.12.2011 - Erhöhung des Ökostromanteils ohne Mehrkosten von 25% auf 50%	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	379	Klimaschutz: Energie sparen und erzeugen 2. Strombezug der Stadt Stuttgart: 100 Prozent Ökostrom Voraussichtliche Mehrkosten: 600.000 EUR	Die Verwaltung verhandelt mit der EnBW über einen 60-prozentigen Ökostromanteil ohne Mehrkosten. Sollte diese Zielvorgabe nicht erreicht werden, wird der Gemeinderat unterrichtet GRDRs 1178/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
229	3607020	SÖS und LINKE	577	Aufbau eines Solarkatasters	Ablehnung GRDRs 1349/2009 GRDRs 1115/2009
230	3607020	SÖS und LINKE	580	Langfriststudie für CO2-neutrale Stadt bis 2050: Kosten der Studie inkl. der Zuschüsse des Bundes: 100.000 EUR	Mit GRDRs 1120/2009 erledigt
231	3607010	Verwaltung		Fortschreibung des Aktionsplanes zur Luftreinhaltung: <ol style="list-style-type: none"> 1. Von den Planungen des RP Stuttgart zur Fortschreibung des Aktionsplanes wird Kenntnis genommen. 2. Bereitstellung von 95.000 EUR im Haushalt 2010/2011 für die Beschilderung des LKW-Durchfahrtsverbotes und der Umweltzone. 3. Bereitstellung von 130.000 EUR im Haushalt 2010/2011 für das Aufbringen des Feinstaubbindemittels auf der B14 im Bereich des Neckartors während der Versuchsphase Januar/Februar 2010 sowie im Winterhalbjahr 2010/11 und Ende 2011 	3. Lesung GRDRs 1427/2009
232	3607020	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	379	Klimaschutz: Energie sparen und erzeugen 1. Stadtinternes Contracting: Aufstockung um 2,5 Mio. EUR, um damit die Neuinstallation von PV-Anlagen auf Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden durchzuführen.	Wie beantragt GRDRs 1106/2009
		SPD	460	Klima und Umwelt Klima: 1. Aufstockung des Fonds für das stadtinterne Contracting in 2010/2011 um 1 Mio. EUR.	
		SÖS und LINKE	581	Verdoppelung der Gelder für stadtinternes Contracting um 1 Mio. EUR	
				<u>Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung</u>	
233	610	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) - Reduzierung des allgemeinen Sachmittelaufwands um 20%	Zustimmung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
234	610	StR'in Pfau (CDU)	mündlich	Übersicht über die allgemeinen und zweckgebundenen Planungsmittel bis zur 2. Lesung	Mit GRDRs 1332/2009 erledigt
		StR'in Gröger (SPD)	mündlich	Darstellung der Planungsmittel, die für den Neckarpark benötigt werden bis zur 2. Lesung	Mit Erklärung der Verwaltung erledigt
		StR Pätzold (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	mündlich	Für den Neckarpark werden Planungsmittel von 300.000 EUR bewilligt. Sofern weitere Mittel benötigt werden, sind diese aus der Planungsmittel-Pauschale des Fachamts zu decken.	Wie beantragt Der Anteil des Tiefbauamts kann aus dessen Budget finanziert werden.
235	6107020	SPD	462	Stadterneuerung, Stärken vor Ort, Zuschuss 100% Soziale Stadt Neugereut	Nach Bewilligung in den Haushalt aufzunehmen. Finanzierung entsprechend Zuschusseingang. GRDRs 1213/2009
236	6107010	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	372	3. Stadterneuerungsmaßnahmen: Leonhardsviertel Planung der Umnutzung des Züblin-Parkhausareals nach 2011 (100.000 EUR) Bericht zum bestehenden Erbbaurechtsvertrag	Mit GRDRs 1238/2009 erledigt GRDRs 1095/2009
237	6107010	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	380	Stadt am Fluss Planung der Renaturierung des Neckarufers (200.000 EUR) 1. Neckarufer Hofen, Auwiesen 2. Neckarufer Austraße 3. Neckarufer zwischen Reinhold-Maier-Brücke und Neckarviadukt 4. Wasenufer, König-Karl-Brücke <u>Finanzhaushalt</u>	Wie beantragt GRDRs 1097/2009
238	6107020	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Stammheim 3 - Freihofplatz - GRDRs 244/2008 Jahresprogramm 2008 - VA 1.10.2008 (brutto 1,162 Mio. EUR, netto 0,162 Mio. EUR)	Wie beantragt
239	6107020	SPD	458	Stadtmuseum Stuttgart 25 – Arnulf-Klett-Platz, Darstellung der Verwaltung zur 1. Lesung, ob Planungsmittel bis zur Baureife bereits im Doppelhaushalt 2010/2011 einzustellen sind.	3. Lesung vgl. GRDRs 1425/2009
	6107020	StR Kanzleiter (SPD)	mündlich	Stadtmuseum: Schriftliche Darstellung zur 3. Lesung	Von der Verwaltung zugesagt

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
240	6107020	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	372	Stadterneuerungsmaßnahmen 2: Stuttgart 26 - Hospitalviertel -Umgestaltung des Platzes vor der Hospitalkirche (734.000 EUR)	Wie beantragt GRDRs 1199/2009
		SPD	462	dto.	
241	6107020	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	372	Stadterneuerungsmaßnahmen 2: Stuttgart 26 – Hospitalviertel - Jugendhaus Mitte, Sanierung (2,0 Mio. EUR) Förderung aus Konjunkturpaket II	Wie beantragt GRDRs 1198/2009
		SPD	454	dto.	
242	6107020	SPD	462	Umgestaltung von Straßen und Plätzen Rohracker 1, Ortskern, Gefällereduzierung (30.000 EUR)	Wie beantragt GRDRs 1196/2009
		Freie Wähler	646	dto.	
243	6107020	FDP	517	Rohracker 1 – Ortskern – Betriebskostenzuschuss für das Bürgerhaus Alte Schule Rohracker in den Jahren 2010 und 2011 von je 15.000 EUR	Wie in GRDRs 1283/2009 dargestellt, Zusatzbetrag von 47.600 EUR für Investitionszuschuss GRDRs 1152/2009
244	6107020	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Plieningen 1 - Schoellstraße - GRDRs 307/2009 Jahresprogramm 2009 - VA 15.07.2009 (brutto 1,307 Mio. EUR, netto 0,647 Mio. EUR)	Wie beantragt
245	6107020	SPD	462	Stadterneuerung Plieningen 1 – Schoellstraße Zehntscheuer (461.000 EUR)	Bei Bewilligung des Aufstockungsantrags erfolgt die Nachfinanzierung im DHH 2012/2013 im üblichen Verfahren. Die nicht zuwendungsfähigen Kosten von 141.000 EUR werden aus dem Budget des Amts für Liegenschaften und Wohnen finanziert. GRDRs 1194/2009
		Freie Wähler	565	Nachnutzung der Räumlichkeiten der Freiwilligen Feuerwehr Plieningen 1 – Schoellstraße (Zehntscheuer) Die Verwaltung legt Ihre bisherigen Überlegungen über die Nachnutzung dar, damit im Haushalt ggf. Mittel für Umbau oder Renovierungsarbeiten eingestellt werden können.	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
246	6107020	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Möhringen 3 - Fasanenhof - GRDRs 307/2009 Jahresprogramm 2009 - VA 15.07.2009 (brutto 1,167 Mio. EUR, netto 0,467 Mio. EUR)	Wie beantragt
247	6107020	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Mühlhausen 3 - Neugereut - GRDRs 244/2008 Jahresprogramm 2008 - VA 1.10.2008 (brutto 3,114 Mio. EUR, netto 1,214 Mio. EUR)	Wie beantragt
248	6107020	SPD	462	Stadterneuerung, New Day - INTERREG IV B CENTRAL, Soziale Stadt Neugereut und Fasanenhof 314.000 EUR	Förderantrag wurde von EU nicht bewilligt. GRDRs 1213/2009
249	6107020	SPD	462	Stadterneuerung, Bad Cannstatt 16 - Veielbrunnen, Modernisierung Bellingweg 15 (800.000 EUR)	Die Maßnahme wird aus BU-Mitteln des Amts für Liegenschaften und Wohnen finanziert GRDRs 1351/2009 GRDRs 1197/2009
250	6107020	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Bad Cannstatt 19 - Veielbrunnen West - GRDRs 307/2009 Jahresprogramm 2009 - VA 15.07.2009 (brutto 3,0 Mio. EUR, netto 1,2 Mio. EUR)	Wie beantragt
251	6107020	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Bad Cannstatt 20 - Hallschlag - GRDRs 307/2009 Jahresprogramm 2009 - VA 15.07.2009 (brutto 1,167 Mio. EUR, netto 0,467 Mio. EUR)	Wie beantragt
252	610	StR'in Gröger (SPD)	mündlich	Soziale Stadt Bad Cannstatt 20 – Hallschlag Die Mittel für den Verfügungsfond von 7.500 EUR/a entsprechend der Beschlussvorlage GRDRs 699/2009 sind im Doppelhaushalt 2010/2011 bereitzustellen.	Wie beantragt
253	6107020	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Zuffenhausen 6 - Rot - GRDRs 244/2008 Jahresprogramm 2008 - VA 1.10.2008 (brutto 2,336 Mio. EUR, netto 0,836 Mio. EUR)	Wie beantragt

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
254	6107020	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Sanierung Zuffenhausen 6 - Rot - "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt" Jugendräume Rot/Neubau Holzhaus“ (GRDrs 502/2009) (236.000 EUR)	
		SPD	462	Stadterneuerung Zuffenhausen 6 - Rot, Jugendräume (236.000 EUR, nicht zuwendungsfähige Kosten)	Wie beantragt GRDrs 1201/2009
		Freie Wähler	532	dto.	
255	6107020	SPD	462	Umgestaltung von Straßen und Plätzen Zuffenhausen 6 – Rot - Hans-Scharoun-Platz, 196.000 EUR	Mit Erklärung der Verwaltung erledigt GRDrs 1202/2009
256	6107020	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Zuffenhausen 8 - Unterländer Straße - GRDrs 244/2008 Jahresprogramm 2008 - VA 1.10.2008 brutto 3,558 Mio. EUR, netto 0,258 Mio. EUR	Wie beantragt
257	6107020	Freie Wähler	563	Alter Friedhof Feuerbach, Feuerbach 6 - Obere Stuttgarter Straße, Einstellung der erforderlichen Planungsmittel. Als Gegenfinanzierung Verschiebung der TG an der Kerschensteinerschule um 2 Jahre.	Kenntnisnahme GRDrs 1195/2009
258	6107010	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	373	Verkehrsprojekte: Augsburgener Platz, Ausarbeitung eines Vorentwurfs einschließlich Kostenschätzung und Untersuchung der Leistungsfähigkeit für den Umbau mit Wendern auf der Ost- und Westseite (50.000 EUR)	Kenntnisnahme GRDrs 1091/2009
259	6107010	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	382	Ausgleichsflächen anlegen 1. Renaturierung des Schnatzgrabens im Rappach, Giebel (296.000 EUR) 2. Entsiegelung von Lagerplätzen, neue Pflanzmaßnahmen und ökologische Aufwertung an der Gerlinger Straße, Weilimdorf (137.000 EUR) 3. Sicherung trockenwarmer Biotoptypen und alter Weinbergmauern in der Wernhalde, Süd (32.000 EUR)	3. Lesung GRDrs 1416/2009 GRDrs 1098/2009
		SPD	460	Klima und Umwelt Für das Kompensationsmanagement/Ökokonto werden in 2010/2011 1,54 Mio. EUR eingestellt.	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
260	6107010	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Stadtentwicklungspauschale (Step) Projektliste zum Doppelhaushalt 2010/11 und geplante Fortschreibung der Step“ (GRDRs 642/2009)	
		SPD	459	IV. Stadtentwicklungspauschale, Jugendratsprojekts Intergenerationenplatz Hauptmannsreute und Umgestaltung des Urbansplatzes, Spielflächen Die Verwaltung informiert in den Haushaltsplanberatungen über den aktuellen Sachstand und legt dar, wie eine zeitnahe Realisierung des Projekts vorstatten gehen kann, insbesondere auch der Möglichkeit einer Finanzierung über die Stadtentwicklungspauschale. Darüber hinaus informiert die Verwaltung, welche Spielflächen sinnvoller Weise über die Stadtentwicklungspauschale finanziert werden können.	Kenntnisnahme GRDRs 1099/2009
261	6107010	SPD	463	Straßenverkehr 3. Direktanschluss der JVA in Stammheim an die B27a. Die Verwaltung berichtet bis zur 1. Lesung über den Stand der Planung.	Kenntnisnahme GRDRs 1093/2009
262	6107010	FDP	520	Verkehrsplanung B 295, Überarbeitung. Die Verwaltung erstellt ein neues Verkehrskonzept und die entsprechenden Mittel werden in den Haushalt eingestellt	Kenntnisnahme GRDRs 1094/2009
				<u>Baurechtsamt</u>	
263	630	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009), Ämterübergreifende Maßnahmen, Einnahmen - Erhöhung Entgelte für Verwaltungsgebühren, Baurechtsamt 5% zusätzliche Baugenehmigungsgebühren durch konsequentere Prüfung der zugrunde liegenden Baukosten - Prüfauftrag: Personalausstattung Baukontrolle	Zustimmung Ablehnung
	630	StR Wölflie (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	mündlich	Streichung des Prüfauftrags: Personalausstattung Baukontrolle	Wie beantragt
264	630	StR Kanzleiter (SPD)	mündlich RSA 14.10.09	Auskunft bis zur 1. Lesung, welche Untersuchungen mit welchem Ergebnis in der Vergangenheit beim Baurechtsamt gemacht wurden.	Mit GRDRs 1122/2009 erledigt
		Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Organisationsuntersuchungen des Baurechtsamts“ (GRDRs 1122/2009)	Kenntnisnahme
		StR Kotz (CDU)	mündlich	Für sämtliche städtischen Ämter sollte eine vergleichbare Übersicht erstellt werden.	Bericht im 1. Halbjahr 2010

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung	
265	5103651 5103161	StR Kanzleiter (SPD)	mündlich	Die Amtsleitung berichtet darüber, wie ihre Vorstellungen realisiert werden können.	Bericht im Ausschuss für Umwelt und Technik in 2010	
		Verwaltung		<p style="text-align: center;">Referat Soziales, Jugend und Gesundheit</p> <p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) Ämterübergreifende Maßnahmen, Einnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gebührenerhöhung 63 Ct. auf 68 Ct. in Kitas und Schulen - Einführung Krippenzuschlag - Erhöhung der Essenspreise um 25 Ct. in Kitas und Schulen 		
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	368	Die Erzielung von höheren Einnahmen wurde auch anderen Ämtern als Konsolidierungsbeitrag anerkannt. Daher hat das Jugendamt durch die Kita-Gebührenerhöhung (889.000 EUR) und den Krippenzuschlag (755.000 EUR) bereits einen Konsolidierungsvorschlag in Höhe von 1,644 Mio. EUR erbracht.		Gem. GRDrs 1408/2009, Variante 1 beschlossen GRDrs 1396/2009 GRDrs 1297/2009 GRDrs 1019/2009
		Freie Wähler	645	<p>Im Haushalt des Jugendamts sind Gebührenerhöhungen um 5 Cent/ Betreuungsstunde schon eingerechnet, bevor sie beschlossen wurden. Wir lehnen diese pauschale Erhöhung ab.</p> <p>Stattdessen schlagen wir vor, dass in einem geeigneten Gremium, z.B. einem Unterausschuss, eine differenzierte Gebührenordnung erarbeitet und aufgestellt wird, die folgenden Bedingungen gerecht wird:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Zugang zum Regelkindergarten bis zu 6 Stunden täglich für 3 bis 6-jährige ist als Bildungseinrichtung für alle Kinder gebührenfrei. 2. Für Kinder aus Familien mit Bonuscard bleiben auch alle übrigen Betreuungsangebote im bisherigen Umfang frei. 3. Die darüber hinausgehenden Betreuungsangebote für 0-10-jährige werden mit Gebühren belegt, die dem tatsächlichen Kostenaufwand deutlich näher kommen als bisher. 		s.o.
266	5103651 5103161	SÖS und LINKE	639	Der Gemeinderat lehnt die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Gebühren für die Betreuung von Kindern und Schülerinnen und Schülern ab.	s.o.	
		Verwaltung		<p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) Ämterübergreifende Maßnahmen, Einnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung der Ersätze für soziale Leistungen um 2% (400.000 EUR) 	Zustimmung	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
267	5003180	<p>Verwaltung</p> <p>Bündnis 90/ DIE GRÜNEN</p> <p>CDU</p> <p>SPD</p> <p>Freie Wähler</p>	<p>368</p> <p>445</p> <p>467</p> <p>537</p>	<p>Vorlage „Haushaltssicherungskonzept 2009: Neugestaltung der FamilienCard“ (GRDRs 902/2009)</p> <p>Die im Haushaltssicherungskonzept 2010/11 vorgesehen Kürzungen in den Ämtern des Jugendamtes, Sozialamtes und Gesundheitsamtes werden nur in Höhe der Reduzierung bei der FamilienCard, mithin 2,5 Mio. EUR akzeptiert.</p> <p>Die FamilienCard wird künftig so eingesetzt, dass sie Familien zugute kommt, die knapp oberhalb der BonusCard-Berechtigung liegen. Alle Kinder mit BonusCard erhalten das sogenannte „Ranzengeld“ in Höhe von jährlich 100 EUR. Freiwilligkeitsleistung der FamilienCard sollten auf den Familienkreis konzentriert werden, der leider die vollen Gebühren bezahlen muss, weil er knapp oberhalb der BonusCard-Grenze liegt.</p> <p>Die Verwaltung legt eine Berechnung vor, bis zu welcher Einkommensgrenze die FamilienCard dann gelten könnte.</p> <p>1. Der Personenkreis der derzeit die FamilienCard bezieht bleibt gleich. 2. Die Höhe des Guthabens der FamilienCard wird auf 60 EUR/Jahr reduziert.</p> <p>1. Die Familiencard wird nicht - wie im Haushaltssicherungskonzept vorgeschlagen - auf den Kreis der Bonuscardberechtigten begrenzt. Stattdessen bleiben die Zugangsgrenzen erhalten, der jährliche Cardwert pro Kind wird mit 60 EUR ausgewiesen.</p> <p>Der Kreis der Familiencard-Berechtigten wird für das Jahr 2010 zunächst auf ein Jahreseinkommen von 50.000 EUR gesenkt und die Leistungen bei 90 EUR belassen. Danach sollte die Familiencard schon aus Verwaltungsgründen auf die Bonuscard-Berechtigten beschränkt werden. Die Verwaltung stellt die Auswirkungen samt Vor- und Nachteilen bis zur 1. Lesung dar.</p>	<p>Absenkung Einkommensgrenze auf 60.000 EUR (bei einem Guthaben von 60 EUR) beschlossen</p> <p>s.o. GRDRs 1396/2009 GRDRs 1254/2009 GRDRs 938/2009</p> <p>s.o.</p> <p>s.o.</p> <p>s.o.</p> <p>s.o.</p>

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
268		SÖS und LINKE	589	<p>Um dem Vorschlag, die Ausgaben der FamilienCard um 2,5 Mio. EUR durch Einschränkung des Berechtigtenkreises zur reduzieren, zustimmen zu können, beantragen wir:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verwaltung berichtet in der ersten Jahreshälfte 2010 über die bisherigen Erfahrungen mit der Bonuscard 2. Ist es aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung erforderlich, die Einkommensschwellen zur Bonuscard und damit dann auch zur FamilienCard zu erhöhen? Ist die Pfändungsgrenze, nach der die Gerichte den nicht kürzbaren Lebensunterhalt von Personen bestimmt, eine geeignete Grundlage für die Zugangsgrenze zur Bonuscard? 3. Der Gemeinderat hat beschlossen, die Einkommensschwellen regelmäßig alle zwei Jahre zu überprüfen. Eine erforderliche Anpassung müsste dann ab 2011 stattfinden. Deshalb ist es notwendig rechtzeitig die erforderlichen Auswertungen und Berichte zu machen. 4. Die Verwaltung stellt die Haushaltsreste 2008 und 2009 aus der BonusCard und aus der FamilienCard inklusive den Resten aus Kita-Gebühren, 1-Euro-Essen, Schulentwicklungsbeihilfe, Zuschüsse zum ÖNV etc. unverkürzt für dieselben Aufgaben in den Jahren 2010 und 2011 bereit. 	Mit GRDRs 1023/2009, Ziffer I. erledigt.
269		DIE REPUBLIKANER	627	Das Budget für die FamilienCard wird um 1,3 Mio. EUR auf 2,6 Mio. EUR herabgesetzt.	Ablehnung
270	5003180	Verwaltung		Mitteilungsvorlage "Stuttgarter Netze für alle Kinder" (GRDRs 700/2009)	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	368	FamilienCard Alle Kinder mit BonusCard erhalten das so genannte „Ranzengeld“ in Höhe von jährlich 100 EUR	50 EUR Schulbeihilfe wie in GRDRs 1287/2009 dargestellt beschlossen
		SPD	467	2. Familien mit BonusCard, die nicht zum Empfängerkreis der jährlichen 100 EUR Schulgeld nach dem SGB II gehören, erhalten für ihre Schulkinder jährlich 50 EUR ausgezahlt (75.000 EUR)	GRDRs 936/2009
		Freie Wähler	538	Für alle Kinder aus Schwellenhaushalten, die im Besitz einer BonusCard sind, wird je Schuljahr für den schulischen Bedarf eine freiwillige kommunale Beihilfe in Höhe von 50 EUR gewährt	
		SÖS und LINKE	601	Für alle Kinder aus Schwellenhaushalten, die im Besitz einer BonusCard sind, wird je Schuljahr für den schulischen Bedarf eine freiwillige kommunale Beihilfe in Höhe von 100 EUR gewährt	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
271	500 510 530	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) ämterbezogene Maßnahmen Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsamt - Beauftragung eines externen Gutachters	Ablehnung GRDrs 877/2009
272	500 510 530	Verwaltung		<p>Haushaltssicherungskonzept 2009 Konsolidierungsbeitrag im Geschäftskreis SJG (GRDrs 1396/2009) Sozialamt</p> <ul style="list-style-type: none"> - Familiencard: Reduzierung Guthaben auf 60 EUR - Kurzzeitpflege: Streichung des Entgelts für die Vorhaltung eines Kurzzeitpflegeplatzes - Behindertensport: Streichung der Sonderförderung. Aufnahme in Sportförderung und Finanzierung innerhalb Budget 52 - Palliative Care: Wegfall des finanziellen Anreizes für die Qualifizierung von Pflegekräften - Wohnungsnotfallhilfe: Reduzierung Förderung Koordinationsstellen um 50% <p>Jugendamt</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kindertageseinrichtungen: Erhöhung Gebühr von 63 auf 70 Cent. - Krippenzuschlag 50 EUR/Monat - Reduzierung Geschwistererzählung 2. Kind von 35% auf 25% - Erhöhung Essensgeld um 25 Cent/Essen - Reduzierung internes Fortbildungsprogramm - Streichung pauschaler Verbandzuschüsse - Streichung Zuschüsse Jugendwohnheime - Kürzung (10%) der pauschalen Förderung der Jugendverbände <p>Gesundheitsamt</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kürzung Förderbudget um 5% - Reduzierung amtsärztlicher Dienst (0,75 Stelle) - Auslagerung Forum Gesunde Stadt (0,5 Stelle) <p>Sozialamt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Reduzierung Förderung Wohnberatung um 36.400 EUR/Jahr <p>Gesundheitsamt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Streichung Zuschüsse für Blaues Kreuz und Kangaroo (81.000 EUR/Jahr) 	<p>s.o. Zustimmung Zustimmung Zustimmung Zustimmung s.o. s.o. s.o. s.o. Zustimmung Zustimmung Zustimmung Ablehnung Ablehnung Zustimmung Zustimmung Zustimmung Zustimmung Zustimmung</p>
		StR Wölflie (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)	mündlich		

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
273	500 510 530	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	368	<u>Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsamt (pauschal)</u> Die im Haushaltssicherungskonzept 2010/11 vorgesehenen Kürzungen in den Ämtern des Jugendamtes, Sozialamtes und Gesundheitsamtes werden nur in Höhe der Reduzierung bei der FamilienCard, mithin 2,5 Mio. EUR akzeptiert.	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt
		Freie Wähler	647	Die vorgesehenen Kürzungen bei den Ämtern des Sozialreferats werden zunächst nur in Höhe der Einsparungen bei der Familiencard (s. Antrag 537/2009), vorgenommen Ebenso werden die eventuell zusätzlichen Einnahmen durch die Änderung der Kita-Gebühren (s. Antrag 645/2009) auf die Einsparquote von SJG angerechnet Die Beauftragung eines Gutachtens wird abgelehnt	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt
274	510	SPD	453	<u>Jugendamt (pauschal)</u> 1. Die Aufgabenbereiche des Jugendamts werden vom Haushaltssicherungskonzept ausgenommen. Auf Einsparungen in diesen Bereichen wird verzichtet. 2. Damit wird auch die Beauftragung externer Gutachter zur Ermittlung von Einsparvorschlägen beim Jugendamt obsolet.	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt
		SÖS und LINKE	569	Das Jugendamt wird von den pauschalen Kürzungen ausgenommen.	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt
		SÖS und LINKE	596	1. Es wird kein Gutachter beauftragt, um Kürzungsvorschläge zu erarbeiten.	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt
		JHA 12.10.09		Das Jugendamt wird komplett von der Streichliste genommen, die Konsolidierungsquote von 6,142 Mio, EUR wird gestrichen.	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt
275	510	Freie Wähler	527	<u>Jugendamt (Einzelanträge)</u> 1. Keine Stelleneinsparungen bei: Schulsozialarbeit Mobiler Jugendarbeit	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt
276	510	Freie Wähler	535	Mindestens hälftige Rücknahme des Konsolidierungsbeitrags für die Jugendhaus gGmbH	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt GRDRs 1044/2009, Ziffer 2
277	510	SÖS und LINKE	572	keine Kürzung der Mittel der Jugendverbände	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
278	510	SÖS und LINKE	660	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Mittel für das Mütterwohnheim im Paulusstift werden nicht gekürzt. 2. Die beiden städtischen Mütterwohnheime werden unverändert weitergeführt. 3. Das Elternseminar wird unvermindert weitergeführt. <p style="text-align: center;"><u>Gesundheitsamt (pauschal)</u></p>	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt
279	530	SÖS und LINKE	569	Das Gesundheitsamt wird von den pauschalen Kürzungen ausgenommen.	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt
280	530	SÖS und LINKE	596	<ol style="list-style-type: none"> 1. Es wird kein Gutachter beauftragt, um Kürzungsvorschläge zu erarbeiten. <p style="text-align: center;"><u>Gesundheitsamt (Einzelanträge)</u></p>	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt
281	530	SPD	473	<p>Folgende Maßnahmenvorschläge aus dem Haushaltssicherungskonzept 2009 werden im Bereich des Gesundheitsamtes nicht umgesetzt. Die dafür notwendigen Finanzmittel verbleiben im Haushalt des Amtes.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einstellung der Interdisziplinären Frühförderstelle (siehe Antrag 452/2009) 2. Abbau der Gesundheitsförderung (die 2 Stellen bleiben bestehen) 3. Einschränkung beim amtsärztlichen Dienst (die 0,75 Stelle bleibt bestehen) 4. Aufgabe der STD-Beratungsstelle (die 0,8 Stelle bleibt bestehen) <p>Folgende Zuschüsse in Verwaltung des Gesundheitsamtes werden nicht gestrichen oder gekürzt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Zuschüsse für sozialpsychiatrische Dienste der Freien Träger und, soweit sie im Zusammenhang mit den Aufgaben der sozialpsychiatrischen Dienste steht, auch die entsprechende Kostenerstattung an das Klinikum (siehe Antrag 468/2009). 2. Die Zuschüsse für Arbeitshilfen bei den Sozialpsychiatrischen Diensten. 3. Der Zuschuss für die Straßensozialarbeit Bad Cannstatt. 4. Die Zuschüsse für die Selbsthilfegruppen von Weißenburg (25.000 EUR) und Aids-Hilfe (40.000 EUR). 	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt
282	530	SPD	452	<ol style="list-style-type: none"> 2. Die Interdisziplinäre Frühförderstelle (IFF) bleibt mit ihren Stellenanteilen (Gesundheitsamt 1,5 Stellen, Klinikum 0,5 Stellen) im heutigen Umfang bestehen. Eine Etatkürzung wird nicht vorgenommen. 	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
283	530	SPD	468	<p>2. Die im Haushaltssicherungskonzept vorgesehene Mittelkürzung bei den Sozialpsychiatrischen Diensten wird nicht weiter verfolgt.</p> <p>3. Die Zuschüsse für Arbeitshilfen bei den Sozialpsychiatrischen Diensten werden im Ergebnishaushalt mit 44.000 EUR/Jahr fortgeführt.</p>	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt
284	530	SÖS und LINKE	593	<p>2. Die Stellen IFF (beim Jugendamt, je 50 % beim Gesundheitsamt für Geschäftsführung Kinderärztin und Verwaltungsangestellte, beim Jugendamt Psychologe, Heilpädagogin beim Körperbehindertenverein Stuttgart e.V. sowie 3x 1 Tag pro Schulwoche Sonderpädagoginnen) bleiben erhalten.</p>	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt
285	530	SÖS und LINKE	596	<p>2. Die für die Gutachten vorgesehenen Kosten von 200.000 EUR werden dafür verwendet, um die Zuschüsse für die AIDS-Hilfe in den Jahren 2010 und 2011 im bisherigen Umfang zu gewähren.</p>	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt
286	530	SÖS und LINKE	591	<p>Die Kürzungen von 1,5 Stellen bei den gemeindepsychiatrischen Zentren, von 0,5 Stelle im Zentrum für soziale Gesundheit sowie die 3x 0,5 Stellen für die Regiekosten werden vom Gemeinderat nicht genehmigt.</p>	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt
287	500	Verwaltung		<p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) ämterbezogene Maßnahmen Sozialamt, Sachausgaben</p> <ul style="list-style-type: none"> - Streichung der Zuschüsse für die Kurzzeitpflege (181.000 EUR) - Streichung der Zuschüsse für den Behindertensport (42.000 EUR) - Streichung der Zuschüsse für Fortbildung Palliative Care (52.000 EUR) - Reduzierung der Zuschüsse für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten um 50% (66.000 EUR) - Reduzierung der Zuschüsse für die Bereiche Wohnberatung/Altenhilfe um 50% (36.000 EUR) 	Mit Beschlussfassung (s.o.) erledigt
288	5003161 5103161 5103162 530	SÖS und LINKE	570	<p>Die Förderung für Freie Träger der Wohlfahrtspflege wird im Jahr 2010 und im Jahr 2011 für die Personalkosten um 4,8 Prozent erhöht.</p>	Ablehnung GRDRs 1074/2009
		JHA 12.10.09		<p>Die Förderung freier Träger wird in den Haushalten 2010 und 2011 um jeweils 2% erhöht.</p>	Ablehnung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
289	5003110 5003161	SPD	472	<p style="text-align: center;"><u>Sozialamt</u></p> <p>Weiterarbeiten am wichtigen Thema der Integration behinderter Menschen</p> <p>1. Die Verwaltung stellt spätestens zur 2. Lesung dar, ob und wie die Finanzierung der Eingliederungshilfe im Budget des Sozialamtes verankert ist und welche Arbeitsschritte für die nächsten zwei Jahre vorgesehen sind. Dargestellt wird auch, welche Ansätze ausgelöst durch Bundesgesetzgebung inzwischen eigentlich zu den Regelaufgaben anderer Ressorts, z.B. dem Sport, gehören.</p>	Mit GRDRs 962/2009 erledigt.
290	5003140 5003161	Verwaltung Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	386	<p>Mitteilungsvorlage "Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder" (GRDRs 309/2009)</p> <p>4. Frauenhäuser und Beratungsstellen für die Frauenhäuser 2 Stellen für die Frauenberatungsstellen 0,75-Stelle für die Fraueninterventionsstelle 1 Stelle</p>	<p>Ab 2010: je 0,5 Stelle für FrauenFanal und städt. Interventionsstelle sowie Erhöhung Zuschuss um 15.000 EUR für BIF und 30.000 EUR für FIS Ab 2011: 1,0 Stelle städt. Frauenhaus, Zuschuss 60.000 EUR für autonomes Frauenhaus sowie Refinanzierung wie in GRDRs 1053/2009 dargestellt beschlossen</p>
		CDU	414	<p>Bereitstellung von</p> <ul style="list-style-type: none"> - 1 Vollzeitstelle für das städtische Frauenhaus und dem finanziellen Gegenwert von 60.000 EUR für eine Vollzeitstelle für das autonome Frauenhaus. - 0,5 Stellen für die Beratungsstelle Frauenfanal und 15.000 EUR (entspricht einem Stellenanteil von 0,25) für das BIF. - 0,5 Stellen sowie 30.000 EUR (entspricht einer weiteren 0,5 Stelle vom freien Träger) für die Fraueninterventionsstelle. 	s.o.

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
		SPD	469	<p>Aufnahme in die jährliche Regelförderung:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Städtisches Frauenhaus: 1 Personalstelle (dies ist stellenplanrelevant, refinanziert über Deckungsvorschlag). b) Autonomes Frauenhaus: 1 Personalstelle (über die Förderung freier Träger; refinanziert über Deckungsvorschlag). c) Städtische Frauenberatungsstelle: 0,4 Personalstelle (stellenplanrelevant). d) Beratungsstelle von Frauen helfen Frauen e.V.: 0,35 Personalstelle (über Förderung freier Träger). e) Fraueninterventionsstelle (FIS): 1 Personalstelle (0,5 Stellenanteile sind stellenplanrelevant). <p>Finanzierung der zusätzlichen Stellen in den Frauenhäusern über eine jeweilige Erhöhung des Tageskostensatzes um 5 EUR.</p>	s.o.
		FDP	494	<ol style="list-style-type: none"> 1. In den Frauenhäusern werden zwei Vollzeitstellen geschaffen. 2. Schaffung von zusätzlich 0,75 Stellenanteile Sozialpädagogik in den Frauenberatungsstellen (BIF 0,25 und FF 0,5 Stellenanteile). 3. In der Fraueninterventionsstelle (FIS) wird zur Umsetzung des im Konzept vorgesehenen Gruppenangebotes sowie für Begleitung der Frauen zum Gericht, zur Polizei, zum Amt für öffentliche Ordnung usw. das Personal um eine Vollzeitstelle aufgestockt. 	s.o.
		SÖS und LINKE	597	<ol style="list-style-type: none"> 1. 2 Vollzeitstellen für die Frauenhäuser (60.000 EUR für Frauen helfen Frauen und 1 Vollzeitstelle). 2. 0,75 Stellen für die Frauenberatungsstellen (0,25 Stellen für BIF, 0,5 Stellen für Frauenfanal). 3. 1 Stelle für die Fraueninterventionsstelle FIS (Gruppenangebot und Begleitung zum Gericht, Polizei, Amt für öffentliche Ordnung etc). 	s.o.

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
291	5003140 5003161	Verwaltung SPD	470	Mitteilungsvorlage "Umsetzung der Neukonzeption für die Fürsorgeunterkünfte (FUK) – Halbjahresbericht 11/2008 bis 04/2009" (GRDRs 504/2009) Einstellung von 204 000 EUR/Jahr (4 x 0,5 Stellen) für Betreuung der Fürsorgeunterkünfte. Einstellung von weitere 94 500 EUR (3 x 0,5 Stellen) zur Betreuung der im Wohnungsbestand eingestreuten Fürsorgeunterkünfte durch freie Träger	Wie beantragt GRDRs 959/2009 Ablehnung
		SÖS und LINKE	600	2. Für die Sozialarbeit in den Streuunterkünften werden 90.000 EUR bereitgestellt (3 x 0,5 Stellen). 3. Für die Sozialarbeit in den Fürsorgeunterkünften werden 4 x 0,5 Stellen bereitgestellt.	Ablehnung Wie beantragt
292	5003140	SÖS und LINKE	584	Im ersten Halbjahr 2010 wird die Flüchtlingskonzeption der Stadt Stuttgart weiterentwickelt.	Mit GRDRs 973/2009 erledigt.
293	5003180	SÖS und LINKE	590	1. Der Zuschuss zum Öffentlichen Personennahverkehr wird für Jugendliche und Erwachsene so erhöht, dass der Fehlbetrag zwischen dem Anteil für Mobilität im Hartz-IV-Regelsatz ausgeglichen wird. 2. Für Kinder und Jugendliche, die BonusCard-berechtigt sind, wird ein Zuschuss zum öffentlichen Nahverkehr gewährt, der den Fehlbetrag zwischen den Kosten des Scoolabos und dem Mobiliätsanteil im HARTZ IV-Regelsatz ausgleicht.	Ablehnung GRDRs 1023, Ziffer II
294		DIE REPUBLIKANER	627	Das Budget für die BonusCard um 300.000 EUR auf 2,0 Mio. EUR herabgesetzt.	Ablehnung
295	5003161 530	Verwaltung CDU	418	Mitteilungsvorlage "Fortführung Projekt Straßensozialarbeit in Cannstatt" (GRDRs 276/2009) Mitteilungsvorlage "Abschlussbericht Projekt Straßensozialarbeit Cannstatt" (GRDRs 800/2009) Etaterhöhung beim Gesundheitsamt 25.500 EUR/Jahr (Zuwendung für 2 x 0,4 Stellen)	2 x 0,5 Stellen (Zuschuss 67 TEUR): Ablehnung 2 x 0,4 Stellen (Zuschuss 55 TEUR) beschlossen GRDRs 1285/2009 GRDRs 944/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
		SPD	468	4. Die bewährte Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt wird mit 2 x 0,5 Stellenanteilen ausgestattet. Die dafür benötigten Mittel im Ergebnishaushalt von rd. 50.000 EUR/Jahr werden anteilig bei Sozial- und Gesundheitsamt eingestellt.	s.o.
		Freie Wähler	527	3. Fortführung der Straßensozialarbeit in Cannstatt (s. Antrag 541).	s.o.
		Freie Wähler	541	Die Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt wird wieder auf 2 x 20 Stunden erhöht und die erforderlichen Gelder in den Haushalt 2010/2011 eingestellt.	s.o.
		SÖS und LINKE	595	Förderung der Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt im Umfang einer Vollzeitstelle bei der Ambulanten Hilfe Stuttgart und der Caritas Stuttgart, wobei sowohl psychiatrische Hilfen als auch Wohnungsnotfallhilfe und Sozialarbeit durchgeführt werden solle	s.o.
296	5003161	FDP	498	Für die Fortführung des Seminarangebots für ältere Werkstattbeschäftigte werden 18.000 EUR/Jahr in den Haushalt eingestellt.	Ablehnung GRDRs 965/2009
		Freie Wähler	542	Für die Förderung der Kursangebote für ältere Werkstattbeschäftigte werden 20.000 EUR/Jahr in den städtischen Haushalt eingestellt.	Ablehnung
297	5003161	SPD	471	<ol style="list-style-type: none"> 1. Der Altenhilfeplan wird fortgeschrieben. Die Verwaltung stellt in 1. Lesung dar, welche Finanzmittel hierfür benötigt werden. Für die Erstellung eines Alterssurveys zur Lebenssituation der älteren Bevölkerung werden 10.000 EUR bereitgestellt. 2. Zur Unterstützung der Initiative "Netzwerk Demenz" werden 5.000 EUR eingestellt. Die Verwaltung bezieht Position zur bundesweiten Initiative "Demenzfreundliche Kommune" und einem möglichen Beitritt der Stadt Stuttgart. 	Ablehnung GRDRs 939/2009
		StR Hill (CDU)	mündlich	10.000 EUR für Fachtagung und Druckkosten	Wie beantragt

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
298	5003161	Verwaltung SPD	Anlage 4 zur Finanzplanung 471	<p><u>Finanzhaushalt</u></p> <p>Erhöhung der Investitionspauschale zur Finanzierung der angemeldeten Projekte APH Villa Seckendorf, APH Wichernhaus, APH Auf der Gans Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011</p> <p>4. Wir gehen davon aus, dass es laut "Grüner Liste" bei der vorgesehenen Aufnahme der Pflegeheimförderung Villa Seckendorf, APH Wichernhaus und APH Auf der Gans bleibt.</p> <p>5. In 1. Lesung wird erläutert wie die Finanzverwaltung mit den Zuschüssen für die APHs Emma Reichle Heim, Paulinenpark und Sonnenberg umzugehen gedenkt, deren Landesförderung wohl im März 2010 beschlossen wird</p> <p>Die barrierefreie Erschließung der Begegnungsstätte Kaltental in der Gesamtsumme von 78.000 EUR wird in den Investitionshaushalt aufgenommen. Die Verwaltung erstellt einen Bericht über noch ausstehende Umbauten für barrierefreie Zugänge öffentlicher Gebäude</p>	<p>Wie beantragt</p> <p>GRDRs 1112/2009</p> <p>Bei Aufnahme in die Landesförderung werden städtische Komplementärmittel entsprechend ihrer Kassenwirksamkeit ggfs. unterjährig bereitgestellt. Mit Erklärung der Verwaltung erledigt.</p> <p>Ablehnung</p>
299	5003161	Verwaltung		<p>Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung eines Investitionskostenzuschusses für das geplante Bauvorhaben Baur-Areal, des Körperbehindertenvereins bzw. Nestwerk</p>	<p>Wie beantragt</p> <p>GRDRs 1378/2009</p>

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
300	510	Verwaltung Bündnis 90/ DIE GRÜNEN CDU SPD FDP Freie Wähler	 386 413 452 495 536	<p style="text-align: center;"><u>Jugendamt</u></p> <p>Mitteilungsvorlage „Stuttgarter Rahmenkonzeption Frühe Förderung von Familien“ (GRDrs 592/2009)</p> <p>1. Bereitstellung von 900.000 EUR Das Konzept „Frühe Förderung von Familien“ ist 2010 in Stuttgart umzusetzen. Die Verwaltung legt bis zur 1. Lesung einen Kostenplan für die Umsetzung des Gesamtkonzeptes vor.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Familienbesuche nach der Geburt, Hausbesuche durch die Beratungszentren: 2,5 Personalstellen Sozialpädagogen. Für den Doppelhaushalt 2010/2011: 355.500 EUR - Elternbegleitbuch, Gutscheine für Besuche im Stadtteilzentrum, Schnupperkurse, Geschenk Kapuzenhandtuch. Für den Doppelhaushalt 2010/2011: 30.000 EUR - Die flächendeckende Einführung der Familienhebamme. Ausbau und Umfang von umgerechnet 2 Hebammenstellen für rd. 90 Familien à 30 Std. Für den Doppelhaushalt 2010/2011: 220.000 EUR - Angebote zur Familienbildung. Programm Opstapje, Rucksack, KiFa Kinder und Familienbildung. Für den Doppelhaushalt 2010/2011: 134.480 EUR <p>1. Zur Umsetzung des Gesamtkonzepts „Frühe Förderung von Familien“ in Stuttgart werden 950 000 EUR (Ergebnishaushalt) eingestellt.</p> <p>Die Verwaltung legt zur 1. Lesung eine Kostenaufstellung zur Umsetzung des Konzepts „Frühe Förderung von Familien in Stuttgart“ vor. Wir sind prinzipiell bereit, die dafür notwendigen Mittel in den Haushaltsplan 2010/2011 einzustellen.</p> <p>Die Verwaltung legt zur 1. Lesung eine Übersicht über die Kosten der einzelnen Maßnahmen des Konzepts „Frühe Förderung von Familien in Stuttgart“ vor</p>	<p>Entsprechend GRDrs 974/2009, Ziffer 1 beschlossen (845.000 EUR/Jahr)</p>

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
301	510	Verwaltung CDU	413	Mitteilungsvorlage „Initiative Z“ (GRDrs 267/2009) - Initiative Z Weiterführung der Projektleitung 50% Stelle Für den Doppelhaushalt 2010/2011: 69.600 EUR Sachkosten für Aufwandspauschalen und Anerkennungsveranstaltungen Für den Doppelhaushalt 2010/2011: 65.860 EUR	Gem. GRDrs 1273/2009 Sachmittelaufstockung um 32.900 EUR/Jahr beschlossen GRDrs 974/2009, Ziffer 2
302	510	CDU	413	- SkF Projekt Mirijam. Gruppentreffen und Hausbesuche städt. Anteil. Für den Doppelhaushalt 2010/2011: 30.000 EUR	Wie beantragt
303	510 530	SÖS und LINKE	592	1. Die Stadt Stuttgart stellt zwei Stellen für Familien-Kinderkrankenschwestern beim Gesundheitsamt zur Verfügung. 2. Die Stadt Stuttgart stellt zwei Stellen für Familien-Hebammen beim Gesundheitsamt zur Verfügung.	Mit GRDrs 974/2009, Ziffer 3 erledigt.
304	5103161	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	370	II.6 Ausbau Betriebs-Kitas laufende Betriebskosten 2010: 2.469.000 EUR 2011: 2.812.000 EUR ab 2012: 3.108.000 EUR	Wie beantragt GRDrs 1295/2009 GRDrs 1116/2009
305	5103651	Verwaltung Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	385	Mitteilungsvorlage „Qualitäts- und Personalausstattung in den städtischen Tageseinrichtungen für Kinder“ (GRDrs 547/2009) Die 20 modellhaften Einrichtungen erhalten 10.000 EUR/Jahr für Elternbildungsaktivitäten und zusätzlich weitere 10.000 EUR, um die Personalausstattung in den Kindertageseinrichtungen den zusätzlichen Aufgaben anzupassen.	3. Lesung GRDrs 1374/2009 GRDrs 1276/2009 GRDrs 1016/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
306	5103651	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Stuttgarter Netze für alle Kinder“ (GRDrs 700/2009, Ziffer 3.2)	3. Lesung GRDrs 1374/2009 GRDrs 1276/2009 GRDrs 1016/2009
		CDU	409	2. Bereitstellung von 1,0 Mio. EUR im Doppelhaushalt 2010/2011 für eine bessere Personalausstattung in den Kitas in den Bereichen des Sozialdatenatlasses 6+7. Die Verwaltung legt hierzu einen Umsetzungsvorschlag zur 1. Lesung vor.	
		SPD	451	1. Für die Qualitäts- und Personalentwicklung in den städtischen Kindertagesstätten werden insgesamt 1,0 Mio. EUR (Ergebnishaushalt) eingestellt. 2. Dieses Programm zur Qualitätsentwicklung umfasst u.a. - eine spezielle Bezuschussung von Einrichtungen zur Förderung von Elternbildung, die sich am Sozialdatenatlas, der Anzahl von Empfängern der BonusCard sowie am Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund orientiert.	
		SÖS und LINKE	588	1. Für die 20 geplanten Zentren der frühen Bildung von Kindern und Familien werden jeweils 300.000 EUR in 2010 und 2011 bereitgestellt. 2. Diese 20 Zentren erhalten einen Zuschlag beim Personalschlüssel von 20 Prozent.	
		JHA 12.10.09		Erweiterung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren nach den Kriterien des Sozialdatenatlasses.	
307	5103651	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	391	Im Haushalt wird ein Betrag von 50.000 EUR zum Ankauf von neuen oder gebrauchten Instrumenten für Einrichtungen zur Verfügung gestellt. In diesem Betrag sind die Kosten für 20 Instrumente, je eine Stimmung nach Lieferung und ein Jahr danach vor Ort sowie der Transport in die Einrichtung zu finanzieren.	3. Lesung GRDrs 1374/2009 GRDrs 1276/2009 GRDrs 1016/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
308	5103651 5103161	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen“ (GRDRs 692/2009)	3. Lesung GRDRs 1374/2009 GRDRs 1276/2009 GRDRs 963/2009
		CDU	409	3. Die Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen wird weiter ausgebaut: - bei Gruppen mit mehr als 50% bilingualen Kindern: Ausbau auf alle Gruppen (Erhöhung Budget) 40.000 EUR. - bei Gruppen mit weniger als 50 % bilingualen Kindern Ausbau bei Gruppen mit mind. 6 Kindern: 2.400 EUR Ausbau bei Gruppen mit mind. 3 Kindern: 2.000 EUR Ausbau somit bei ca. 40 Gruppen: 86.800 EUR. Für den Doppelhaushalt 2010/2011: 253.600 EUR	
		SPD	451	1. Für die Qualitäts- und Personalentwicklung in den städtischen Kindertagesstätten werden insgesamt 1,0 Mio. EUR (Ergebnishaushalt) eingestellt. 2. Dieses Programm zur Qualitätsentwicklung umfasst u.a. - den Ausbau der Sprachförderung in Einrichtungen mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund.	
309	5103161	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Personalkostenpauschale im Bereich Förderung von Tageseinrichtungen für Kinder in freier Trägerschaft“ (GRDRs 752/2009)	Ablehnung GRDRs 1028/2009
		JHA 12.10.09		Erhöhung der Förderung von Kitas fr. Träger um 4,8% auf die tatsächlichen Personalkosten 2009. Zusätzlich eine Erhöhung um Personalkosten, die durch die Einführung des Sozialtarifvertrags entstanden sind. Erhöhung der Personalkosten um 5.200 EUR für eingruppige Einrichtungen sowie für den Früh- und Spätdienst in mehrgruppigen Einrichtungen.	
310	5103161	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Qualitäts- und Personalentwicklung in den städtischen Tageseinrichtungen für Kinder“ (GRDRs 547/2009)	3. Lesung GRDRs 1374/2009 GRDRs 1276/2009 GRDRs 972/2009
		SPD	669	4. „Kindertagesstätten“ Darstellung, welcher Stellenbedarf zur Umsetzung des "Einstiekkonzepts" (Anpassung der Personalausstattungsrichtlinien) zu welchem Zeitpunkt entsteht (wir gehen von einer konsequenten stufenweisen Vorgehensweise aus, die sich in den Prioritäten nach dem Sozialdatenatlas richtet.	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
311	5103161	JHA 12.10.09	491	Verbesserung des Personalschlüssels für Bildungseinrichtungen und für die verbindliche Umsetzung des Orientierungsplans.	3. Lesung
		JHA 12.10.09		Zur Anpassung der Personalausstattung an aktuelle Anforderungen und um eine anspruchsvolle Qualität der Betreuung, Bildung und Erziehung in den städt. Kitas gewährleisten zu können, muss der Personalschlüssel deutlich erhöht werden. Dazu werden 22 Stellen für Erzieher/Innen beantragt. Darstellung des durch die qualitative Entwicklung in den Kitas als notwendig angesehenen Personalschlüssels. Ebenso Darstellung, wie dieser umgesetzt werden soll.	
312	5103162	Verwaltung	491	Mitteilungsvorlage „Qualitäts- und Personalentwicklung in den städtischen Tageseinrichtungen für Kinder“ (GRDrs 547/2009)	GRDrs 1374/2009 GRDrs 1276/2009 GRDrs 972/2009
		JHA 12.10.09		Umsetzung der Empfehlung des Städtetags und Anrechnung von Anerkennungspraktikanten zu 50%.	
313	5103657	JHA 12.10.09	491	Schulkindbetreuung: Um ein pädagogisch gutes Angebot zu gewährleisten, muss entsprechend ausgebildetes Betreuungspersonal mit dem notwendigen Personalschlüssel (siehe Hort) eingesetzt werden. Ausbau der Tagespflege, damit sie bis zum Jahr 2012 25% des Bedarf abdeckt: <ol style="list-style-type: none"> 1. Mittelbereitstellung zur Erstattung von Anmietkosten für Tagespflegeräume. 2. Das Jugendamt wird beauftragt, ein Konzept zur schrittweisen Einführung einer Gebührenordnung vorzulegen, die eine Gleichstellung von Kitas und Tagespflege vorsieht. 3. Das Jugendamt wird beauftragt, in den Jahren 2010/2011 ein Konzept zur angemessenen Honorierung der Tagesmütter vorzulegen. 4. Das Jugendamt wird beauftragt, in den Jahren 2010/2011 ein Konzept zur Finanzierung der freien Träger der Kindertagespflege vorzulegen, das sich an den Empfehlungen des Bundesverbandes für die Tagespflege e.V. orientiert. Der Eigenanteil, den die freien Träger der Kindertagespflege leisten müssen, wird auf 10% der tatsächlichen Gesamtkosten der Träger begrenzt. 	Ablehnung GRDrs 1043/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
314	5103161 5109010 530	Verwaltung SÖS und LINKE	588	Mitteilungsvorlage „Stuttgarter Netze für alle Kinder“ (GRDrs 700/2009, Ziffern 3.3, 3.4 und 4.) 3. Für die Gebührenfreiheit für waldheimähnliche Angebote werden jeweils 21.000 EUR in 2010 und 2011 bereitgestellt. 4. Für den Ausbau des Netzwerks "g'sund und g'scheit" werden jeweils 20.00 EUR in 2010 und 2011 bereitgestellt. 5. Für die zweite Strategiekonferenz werden 20.000 EUR im Jahr 2011 bereitgestellt.	Ablehnung GRDrs 977/2009
315	5103162	Verwaltung CDU SPD Freie Wähler	411 455 527	Mitteilungsvorlage „Jugendsozialarbeit an Stuttgarter Schulen“ (GRDrs 689/2009, Ziffer 2.1 Hauptschulen in Weilimdorf) 1. Ausbau Schulsozialarbeit an Hauptschulen in Stuttgart-Weilimdorf Finanzierung einer 50 % Stelle damit alle 3 Hauptschulen eine 50% Stelle haben (Kosten pro 50 % Stelle: 24.200 EUR) Für den Doppelhaushalt 2010/2011: 48.400 EUR 1. Für den Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen werden zusätzlich 200 000 EUR (Ergebnishaushalt) eingestellt. 2. Mit diesen Mitteln wird (u.a.) eine weitere 50-Prozent-Stelle für Sozialarbeit an den Hauptschulen in Weilimdorf finanziert. 3. Schaffung 50 % Stelle für Sozialarbeit an den Hauptschulen in S-Weilimdorf	Wie beantragt. GRDrs 995/2009
316	5103162	Verwaltung CDU SPD Freie Wähler	411 455 527	Mitteilungsvorlage „Jugendsozialarbeit an Stuttgarter Schulen“ (GRDrs 689/2009, Ziffer 2.2 Verbundschule Rohr) 2. Schulsozialarbeit an der Verbundschule Rohr Fortsetzung der Schulsozialarbeit. Die Mittel hierfür sind im Haushalt des Jugendamtes vorhanden. Die Schulsozialarbeit wird von 50% auf 80% aufgestockt. (Anteil pro Jahr 14.520 EUR) Für den Doppelhaushalt 2010/2011: 29.040 EUR 1. Für den Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen werden zusätzlich 200 000 EUR (Ergebnishaushalt) eingestellt. 2. Mit diesen Mitteln wird (u.a.) eine 50-Prozent-Stelle für die Verbundschule Rohr finanziert. 3. Schaffung 50 % Stelle für Verbundschule Rohr.	Ablehnung GRDrs 995/2009 Mit GRDrs 995/2009 erledigt. Mit GRDrs 995/2009 erledigt.

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
317	5103162	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Jugendsozialarbeit an Stuttgarter Schulen“ (GRDrs 689/2009, Ziffer 2.3 Förderschulen)	Erledigt mit Beschlussfassung (s.u.) GRDrs 995/2009
		SPD	455	1. Für den Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen werden zusätzlich 200 000 EUR (Ergebnishaushalt) eingestellt. 2. Mit diesen Mitteln wird (u.a.) der Einstieg in die Sozialarbeit an Förderschulen (6 x 50-Prozent-Stellen) finanziert.	
		FDP	492	Schaffung von 3 Stellen für die sechs Förderschulen.	
		Freie Wähler	527	3. Schaffung 6 x 50 % Stellen für Förderschulen.	
		StR Wölfle (B90/DIE GRÜNEN)	mündlich	3 x 0,5 Stellen in 2010 und weitere 3 x 0,5 in 2011	
318	5103162	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Jugendsozialarbeit an Stuttgarter Schulen“ (GRDrs 689/2009)	Ablehnung GRDrs 995/2009
		SÖS und LINKE	603	1. Alle zweizügigen Hauptschulen erhalten eine ganze Sozialarbeiterstelle, die einzügigen eine Teilzeitstelle. 3. An Realschulen, Gymnasien und Förderschulen wird als erster Schritt mindestens eine halbe Sozialarbeiterstelle eingerichtet. 4. Die Sozialarbeiterstellen an allen Schularten müssen unbefristet sein.	
319	5103162	DIE REPUBLIKANER	628	Der Budgetansatz für die Schulsozialarbeit wird um 15 Prozent gekürzt und auf dem Stand von 2007 eingefroren. Die Verwaltung wird aufgefordert, klare und messbare Zielbestimmungen vorzulegen sowie einen aussagekräftigen und belastbaren Evaluationsmechanismus zu schaffen.	Ablehnung GRDrs 995/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
320	5103162	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Übergangsmanagement Schule-Beruf der Landeshauptstadt Stuttgart – Umsetzungsstand und Perspektiven für 2010 und 2011“ (GRDRs 648/2009)	Entsprechend GRDRs 682/2009 erledigt. Mit Zusage der Verwaltung, dass sofern 2011 keine ESF-Mittel zur Verfügung stehen, ein Finanzierungsvorschlag gemacht wird, erledigt. GRDRs 946/2009
		CDU	411	Mitteilungsvorlage „Jugendberufshilfe nach § 13 SGB VIII für Jugendliche am Übergang Schule-Beruf“ (GRDRs 682/2009) 3. Die 11 Stellen Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen sind bis einschließlich 2010 durch die Cofinanzierung ESF finanziert. Sollte der ESF ab 2011 keine Finanzierung mehr ermöglichen müssen 300.000 EUR bereitgestellt werden um den Erhalt der Schulsozialarbeit zu sichern. Sollte der ESF für 2011 die Mittel zu Verfügung stellen, macht die Verwaltung einen Vorschlag, wie die Mittel für Schulsozialarbeit an Stuttgarter Schulen zu verwenden sind.	
		SÖS und LINKE	603	2. Alle Beruflichen Schulen erhalten eine ganze Sozialarbeiterstelle. 4. Die Sozialarbeiterstellen an allen Schularten müssen unbefristet sein.	
321	5103162	CDU	649	2. die Verwaltung berichtet in der 1. Lesung über Mentoren für Jugendliche (MefJu).	Mit GRDRs 946/2009 erledigt.
		Freie Wähler	539	Zur Sicherung des bis Ende 2009 befristeten Projekts den benötigten städtischen Zuschuss in Höhe von 16.950 EUR/Jahr dauerhaft in den Haushalt einzustellen.	
		SÖS und LINKE	585	Für das Projekt MefJu werden 15.000 EUR/Jahr bereitgestellt.	
322	5103162	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit“ (GRDRs 710/2009)	Ablehnung GRDRs 971/2009
		CDU	417	Das Patenschaft- und Mentorenprogramm der Deutschen Jugend aus Russland wird mit 25.000 EUR/Jahr gefördert.	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
323	5103162	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit“ (GRDRs 710/2009)	
		Freie Wähler	527	3. Stellenschaffung für die mobile Jugendarbeit in S-Zuffenhausen und S-Stammheim.	Antrag zurückgezogen GRDRs 1039/2009
		JHA 12.10.09		Förderung einer 100%-Stelle für mobile Jugendarbeit in Botnang. Förderung einer 100%-Stelle für offene Jugendarbeit in Münster.	Wie beantragt.
324	5103162	CDU	649	1. Bericht zur 1. Lesung über Schülercafe "Alberta" und "Wilde 13".	Mit GRDRs 1279/2009 erledigt GRDRs 970/2009
		Freie Wähler	533	Der städtische Zuschuss wird ab dem Jahr 2010 um 22.000 EUR/Jahr erhöht.	s.o.
325	5103162	SPD	465	5. Projekt LISA. Bereitstellung von Mitteln zum Nachholen des deutschen Schulabschlusses, um den Bildungserfolg von jungen Migranten zu verbessern. 65.000 EUR/Jahr	Erledigt mit Zusage der Finanzierung aus dem Budget der Jugendberufshilfe GRDRs 1057/2009
326	5103162	SPD	474	IV. Im Rahmen der Haushaltsberatungen nimmt das Jugendamt Stellung zum Projekt Mädchen.Sucht.Auswege. von Lagaya e.V., das im JHA am 4. Mai 2009 vorgestellt wurde, und legt in diesem Zusammenhang dar, inwiefern die Fortführung dieses Projekts aus Sicht der Verwaltung sichergestellt werden kann.	Ablehnung GRDRs 1088/2009
		JHA 12.10.09		Aufnahme des Projekts Mädchen.Sucht.Auswege in die Regelförderung.	Ablehnung
327	5103162	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Ausbau der Stadtteil- und Familienzentren und Aufgaben der Gemeinwesenarbeit im Rahmen der Familienförderung“ (GRDRs 637/2009)	
328	5103162	Freie Wähler	535	Bereitstellung von 850.000 EUR für den Doppelhaushalt zur Umsetzung des TvöD bei der Jugendhaus gGmbH.	Antrag zurückgezogen GRDRs 1044/2009, Ziffer 1
		Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Übersicht und Perspektiven stadtteilorientierter Aktivitäten in Stuttgart: Gemeinwesenarbeit, Soziale Stadt, Häuser und Zentren“ (GRDRs 698/2009)	
		JHA 12.10.09		Im Familien- und Generationenzentrum Heilbronner Str. wird die vorhandene 50%-Stelle um weitere 50% aufgestockt.	Gem. GRDRs 1292/2009 wie folgt beschlossen: Stadtteil- und Fam.zentrum Pfaffenäcker: Ablehnung Stadtteil- und Fam.zentrum Untertürkheim: beschlossen Stadtteil- und Fam.zentrum Stöckach: Ablehnung Stadtteil- und Fam.zentrum Lauchau: beschlossen GRDRs 955/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
329	5103162	StR Kanzleiter (SPD)	mündlich	Bericht über Auswirkungen einer lineare Erhöhung bei der Jugendhaus gGmbH <u>Finanzhaushalt</u> <u>Ausbau Kindertagesbetreuung</u> (Lfd. Nr. 330 – 350)	Mit GRDRs 1312/2009 erledigt
330	2307030 5103651 5103161	Verwaltung Bündnis 90/ DIE GRÜNEN SPD	364 und 684 450	Mitteilungsvorlage „Um- und Ausbau der Tagesbetreuung in Stuttgart – Übersicht über Maßnahmen für die Haushaltsplanberatungen 2010/2011“ (GRDRs 675/2009) 2. Ein Sonderprogramm für die Sanierung von Schulhäusern und Kinderbetreuungs-Einrichtungen im Umfang von 150 Mio. EUR wird über diese Grundsteuererhöhung finanziert und über den Zeitraum von 15 Jahren getilgt. 3. Das Sonderprogramm wird im Verhältnis 2 : 1 Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, wie in den Haushaltsanträgen „Sonderprogramm Schulen“ und „Sonderprogramm Kinderbetreuungseinrichtungen“ dargestellt, verwendet. Erarbeitung einer Prioritätenliste „(werterhöhende) Sanierungsmaßnahmen an Schulgebäuden und Kinderbetreuungseinrichtungen“, die noch nicht finanziert sind, in absteigender Reihenfolge des erforderlichen Sanierungsaufwands bis zur 2. Lesung 1. Für den Um- und Ausbau der Tagesbetreuung in Stuttgart werden im Doppelhaushalt insgesamt 40 Mio. EUR an Investitionsmitteln veranschlagt 2. Die Verwaltung legt ein Maßnahmenkonzept vor, das die nachhaltige Verbesserung des Versorgungsgrads in erster Linie in der Kleinkindbetreuung sowie in der Ganztagesbetreuung für 3- bis 6jährige zum Ziel hat. Für dieses Konzept gelten folgende Rahmenbedingungen: - Prioritäten bei der Bedarfsermittlung, orientiert am Sozialdatenatlas. - Konkrete Vorschläge für den zukunftsfähigen Um- und Ausbau bestehender Standorte sowie zur Gewinnung neuer Standorte. - Die Angabe von damit zusammenhängenden Betriebskosten.	Gem. GRDRs 1295/2009, Anlage 2 beschlossen Die Verwaltung berichtet im Gemeinderat jährlich im Juni/Juli sowie im November/Dezember über den Stand der Umsetzung. Ersatzneubauten gem. GRDRs 1295/2009, Ziffer 2 beschlossen. GRDRs 1116/2009 s.o. s.o.

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
		CDU	407	dto.	s.o.
		FDP	489	dto.	s.o.
				Investitionskosten Gesamt: 8.160.000 EUR laufende Betriebskosten 2010: 0 EUR 2011: 835.000 EUR ab 2012: 8.846.000 EUR	
333	2307030 5103651	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	367	I. Sanierungen: - Kita Feuerbach, Weilimdorfer Str. - Kita Rot, Löwensteiner Str. - Kita UTH, Öztalerstr.	s.o. GRDRs 1295/2009 GRDRs 1116/2009
		CDU	408	dto.	s.o.
		SPD	462	Kita Rot, Löwensteiner Str.	s.o.
		FDP	490	- Kita Feuerbach, Weilimdorfer Str. - Kita Rot, Löwensteiner Str. - Kita UTH, Öztalerstr.	s.o.
				Investitionskosten (netto) Gesamt: 9.585.000 EUR laufende Betriebskosten 2010: 367.000 EUR 2011: 581.000 EUR ab 2012: 1.181.000 EUR	
334	2307030 5103651	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	370	I.1 Angebotsumstellungen städt. Träger	s.o. GRDRs 1295/2009 GRDRs 1116/2009
		CDU	408	dto.	s.o.
		FDP	490	dto.	s.o.
				Investitionskosten Gesamt: 937.000 EUR laufende Betriebskosten 2010: 339.000 EUR 2011: 462.000 EUR ab 2012: 462.000 EUR	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
335	2307030 5103651	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	370	I.2 Neubau: - Kita Feuerbach, Hohewartstr. - Kita Ost, Raitelsbergstr. - Kita Wangen, Ravensburger Str. - Kita Cannstatt, Krefelder Str.	s.o. GRDrs 1295/2009 GRDrs 1116/2009
		CDU	408	dto.	s.o.
		FDP	490	dto.	s.o.
				Investitionskosten (netto) Gesamt: 3.635.000 EUR laufende Betriebskosten 2010: 0 EUR 2011: 394.000 EUR ab 2012: 1.756.000 EUR	
336	2307030 5103651	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	370	I.3 Budget Standortsuche	s.o. GRDrs 1295/2009 GRDrs 1116/2009
		CDU	408	dto.	s.o.
		FDP	490	dto.	s.o.
				Investitionskosten Gesamt: 700.000 EUR	
337	2307030 5103651 5103161	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	367	IV. Pauschale für weitere Investitionen (15.486.070 EUR)	Mit GRDrs 1116/2009 erledigt.
				<u>2. Tageseinrichtungen freie Träger</u>	
338	5103161	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Nachfinanzierung beschlossener Maßnahmen freier Träger Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011	s.o. GRDrs 1295/2009 GRDrs 1116/2009
				Investitionskostenzuschüsse Gesamt: 1.588.000 EUR laufende Betriebskostenzuschüsse 2010: 0 EUR 2011: 106.000 EUR ab 2012: 106.000 EUR	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
339	5103161	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	367	II. Sanierungen: 1. Nord, Aktion Vorschulerziehung e.V., Kita Parler Str. 106 2. Bad Cannstatt, St. Josef gGmbH, Kita Posener Str. 2 3. Giebel, Kath. Kirchengemeinde Salvator, Kita Giebelstr. 15 4. Mühlhausen, Ev. Gesellschaft, Kita Stumpstr. 5. Vaihingen, SAK Anna-Haag-Haus, Kita Mehrgenerationenhaus 6. Freiberg, TV Cannstatt, Sport-Kita 7. Degerloch, Ev. Kindertagesstätte Wurmlingerstr. 47 8. West, Kath. Kinderhaus St. Stephan, Obere Paulusstr. 83 9. West, Tagheim Lukas, Schwarenbergstr. 115 10. Feuerbach, Gustav-Werner-Kita, Wildeckstr. 33 11. Bad Cannstatt, Kita Andreästr. 13 12. Vaihingen, Kita Haus für Kinder, Fanny-Leicht-Str. 27 13. Nord, Verein fr. Waldorfschule am Kräherwald e.V., Steiner-Weg 13 14. Möhringen, Evang. Kirchengemeinde, Märzenbaumstraße 15. Süd, Kath. Kiga. St. Franziskus, Burgstr. 25	s.o. GR Drs 1295/2009 GR Drs 1116/2009
		CDU	407	dto.	s.o.
		FDP	489	dto.	s.o.
				Investitionskostenzuschüsse Gesamt: 10.057.000 EUR laufende Betriebskostenzuschüsse 2010: 596.000 EUR 2011: 1.921.000 EUR ab 2012: 2.176.000 EUR	
340	5103161	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	367	II. Sanierungen: 16. Sanierung Kath. KiGa Mariä Himmelfahrt	Mit GR Drs 1116/2009 erledigt.
		FDP	489	dto.	
				Investitionskostenzuschüsse Gesamt: 1.969.000 EUR laufende Betriebskostenzuschüsse 2010: 0 EUR 2011: 0 EUR ab 2012: 232.000 EUR	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
341	5103161	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	367	II. Sanierungen: 17. Sanierung Kath. KiGa St. Michael, Kleinhohenheimer Str.	s.o. GRDrs 1295/2009 GRDrs 1116/2009
		CDU	407	dto.	s.o.
		FDP	489	dto.	s.o.
				Investitionskostenzuschüsse Gesamt: 1.181.000 EUR laufende Betriebskostenzuschüsse 2010: 0 EUR 2011: 48.000 EUR ab 2012: 145.000 EUR	
342	5103161	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	367	II. Sanierungen: 18. Kath. Kirchengem. Salvator, Einr. Grubenäcker 149a 19. Kath. Kirchengem. Hl. Familie, Dürrlewangstr. 36, 20. Kath. Kirchengem. St. Peter, Winterbacher Str. 30-36 21. Kath. Kindergarten "Abraxas", Reinsburgstr. 115 22. PME Famileinservice GmbH, Schloßstr. 98 23. Kath. Kirchengem. Liebfrauen, Einr. Wiesbadener Str. 55 24. WD-Schule Silberwald, Gorch-Fock-str. 30 25. Kita Maximilian Kolbe, Vaihingen 26. Rudolf Sophien-Stift, gGmbH, Leonberger Str. 220 27. Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik Degerloch e.V. 28. Kath. Kindergarten St. Thomas Morus, Korianderstr. 34, Sillenbuch 29. Kita, Posener Str. 2, Bad Cannstatt 30. Kita, Walchenseestr. 36, 70378 Stuttgart-Hofen 31. Kath. Kindergarten St. Maria, Am Lehenweg 20 32. Kita, Walchenseestr. 36, 70378 Stuttgart-Hofen 33. Kita, Elbestr. 39 (Kath. Kirchengem. St. Ottilia) 34. Kath. Kinderhaus St. Elisabeth, Schwabstr. 70C/74 35. Kath. Kindergarten St. Nikolaus, Landhausstr. 65/67 36. Kita, Falchstr. 11 37. Kath. Kindergarten "Zum Guten Hirten", Erdmannhäuser Str. 23 38. Kath. Kinderhaus "Wilde Wanne", Gebrüder-Schmid-Weg 9, 39. Kath. Kita Stierlenstr. 11 (Kath, Kirchengem. St. Johannes)	s.o. GRDrs 1295/2009 GRDrs 1116/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
343	5103161	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	370	<p style="text-align: right;">Investitionskostenzuschüsse Gesamt: 7.658.000 EUR</p> <p style="text-align: right;">laufende Betriebskostenzuschüsse 2010: 261.000 EUR 2011: 728.000 EUR ab 2012: 728.000 EUR</p> <p>II.2. Neubau</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verein zur Förd. D. Waldorfpäd., Möhringen e.V., Dinghofstr. - Die Lichtstube, Schülerhort, Raitelsbergstr. 54, Ost - Weraheim, Kirchl. Stift. Zufluchtsstätten, Ob. Hoppelauweg, Mitte 	<p>s.o. GR Drs 1295/2009 GR Drs 1116/2009</p>
		CDU	407	dto.	s.o.
		FDP	489	dto.	s.o.
344	5103161	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	370	<p style="text-align: right;">Investitionskostenzuschüsse Gesamt: 2.265.000 EUR</p> <p style="text-align: right;">laufende Betriebskostenzuschüsse 2010: 428.000 EUR 2011: 513.000 EUR ab 2012: 513.000 EUR</p> <p>2. Neubau (weitere)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Montessori Kindergarten, MTV Stuttgart, Nord - Ev. Kirchengemeinde, Kindergarten Stuttgart-Vaihingen - Kath. Kinderhaus Gallenklinge, Nittelwaldstr. 15 - Evang. Kirchenpflege Stuttgart, Kindergarten Gablenberg - Eltern-Kind-Zentrum e.V., Ludwigstr. 41-43 	<p>s.o. GR Drs 1295/2009 GR Drs 1116/2009</p>
				<p style="text-align: right;">Investitionskostenzuschüsse Gesamt: 2.265.000 EUR</p> <p style="text-align: right;">laufende Betriebskostenzuschüsse 2010: 658.000 EUR 2011: 800.000 EUR ab 2012: 1.082.000 EUR</p>	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
345	5103161	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	370	II.1 Angebotsveränderungen Kitas fr. Träger	s.o. GRDrs 1295/2009 GRDrs 1116/2009
		CDU	408	dto.	s.o.
		FDP	490	dto.	s.o.
				Investitionskostenzuschüsse Gesamt: 1.116.000 EUR laufende Betriebskostenzuschüsse 2010: 2.885.000 EUR 2011: 3.787.000 EUR ab 2012: 4.148.000 EUR	
346	5103161	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	370	II.3. Neue Träger – Sportvg. Feuerbach, Triebweg 85 – Waldorf-Initiative IBIS, Hallschlag – Trägerverein Freie Aktive Schule e.V., Bopseräcker 33 – Die Stadtpiraten e.V., Augustenstr. 127 – Frauenunternehmen ZORA – Kita Wernhalde, Wernhaldenstr. 66	s.o. GRDrs 1295/2009 GRDrs 1116/2009
		CDU	408	dto.	s.o.
		FDP	490	dto.	s.o.
				Investitionskostenzuschüsse Gesamt: 783.000 EUR laufende Betriebskostenzuschüsse 2010: 1.168.000 EUR 2011: 1.523.000 EUR ab 2012: 1.523.000 EUR	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
347	5103161	CDU	408	Neue Träger (weitere) <ul style="list-style-type: none"> - Ost, Grüneburg GmbH - Süd, Die Humanisten - Ost, Early-Bird-Club GmbH - Klett Beteiligungsgesellschaft für Bildungsleistungen 	Mit GRDRs 1116/2009 erledigt.
		FDP	490	dto. <p style="text-align: right;">Investitionskostenzuschüsse Gesamt: 1.114.000 EUR</p> <p style="text-align: right;">laufende Betriebskostenzuschüsse 2010: 877.000 EUR 2011: 1.277.000 EUR ab 2012: 1.277.000 EUR</p>	
348	5103161	FDP	657	Aufnahme der Elterninitiative Pustebume in die Förderung <p style="text-align: right;">Investitionskostenzuschüsse Gesamt: 270.000 EUR</p> <p style="text-align: right;">laufende Betriebskostenzuschüsse 2010: 316.000 EUR 2011: 380.000 EUR ab 2012: 380.000 EUR</p>	s.o. GRDRs 1295/2009 GRDRs 1116/2009
349	5103161	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	370	II.4 Ausbau Horte an der Schule	s.o. GRDRs 1295/2009 GRDRs 1116/2009
		CDU	408	dto.	
		FDP	490	dto. <p style="text-align: right;">Investitionskostenzuschüsse Gesamt: 58.000 EUR</p> <p style="text-align: right;">laufende Betriebskostenzuschüsse 2010: 210.000 EUR 2011: 210.000 EUR ab 2012: 210.000 EUR</p>	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
350	5103651 5103161	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	370	II.5 Budget für weitere Angebotsumstellungen	s.o. GRDRs 1295/2009 GRDRs 1116/2009
		CDU	408	dto.	s.o.
		FDP	490	dto.	s.o.
				Investitionskostenzuschüsse Gesamt: 1.200.000 EUR laufende Betriebskostenzuschüsse 2010: 1.500.000 EUR 2011: 2.000.000 EUR ab 2012: 2.000.000 EUR	
351	5103161	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	367	III. Sanierung Jugendhäuser - Jugendhaus Obertürkheim (728.000 EUR, tats.: 199.000 EUR) - Jugendhaus Untertürkheim (404.000 EUR)	GRDRs 958/2009 Wie beantragt Wie beantragt
		SPD	454	Bereitstellen einer Sanierungspauschale für Jugendhäuser i.H.v. 1,5 Mio. EUR	Ablehnung
		Freie Wähler	515	Sanierung des Kinder- und Jugendhauses Möhringen Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (200.000 EUR)	Ablehnung
		SÖS und LINKE	664	Mittelbereitstellung für die in der roten Liste genannten Maßnahmen im Bereich Waldheime, Jugendfarmen, Jugendwohnheime und Jugendhäuser.	Mit o.g. Beschlussfassung erledigt
352	5103161	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	367	Sanierung Waldheim Zuffenhausen Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (400.000 EUR)	Wie beantragt GRDRs 958/2009
		SPD	454	dto.	Wie beantragt
		SÖS und LINKE	664	Mittelbereitstellung für die in der roten Liste genannten Maßnahmen im Bereich Waldheime, Jugendfarmen, Jugendwohnheime u. Jugendhäuser	Mit o.g. Beschlussfassung erledigt
353	5103161	SPD	454	Jugendfarm Weilimdorf Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (314.000 EUR)	Mündlich geändert auf 250.000 EUR - Ablehnung GRDRs 958/2009
		Freie Wähler	531	dto.	Mündlich geändert auf 250.000 EUR - Ablehnung
		SÖS und LINKE	664	Mittelbereitstellung für die in der roten Liste genannten Maßnahmen im Bereich Waldheime, Jugendfarmen, -wohnheime und -häuser.	Mit o.g. Beschlussfassung erledigt

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
354	5103651 5103161	Freie Wähler	554	Die Verwaltung stellt für Kindergärten (Ziff. 2 und 5) bis zur 1. Lesung dar: 1. Wie hoch die Mittel pro Jahr waren, die zur Verfügung standen? 2. Wie viel dieser Mittel bis Ende 2009 abgearbeitet werden können? 3. Ob Restmittel für das Jahr 2010 vorhanden sind und in welcher Höhe. <u>Gesundheitsamt</u>	Mit GRDRs 1379/2009 erledigt GRDRs 952/2009
355	530	Verwaltung		Mitteilungsvorlage "Neue Einschulungsuntersuchung – Stuttgarter Weg; Sachstand" (GRDRs 483/2009)	
		CDU	410	Schaffung von 2,5 Stellen Arzt/Ärztin 2,0 Stellen Sozialmedizinische Assistentin (SMA) Erhöhung des Sachkostenbudgets um 108.000 EUR/Jahr Notebooks und mobile Sehtestgeräte 43.000 EUR EDV-Ausstattung über IuK-Maßnahmenplan	Behandlung in den Beratungen zum Stellenplan GRDRs 1281/2009 GRDRs 1276/2009 GRDRs 975/2009
		SPD	473	3. Absatz Die für den Stuttgarter Weg der Einschulungsuntersuchung notwendigen zusätzlichen Stellen werden samt notwendiger Sachinvestitionen (108.000 EUR/Jahr sowie einmalig 31.000 EUR in 2010) geschaffen.	
		SPD	669	Ziffer 5 „Einschulungsuntersuchungen“ dto.	
		Freie Wähler	534	Bereitstellung der notwendigen Sachmittel von 108.000 EUR und Schaffung von 4,5 Stellen	
356	530	SÖS und LINKE	596	2. Verwendung der Kosten für die Gutachten zur Finanzierung der Impfungen gegen Hepatitis A/B für ca. 350 bis 400 Prostituierte in den Jahren 2010 und 2011 (60.000 EUR für die beiden Jahre).	Wie beantragt (2010: 40 TEUR; 2011: 20 TEUR) GRDRs 1012/2009
357	530	SÖS und LINKE	593	3. Die Stadtverwaltung legt ein Konzept vor, wie das Thema "Altwerden" im Rahmen "Gesunde Stadt" bearbeitet werden kann.	Auslagerung Forum Gesunde Stadt wie in GRDRs 993/2009 enthalten

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
358	530	SPD	477	3. Vom Klinikum wird die anteilige Förderung, d.h. 0,5 Stellenanteile, für die Interdisziplinäre Frühförderstelle (IFF) übernommen.	Gem. GRDRs 1282/2009 Übertragung der 1,5 Stellen vom Klinikum auf Amt 53. Veranschlagung der Ausgaben und Einnahmen im HH 53 brutto. GRDRs 992/2009
		SÖS und LINKE	593	1. Beim Olgahospital wird die Stelle der Ergotherapeutin von 50 % auf 100 Prozent aufgestockt. Die 100-%-Stelle der Logopädie bleibt erhalten. Das Defizit des Olgahospitals (weil die Kassen nicht genug zahlen) wird durch einen städtischen Zuschuss gedeckt.	s.o.
359	530	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Schwerpunktpraxis für Suchtmedizin, Sachstand, weitere Planung und Finanzierung“ (GRDRs 375/2009)	
		CDU	415	Etaterhöhung beim Gesundheitsamt um 100.000 EUR (2010) und 117.000 EUR (2011)	Wie beantragt. GRDRs 997/2009
		SPD	474	III. Erhöhung des bisherigen Förderbudgets um 117.000 EUR/Jahr Die Verwaltung informiert im Rahmen der Haushaltsberatungen über den aktuellen Sachstand hinsichtlich der geplanten Finanzierung der Schwerpunktpraxis und stellt dar, wie der Erhalt der Schwerpunktpraxis sichergestellt werden kann.	Ablehnung
		SÖS und LINKE	659	Der jährliche Förderbeitrag der Stadt wird um 117.000 EUR/Jahr erhöht.	Ablehnung
360	530	Verwaltung		Mitteilungsvorlage "Planungen und Positionierung der Stuttgarter Träger der ambulanten Suchthilfe in Stuttgart" (GRDRs 379/2009)	
		CDU	416	Um das Angebot einer aufsuchenden Beratung von Jugendlichen und deren Eltern, direkt im Anschluss an eine Krankenhauseinweisung wegen Alkoholintoxikation zu ermöglichen, benötigt es Mittel für 0,30 Stellen. Dafür wird der Etat beim Gesundheitsamt um 15.000 EUR/Jahr erhöht.	Wie beantragt GRDRs 994/2009
		SPD	474	II. Aufnahme einer 0,3 Fachkraftstelle in die städtische Förderung zum Erhalt des trägerübergreifenden Angebots am Olgahospital. Einstellung von rund 18.000 EUR.	
		FDP	497	Die Weiterführung der Suchtberatung bei Krankenhausbehandlungen infolge Alkoholkonsums wird durch die Gewährung von jährlichen städtischen Betriebszuschüssen ab 01.01.2010 ermöglicht.	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
361	530	StR Hill (CDU)	mündlich	Projektmittel für Release befristet für 2 Jahre als Zuschuss für Aussiedlerprojekt in Zusammenarbeit mit IN VIA. Bericht zur 2. Lesung.	Gem. GRDRs 1324/2009 Aufstockung Förderbudget um 6.500 EUR/Jahr beschlossen
362	530	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Planungen und Positionierung der Stuttgarter Träger der ambulanten Suchthilfe in Stuttgart“ (GRDRs 379/2009)	
		SPD	474	I. Erhöhung des städtischen Fördersatzes im Bereich Sucht- und Drogenhilfe von derzeit 77,5 % auf 80 % durch Erhöhung des bereits bestehenden Zuschusses um rund 70.000 EUR/Jahr Die Verwaltung informiert, in welcher Höhe sich der Zuschuss en detail belaufen wird und macht Vorschläge, wie das Ziel der Förderung von 80% erreicht werden kann.	Mit GRDRs 996/2009 erledigt
363	530	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Gerontopsychiatrische Dienste – Sachstand“ (GRDRs 628/2009)	
		SPD	468	1. Die Träger des Fachdienstes GerBera für psychisch veränderte alte Menschen erhalten als ersten Schritt eines notwendigen Ausbaus zunächst 2 weitere Stellen. Ausweislich der GRDRs 628/2009 werden 4 Stellen benötigt. Die Mehrausgabe beträgt rd. 100.000 EUR/Jahr	Ablehnung GRDRs 1009/2009
		SÖS und LINKE	591	Entsprechend den gestiegenen Anfragezahlen werden 4 zusätzliche Stellen für den gerontopsychiatrischen Dienst geschaffen.	Ablehnung
364	530	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Sozialpsychiatrische Dienste - Sachstand“ (GRDRs 630/2009)	
		SPD	468	2. Zur 1. Lesung stellt die Verwaltung dar, welcher Mittelbedarf für den notwendigen Ausbau der GPZ-Beratungszentren besteht, um die fehlenden Versorgungsangebote für junge psychisch kranke Menschen und Kinder psychisch kranker Eltern zu schaffen. Die dafür notwendigen Mittel werden im Ergebnishaushalt eingestellt.	Mit GRDRs 1010/2009 erledigt.
		SÖS und LINKE	591	Entsprechend den gestiegenen Anfragezahlen werden 2 zusätzliche Stellen für den sozialpsychiatrischen Dienst geschaffen.	Ablehnung
365	530	FDP	496	Präventionsprojekt „Seelische Erkrankung bei Jugendlichen“ Für die Fachkraft- und Sachkostenförderung werden 2010 und 2011 je 20.000 EUR (Gesamt: 40.000 EUR) bereitgestellt	Mit GRDRs 1138/2009 erledigt

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
366	0208100 WPI. ELW	Verwaltung		<p align="center"><u>Eigenbetrieb Leben und Wohnen</u></p> <p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) Maßnahmen Eigenbetriebe - Reduzierung Sach-/Betriebsaufwand um 5% durch entsprechende Kürzung der Tilgungsleistung (400.000 EUR)</p>	Zustimmung
367	WPI. ELW	Verwaltung		<p>Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Leben und Wohnen (GRDRs 723/2009)</p>	Zustimmung GRDRs 1385/2009
368	Gesamt	FDP, Freie Wähler	509	<p align="center">Technisches Referat</p> <p>Die Verwaltung erstellt bis zur 1. Lesung eine Aufstellung über die anfinanzierten, aber noch nicht begonnenen Großprojekte in der Landeshauptstadt Stuttgart mit einer Investitionssumme über 1 Mio. EUR</p>	Mit GRDRs 1005/2009 erledigt
369	620	Verwaltung		<p align="center"><u>Stadtmessungsamt</u></p> <p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) - Reduzierung des allg. Sachmittelaufwands sowie der Mittel für Fremdvergaben (Wertgutachten/Ingenieurleistungen) - Prüfauftrag: Steigerung Kostendeckungsgrad Immobilienbewertung</p>	Zustimmung
370	650	Verwaltung		<p align="center"><u>Hochbauamt</u></p> <p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) - Reduzierung der Projektbearbeitungsmittel um rd. 50% - Prüfauftrag: Bereich Bauunterhaltung</p>	Zustimmung Zurückstellung und verwaltungsinterne Klärung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
371	660	Verwaltung		<u>Tiefbauamt</u> Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) Ämterübergreifende Maßnahmen, Einnahmen - Parkgebühren/ -entgelte	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	365	Erhöhung Parkgebühren und -entgelte 1. Erhöhung Gebühren im öffentlichen Straßenraum um 18 % 2. Parkentgelte auf städtischen Parkplätzen und in städtischen Parkgaragen werden um 18 Prozent erhöht. 3. Die "Brötchentaste" wird abgeschafft.	Entsprechend GRDrs 1089/2009 beschlossen Der Einnahmenverwendung für das HSK wird zugestimmt Ablehnung GRDrs 1318/2009
		StR Wölflé (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)	mündlich VA 09.12.09	Abschaffung „Brötchentaste“ in den inneren Stadtbezirken der Zone 1	Ablehnung
		CDU	685	1. -3. Erhöhung Parkgebühren Zone 1 und 2, und Parkentgelte für Dauerparker, Wohnparker sowie P+R-Bereich gemäß GRDrs 1089/2009. 4. Einstellung der Umstellungskosten. Mehreinnahmen von ca. 0,6 Mio. EUR sollen für Erhöhung des Budgets der Straßeninstandhaltung verwendet werden.	Erledigt GRDrs 1310/2009
		SPD	460	Luftreinhaltung: Erhöhung Parkgebühren und -entgelte entsprechend Kostensteigerung VVS zwischen 2007-2010; Mehreinnahmen (0,5 Mio. EUR) für Radverkehr	Erledigt
		StR Rockenbauch (SÖS und LINKE)	mündlich VA 09.12.09	Erhöhung des Abendtarifes (Pauschaltarif) auf 5 EUR	Zustimmung
372		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	365	III Aufhebung Kostenloses Parken in der Rathausgarage	Zurückgestellt, bis neue RHG in Betrieb GRDrs 1089/2009
373	660	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) - Kürzung bei der Unterhaltung von Straßen, Gehwegen, Tunnel, Brücken, Verkehrseinrichtungen und Gewässern um rd. 20%	Zustimmung
		Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Straßenunterhaltung/ Straßenzustand“ (GRDrs 865/2009)	
		Freie Wähler	547	Verzicht auf Kürzung bei den Straßenunterhaltungsarbeiten	Ablehnung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
374	660	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDrs 849/2009) - Sondernutzungsgebühren Straßen - Nutzungs- und Gestattungsentgelte (Bogenanschlag) - Reduzierung der Projektbearbeitungsmittel um rd. 50% - Kürzung des allg. Sachmittelaufwands/Geschäftsausgaben um 20%	Zustimmung
375	6605410	StR Dr. Kienzle (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)	mündlich UTA 10.11.09	Auflistung von dringend erforderlichen Treppensanierungen	GRDrs 1002/2009 (530.000 EUR)
	6605410	StR Wölfle (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)	mündlich VA 09.12.09	Umschichtung von 100.000 EUR der Straßenunterhaltung für Treppensanierungen innerhalb des Budgets des Tiefbauamtes	Ablehnung
	6605410	StR'in Dr. Blind (SPD)	mündlich VA 09.12.09	Es werden zusätzlich 100.000 EUR für Treppensanierungen bereitgestellt	Ablehnung
376	6605410	Verwaltung		Mitteilungsvorlage Barrierefreie Bushaltestellen in der Innenstadt (GRDrs 406/2009)	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	374	3. Einrichtung neuer Buskaps zur Busbeschleunigung im Stadtgebiet (200.000 EUR) 4. Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen in der Innenstadt (700.000 EUR)	Wie beantragt GRDrs 956/2009
		SPD	463	Öffentlicher Verkehr 3. Barrierefreie Bushaltestellen in der Innenstadt (400.000 EUR)	Erlедigt durch Modifizierung des Antrags durch StR Kanzleiter (Beantragung wie Bündnis 90/ DIE GRÜNEN Antrag 374/2009 Nr. 4)
377		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	374	5. Barrierefreier Ausbau der Haltestellen Österreichischer Platz (1,2 Mio. EUR)	Finanzierung 2011 ggf. über Umschichtungen möglich. Abhängig von Zuschussbewilligung GRDrs 956/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
378	660	Freie Wähler	525	<u>Finanzhaushalt</u> Deckungsvorschläge Kürzung der jährlichen Mittel Lichtsignalanlagen FHH (- 420.000 EUR) Straßenbeleuchtung FHH (- 700.000 EUR) Verschiebung um ein Jahr Wilhelmsplatz (- 900.000 EUR) Anschluss Probststr. B 27 Fasanenhof (-350.000 EUR 2010, 350.000 EUR 2011) Tiefgarage Kursaal (- 1,0 Mio. EUR)	Mit GRDRs 1029/2009 erledigt Mit GRDRs 985/2009 erledigt
379	6605460	Freie Wähler	555	TG Kursaal Verschiebung um 1 Jahr	Mit GRDRs 985/2009 erledigt
380	660	Freie Wähler	546	Übersicht über die Höhe der Haushaltsreste 2009 des Tiefbauamtes	Mit GRDRs 1090/2009 erledigt
381	6605410	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Weiterentwicklung der Integrierten Verkehrsleitzentrale (IVLZ)“ (GRDRs 158/2009)	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	374	Aus Teilpaket 2: 1. Maßnahmen zur Beschleunigung der Busse auf den Innenstadtlinien 44, 92, 42 (400.000 EUR) 2. Maßnahmen zur Beschleunigung der Buslinien 71 und 72 in Degerloch (100.000 EUR)	Wie beantragt GRDRs 1018/2009
		CDU	425	dto.	
		SPD	463	dto.	
		CDU	425	- Teilpaket 2 (weitere Maßnahmen; 1,609 Mio. EUR)	Ablehnung
				- Teilpaket 3 (u. a. Maßnahmen zur Umsetzung immissionsabhängiger Verkehrssteuerung; 350.000 EUR)	Zustimmung (Teilpaket 3)
		SPD	460	Luftreinhaltung 1. Aus Teilpaket 3: Maßnahmen zur Umsetzung immissionsabhängiger Verkehrssteuerung (250.000 EUR)	Zustimmung (Teilpaket 3) Modifiziert durch StR Kanzleiter: 350.000 EUR

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
382	6605410	SPD	462	Löwentorstraße im Zusammenhang mit Bau U12 insg. 2,048 Mio. EUR - für städt. Begleitmaßnahmen insgesamt 0,448 Mio. EUR - zusätzliche Aufwertung zwischen Züricher Straße und Sparrhärmlingweg, insgesamt 0,4 Mio. EUR - Die Löwentorstraße wird so weitergeplant, dass längs der gesamten Straße im Seitenraum Bäume gepflanzt werden können. Die dafür erforderlichen Mittel von ca. 1,2 Mio. EUR werden ab 2013 bereitgestellt	GRDRs 960/2009 Für Aufwertungen/ Umgestaltungen werden 1.648.000 EUR bereitgestellt. Dem Vorteilsausgleich i.H.v. 500.000 EUR an die SSB in 2012 wird zugestimmt. Die Verwaltung legt im 1. Quartal 2010 ein Konzept zur Einführung eines „Baumersatzkontos“ vor.
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	377	dto.	
383	660	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Kreisverkehre in Stuttgart“ (GRDRs 398/2009)	Mit GRDRs 981/2009 erledigt Ablehnung Ablehnung Ablehnung
		FDP	518	1. Kreisverkehr Solitude-/Engelbergstr. Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (528.000 EUR) 2. Kreisverkehr Bauernwald-/Furtwänglerstr. (ab 2011) Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (274.000 EUR)	
		Freie Wähler	550	Kreisverkehr Solitude-/Engelbergstr. in S-Weilimdorf Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (528.000 EUR)	
			549	Kreisverkehr Otto-Hirsch-Brücke/Imweg/Göppinger Str. Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (310.000 EUR)	
384	6605410	SPD	462	Umgestaltung Wilhelmsplatz Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (1,548 Mio. EUR)	Erledigt GRDRs 1337/2009 GRDRs 1003/2009
385	6605410	CDU	419	"Querspange" mit der Neugestaltung des Bereichs vom Rotebühlplatz, Wilhelmsbau, Marienstraße bis hin zur Eberhardstraße Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (2,81 Mio. EUR) Prüfung Finanzierung über KV Wilhelmsplatz	Wie beantragt, 1,1 Mio. EUR aus Maßnahme KV Wilhelmsplatz werden umgeschichtet. GRDRs 1337/2009 GRDRs 966/2009
		SPD	462	Umgestaltung von Straßen und Plätzen Querspange Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (2,806 Mio. EUR)	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	372	1. Innenstadtbereich Umgestaltung des Straßenraums in eine gemeinsam genutzte Fläche und Aufwertung des öffentlichen Raums Tübinger Straße von der Eberhardstraße bis zur Paulinenbrücke, in der oberen Marienstraße und der dazwischen liegenden Sophienstraße. Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (4,5 Mio. EUR)	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
386	6605410	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	372	4. Hauptstätter Straße, B14 Verbesserungsmaßnahmen, zusätzliche Bäume, Überwege Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (900.000 EUR)	Mit Beschluss zu Umgestaltung Tübinger Str. erledigt GRDRs 1337/2009 GRDRs 951/2009
		SPD	462	Umgestaltung Hauptstätter Straße Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (5,9 Mio. EUR)	Zurückgezogen
387	6605410	SPD	462	Umgestaltung der oberen Unterländer Straße Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (1,158 Mio. EUR)	Ablehnung GRDRs 1004/2009
388	6605410	SPD	462	Umgestaltung Dreieckspatz Nagold-/Iller-/Elbestraße in Münster Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (289.000 EUR)	Ablehnung
389	6605410	Freie Wähler	548	Erwin-Schoettle-Platz Realisierung des letzten Bauabschnittes (Darstellung Kosten)	Mit GRDRs 984/2009 erledigt
390	6605410	SPD	463	Verlängerung Straße Viehwesen	Mit GRDRs 999/2009 erledigt
391	6605410	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	372	Autofreier Marktplatz Bad Cannstatt (falls das Rathaus in Bad Cannstatt saniert wird) Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (80.000 EUR)	Erledigt mit Erklärung der Verwaltung GRDRs 951/2009
392	6605410	Verwaltung		Mitteilungsvorlage Radverkehr (GRDRs 412/2009)	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	383	1. Pauschale Radverkehr 1,1 Mio. EUR 2. Ausbau der Hauptradrouten 1,1 Mio. EUR a) Tallängsweg (Route T) b) Ausbau Hauptradroute Innenstadt-Degerloch-Möhringen (Route 5/6/7), insbesondere im Abschnitt Neuen Weingsteige von Etzelstraße bis Degerloch, ergänzt durch die Verbindung Innenstadt-Hölderlinplatz-Kräherwald 3 Mit dem Rad an die Schule 0,5 Mio. EUR a) Ausbau der unbedachten Radabstellanlagen an Schulen. b) Beseitigen von Sicherheitsmängeln auf den Radwegen zu den Schulen.	- Erhöhung Pauschale: 160.000 EUR/Jahr - Realisierung Radkonzept 300.000 EUR in 2010 und 800.000 EUR in 2011 - Projekt Rad und Schule: 200 000 EUR/Jahr - Radweg Neue Weinsteige und - Radweg Halden-/Bottroper Straße werden vorrangig in Planung aufgenommen GRDRs 964/2009
		SPD	461	Für den Ausbau des Radverkehrs werden in 2010 1,520 Mio. EUR und in 2011 1,9 Mio. EUR eingestellt. Die Mittel werden entsprechend der beigelegten Liste eingesetzt.	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
		Freie Wähler	552	Ausbau von Radwegen (Ermittlung Kosten und Einstellung in Haushalt) - Radwegverbindung von Heschlach zur Innenstadt - Rad-/Fußweg in Bad Cannstatt zw. Inselbrücke und Berger Steg - Radweg in S-Weilimdorf, Hemminger Str./Wertstoffhof - Radweg in S-Weilimdorf, Gerlinger Str. - beidseitiger Radstreifen entlang Neckartalstr. in Münster - Plieningen -südlich der Körschbrücke bis Dietrich-von-Plieningen-Weg	
		SÖS und LINKE	574	Erhöhung des Radetats auf 1,8 Mio. EUR und 175.000 EUR /Jahr für Projekt „Rad und Schule“ und Aktion „Fahrrad Mobil“	
		SPD	461	Für den Betrieb von zusätzlichen Fahrradstationen werden in 2010 25.000 EUR und ab 2011 50.000 EUR in das Budget der Arbeitsförderung eingestellt	Finanzierung aus dem Budget Arbeitsförderung Bericht im WA im 1. Quartal 2010 GRDRs 1286/2009
393	6605410	DIE REPUBLIKANER	631	TH 660: "DB Rent; call a bike", Streichung der Mittel und Übernahme der Aufwendungen durch die Deutsche Bahn	Ablehnung GRDRs 964/2009
394	6605440	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Finanzierungsmittel Rosensteintunnel (zeitliche Verschiebung) - 29,28 Mio. EUR Tunnel Konrad-Adenauer-Straße - 13,2 Mio. EUR	Wie beantragt
		CDU	392	dto.	
		SÖS und LINKE	326	Fehlinvestitionen stoppen statt Haushaltssperre Alle Ausgaben (Planungen etc.) für folgende Projekte stoppen: - Rosensteintunnel - Konrad-Adenauer-Straße/Kulturmeile	Ablehnung
395	6605440	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Rosensteintunnel Kostenerhöhung (netto): 2,5 Mio. EUR	Wie beantragt
396	660	Verwaltung		Mitteilungsvorlage Tunnelnchrüstungen (GRDRs 371/2009)	
		CDU	423	"Tunnelnchrüstungen", GRDRs 371/2009; Bericht über aktuelle Planung des Tiefbauamts - auch vor dem Hintergrund des Personalbedarfs -	Mit GRDRs 1071/2009 erledigt
397	6605440	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Tunnel Heschlach, 3. BA, Nchrüstung Betriebstechnik; Kostenerhöhung (netto): 2,05 Mio. EUR	Wie beantragt

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
398	6605440	Verwaltung		Mitteilungsvorlage Erhöhung und Sanierung Lärmschutzwand B10/27 Zuffenhausen (GRDRs 148/2009)	
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	384	Erhöhung der Lärmschutzwand B 10/27 in Zuffenhausen 1,8 Mio. EUR	Wie beantragt
		CDU	421	dto.	
		SPD	460	dto.	
399	6605460	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Tiefgarage Kursaal Kostenerhöhung (1,07 Mio. EUR) Finanzierung aus Parkierungsrücklage	Wie beantragt
400	6605520	Verwaltung		Mitteilungsvorlage Hochwasserschutz (GRDRs 507/2009)	
		SPD	676	Für den dringend notwendigen Hochwasserschutz am Neckar werden 410.000 EUR Co-Finanzierungsmittel in 2010 eingestellt.	Wie beantragt
401	6605430	CDU	420	Vollanschluss Breitwiesenstraße; Endgültiger Ausbau des Anschlusses Breitwiesenstraße/Nord-Süd-Straße (636.000 EUR)	Ablehnung
402	6605440	SPD	463	Umbau Knotenpunkt B10 / B 27, Friedrichswahl; Planungsmittel (400.000 EUR)	Zurückgezogen
				<u>Eigenbetrieb Stadtentwässerung Stuttgart</u>	
403	WPI. SES	Verwaltung		Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Stuttgart (GRDRs 881/2009)	Zustimmung GRDRs 1385/2009
404	660 WPI. SES	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) Eigenbetrieb SES - Überprüfung Kosten Straßenentwässerung	Zustimmung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
405	670	<p>Verwaltung</p> <p>Bündnis 90/ DIE GRÜNEN</p> <p>CDU</p> <p>SPD</p>	<p>381</p> <p>444</p> <p>464</p>	<p style="text-align: center;"><u>Garten-, Friedhofs- und Forstamt</u></p> <p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) - Reduzierung der Mittel f. Baumpflanzungen/-sanierungen um rd.45%</p> <p>1. Neue Baumstandorte Mitte, 1. Bauabschnitt "Feinstaubbäume" (150.000 EUR) 2. Rotebühlstraße, West, Baumkonzept, 1. BA (150.000 EUR) 3. Freihofstraße u.a., Stammheim, zusätzliche Baumstandorte im Zuge des Stadtbahnbaus (50.000 EUR)</p> <p>Bericht über neue Bäume in der Stadt zur 1. Lesung. 1. Konnten alle Maßnahmen, die wir für den DHH 2008/2009 im Hinblick auf Nach- und Neupflanzungen beschlossen hatten, in den beiden vergangenen Jahren realisiert werden? Falls nein, wo bestehen noch Defizite bei der Realisierung? 2. Können in den beiden kommenden Jahren neue Bäume als Ablöse- bzw. Ausgleichsmaßnahmen gepflanzt (Neu- oder Ersatzpflanzungen) werden? 3. Bestehen zu Ziffer 2 konkrete Pläne des zuständigen Amts?</p> <p>Attraktives, grünes Stuttgart Bis zur ersten Lesung wird geprüft, ob Baumpflanzungen und Baumsanierungen auch aus Mitteln für Ausgleichszahlungen finanziert werden können. Nur wenn und soweit dies möglich ist, stimmen wir der Reduzierung dieser Mittel zu, und auch nur für die Jahre 2010 und 2011</p> <p>Zusätzliche Bäume im Zuge des Stadtbahnausbaus Stammheim (Freihofstraße u.a.) (50.000 EUR)</p>	<p>Zustimmung</p> <p>Wie beantragt Modifizierter Antrag auf 30.000 EUR Projektmittel Erledigt durch Bericht Erledigt, da bereits finanziert</p> <p>Kenntnisnahme GRDRs 1046/2009</p> <p>Mit GRDRs 1336/2009 und 1200/2009 erledigt</p> <p>Mit GRDRs 1200/2009 erledigt</p> <p>Bereits finanziert</p>

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
406	670	Verwaltung		<p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung Entgelte für Mieten/Pachten für Grundstücke/Gebäude - Entgelte für Verrechnung von Planungsleistungen an SSB - Erhöhung Entgelte für Verrechnung von internen Leistungen des Amts - Weiterer Abbau von 4 Stellen im Zuge Betriebskonzept - Reduzierung Personaletat (Überstundenvergütungen) durch Verzicht auf interne Veranstaltungen: <ul style="list-style-type: none"> • Familienfest im Höhenpark Killesberg • Wettbewerb „Natur in der Stadt“ • Internationale Gartenpatenschaften mit Cervia, St. Helens und Kairo - Kürzung bei der Unterhaltung von Außenanlagen, Grünflächen und Kinderspielplätzen um rd. 9% - Streichung der Zuschüsse für Dachbegrünungen - Prüfauftrag: Betriebshofkonzeption Friedhofswesen (weiterer Stellenabbau) <p>Ämterübergreifende Maßnahmen, Einnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung Entgelte für Bestattungsgebühren (einschließlich Einäscherung) um 10% - Verkaufserlöse (Holz, Kompost, Pflanzen) 	<p>Zustimmung Zustimmung Zustimmung</p> <p>Zustimmung Zustimmung</p> <p>Es wird gewünscht, dass der Streichelzoo auf dem Höhenpark Killesberg uneingeschränkt erhalten bleibt.</p> <p>Wie beantragt. Bericht im AKS im Frühjahr 2010 bezüglich Umsetzung bei Spielflächen GRDRs 1343/2009</p> <p>Zustimmung Keine weitere Untersuchung über bereits beschlossenen Prüfauftrag zum Stellenabbau im Friedhofsbereich hinaus</p> <p>Zustimmung</p>
407	6707010	SPD	460	<p>Naturschutz</p> <p>Umsetzung Biotoppflegekonzepten im Bezirk Nord 25.000 EUR Biotopentschlammung Filder 44.000 EUR</p> <p><u>Finanzhaushalt</u></p>	<p>Ablehnung GRDRs 1139/2009</p>
408	670	CDU	443	<p>Dienstleister für verschiedene Ämter der Stadt Stuttgart</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 Bericht zur 1. Lesung über die Verfahrensstände in den verschiedenen Bereichen der Zuständigkeit 2. Information zur 1. Lesung welcher personelle Aufwand nötig ist, um alle Projekte, die in Umsetzung sind bzw. noch kommen pflichtgemäß zu begleiten. 	<p>Mit GRDRs 1174/2009 erledigt</p>
409	6707010	FDP	513	<p>Kinderspielplätze (Sanierung oder Neubau)</p> <p>Die Verwaltung listet auf, welche beschlossenen Maßnahmen noch nicht baulich begonnen werden konnten. Darüber hinaus soll die Verwaltung berichten, wann sie diese Maßnahmen angehen will.</p>	<p>Mit GRDRs 1174/2009 erledigt</p>

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
410	6707010	Freie Wähler	529	Kinderspielplätze 1. Die Verwaltung zeigt bis zur ersten Lesung auf, wie viel Restmittel aus 2009 noch verbaut werden können. 2. In welchem Zeitrahmen die Restmittel verbaut werden können? 3. Ob darüber hinaus für den Haushalt 2010/2011 Mittel für Projekte mit höchster Priorität benötigt werden?	Mit GRDRs 1174/2009 erledigt
411	6707010	Freie Wähler	554	Bereitgestellte Mittel und Stand der Umsetzung 3. und 6. Spielplätze, Neubau/Erweiterung und Renovierung, Darstellung der Verwaltung bis zur 1. Lesung: 1. Wie hoch die Mittel pro Jahr waren, die zur Verfügung standen? 2. Wie viel dieser Mittel bis Ende 2009 abgearbeitet werden können? 3. Ob und in welcher Höhe Restmittel 2010 vorhanden sind?	Mit GRDRs 1174/2009 erledigt
412	6707010	StR Wölfler (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	mündlich	<u>Spielflächen</u> Bereitstellung von insgesamt 135.000 EUR für Spielflächen	GRDRs 1155/2009 Wie beantragt
		StR Gulde (Freie Wähler)	mündlich	Abstimmung nach Prioritätenreihenfolge entsprechend der GRDRs 1155/2009 (Leipziger Platz 75.000 EUR und Burtenbachstraße 60.000 EUR). Antrag Gäublick wird dann zurückgezogen.	Wie beantragt
413	6707010	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	376	Parks und Spielplätze 2. Leipziger Platz, Spielplatz, West, Umbau (75.000 EUR)	Wie beantragt
		SPD	459	I.1. dto.	
414	6707010	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	376	Parks und Spielplätze 2. Am Hoppenlaufriedhof, Spielplatz, Mitte, Umbau, Erweiterung 50.000 EUR	Ablehnung
		SPD	459	I. 9. dto.	
415	6707010	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	376	2. Karlshöhe/Steinbruch, Spielplätze, Süd, Umbau Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (60.000 EUR)	Ablehnung
		SPD	459	I. 13. dto.	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
416	6707010	SPD	459	Investitionen in Spielplätze I. 2. Burtenbachstraße, Spielfläche, Stammheim, Totalsanierung Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (60.000 EUR) I. 3. Hamletstraße, Spielfläche, Vaihingen, Sanierung Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (83.000 EUR) I. 4. Bopser, Spielfläche, Süd, Umbau Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (150.000 EUR) I. 5. Uhlbacher Str./Asangstraße, Spielfläche, Obertürkheim, Neubau Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (63.000 EUR) (zeitgleich zu Naturschutzprojekt) I. 6. Beethovenstraße, Skateranlage, Botnang Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (60.000 EUR) I. 7. Kaiserslauterer-/Landauer Straße, Spielfläche, Weilimdorf, Sanierung Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (70.000 EUR) I. 8. Hermann-Kopp-Weg, Spielfläche, Plieningen, Umbau Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (200.000 EUR) I. 10. Grazer Straße/Rathausgarten, Spielfläche, Feuerbach, Abriss Mauer und Neubau Zaun Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (70.000 EUR) I. 11. Mainzer Straße, Spielfläche, Weilimdorf, Sanierung Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (95.000 EUR) I. 12. Falchstraße, Spielfläche, Bad Cannstatt, Teilsanierung Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (85.000 EUR)	Wie beantragt Ablehnung Ablehnung Ablehnung Ablehnung Ablehnung Ablehnung Ablehnung Ablehnung Ablehnung Ablehnung
417	6707010	Freie Wähler	530	Gäublick, Spielplatz, Sanierung Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (90.000 EUR)	Zurückgezogen
418	6707010	SPD	459	II. Spielgeräteersatz, Erhöhung der Pauschale um jährlich 300.000 EUR	Ablehnung
419	6707010	StR'in Gröger (SPD)	mündlich	Prüfung, ob die Spielfläche Am Süßner/Unterer Walm, Untertürkheim, aus der Infrastrukturpauschale finanziert werden kann.	Wird aus der Infrastrukturpauschale finanziert GRDRs 1392/2009
420	6707010	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Honigwiesen, Spielplatz und Grünanlage, Vaihingen, Neubau (310.000 EUR) (Finanzierung aus der Infrastrukturpauschale)	Wie beantragt
		CDU	442	1. dto.	
		SPD	459	I. 14. dto.	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
421	6707010	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Im Köpfert, Spielplatz und Grünanlage, Plieningen. Neubau, 160.000 EUR (Finanzierung aus der Infrastrukturpauschale)	Wie beantragt
		CDU	442	dto.	
		SPD	459	I. 15. dto.	
				<u>Grünflächen</u>	GRDRs 1145/2009
422	6707010	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	376	Parks und Spielplätze 1. Stadtgarten, Grünanlage, Mitte, Sanierung (120.000 EUR)	Ablehnung
		SPD	464	dto.	
423	6707010	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	376	Parks und Spielplätze 1. Karlshöhe, Grünanlage, Süd, diverse Sanierungen Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (60.000 EUR)	Ablehnung
		SPD	464	dto.	
				Karlshöhe, Grünanlage, 1. BA, Süd, Zugang Hasenberg Aufnahme in den Doppelhaushalt 2010/2011 (250.000 EUR)	Ablehnung
424	6707010	SPD	464	<u>Grünflächen</u> - Travertinpark, Grünanlage, 2. BA, Bad Cannstatt (265.000 EUR) - Wieland-Wagner-Höhe, Grünanlage, Ost, Behindertengerechter Zugang zum Aussichtsplatz (50.000 EUR) - Klingenbachanlage, Grünanlage, diverse Sanierungen, Ost (70.000 EUR)	Ablehnung Ablehnung Ablehnung
425	6707010	SPD	464	<u>Wegesanierungen</u> - Hasenberganlage, West (52.000 EUR) - Kurpark Bad Cannstatt (70.000 EUR) - Villa Berg, Grünanlage, Ost (180.000 EUR) - Rotweganlage, Zuffenhausen (54.000 EUR) - Silberburgpark, West (143.000 EUR) - Höhenpark Killesberg, Panoramaweg und Badweg (100.000 EUR)	Ablehnung
				<u>Friedhöfe</u>	GRDRs 1059/2009
426	6705530	Verwaltung		Mitteilungsvorlage „Fortschreibung der Prioritätenliste "Investitionen im Friedhofsbereich"" (GRDRs 37/2009)	

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
427	6705530	Freie Wähler	553	1. bis 3. Pauschale für Investitionen im Friedhofsbereich gemäß Prioritätenliste GRDRs 37/2009 (1,1 Mio. EUR) z.B. für FH Buchrain, FH Fangelsbach, Bergfriedhof	Ablehnung
428	6705530	Freie Wähler	553	4. Im Rahmen der Haushaltsberatungen ist noch zu klären, wo die Friedhofserweiterung in Botnang aufgeführt ist, da diese auf den jetzigen Haushalt mit hoher Priorität 2008/2009 verschoben wurde und welche Mittel dazu angemeldet wurden?	Ablehnung
429	6705530	SPD	464	Friedhöfe - Wangen, Wegesanierung (420.000 EUR) - Bergfriedhof, Ost, Kanal-/Wegesanierung (300.000 EUR) - Pragfriedhof, Nord, Lagerplatz, Neuordnung (100.000 EUR) - Steigfriedhof, Bad Cannstatt, Baumstandortsanierungen einschl. Be- und Entwässerungsmaßnahmen (180.000 EUR)	Ablehnung
430	6705530	Freie Wähler	553	5. Für den stufenlosenbarrierefreien Zugang vom Friedhof Rohracker zur katholischen Pauluskirche beantragen wir die Bereitstellung von 174.000 EUR <u>Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart</u>	Ablehnung
431	WPI. AWS	Verwaltung		Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft Stuttgart (GRDRs 316/2009)	GRDRs 1385/2009
432	0208100 WPI. AWS	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) Eigenbetrieb AWS - Kosten Straßenreinigung/Winterdienst Reduzierung um 5% - Öffentliche Toilettenanlagen Reduzierung Unterdeckung 5% - Fahrbetrieb Reduzierung Unterdeckung 5% - Werkstatt Reduzierung Unterdeckung 5% - Sondernutzungsgebühr Altglasbehälter	Zustimmung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
433	Gesamt	Verwaltung Bündnis 90/DIE GRÜNEN	365	<p style="text-align: center;">Referat Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen</p> <p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009), Anlage 5, Übersicht Zuweisungen und Zuschüsse</p> <p>VI. Die Verwaltung legt eine komplette Liste der Zuweisungen und Zuschüssen an Dritte vor. Aus dieser Liste werden Einsparungen im Volumen von 100.000 EUR vorgeschlagen</p> <p>VII. Verwendung Abmilderung der Streichungen in den Bereichen Soziales und Kultur, wie beispielsweise Bücherbus etc.</p>	Der für CIS im Haushaltsplanentwurf enthaltene Zuschuss wird um 9,5% gekürzt (auf 90.500 EUR)
434	8107025	Verwaltung		<p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Reduzierung von Zuschüssen der Arbeitsförderung um rd. 10% <p style="text-align: center;"><u>Stadtkämmerei</u></p>	Zustimmung
435	Gesamt	Verwaltung		<p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009)</p> <p>Ämterübergreifende Maßnahmen, Reduzierung von Sachaufwand</p> <ul style="list-style-type: none"> - Globale Minderausgabe (10,0 Mio. EUR) - Reduzierung von allg. Geschäfts- und Betriebsaufwand um 15% 	Zustimmung, sofern nicht durch Einzelbeschlüsse bereits reduziert
436	9006110	Verwaltung		<p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009)</p> <p>Ämterübergreifende Maßnahmen, Einnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einführung Zweitwohnungssteuer zum 1.1.2011 	Zustimmung GRDRs 934/2009
437	9006110	Verwaltung Bündnis 90/DIE GRÜNEN	365	<p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009)</p> <p>Ämterübergreifende Maßnahmen, Einnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vergnügungssteuer: Einführung Wirklichkeitsmaßstab (15%) <p>I. Vergnügungssteuer Umstellung der Besteuerungsgrundlage vom Wahrscheinlichkeitsmaßstab auf den Wirklichkeitsmaßstab (18 %)</p> <p>VII. Verwendung Abmilderung der Streichungen in den Bereichen Soziales und Kultur, wie beispielsweise Bücherbus etc.</p>	Zustimmung GRDRs 933/2009
438	300 900	Verwaltung		<p>Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung Vergnügungs- und Hundesteueraufkommen durch Ausbau der Kontrollen - Effektivierung Forderungsmanagement - Optimierung Versicherungswesen 	Zustimmung

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
439	9006120	FDP	510	Zentralörtliche Belastungen der Landeshauptstadt Stuttgart Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten einer finanziellen Beteiligung der Region (oder ggfs. des Landes) an den zentralörtlichen Belastungen und zudem der Städte Gerlingen, Fellbach und Echterdingen am SSB-Verlust zu prüfen und hierüber im ersten Quartal 2010 zu berichten.	Fortschreibung Zahlen 2006 im Herbst 2010
440	0208100	SÖS und LINKE	616	Ökologische Stadtwerke Einstellung von 100 Mio. EUR/Jahr für die Förderung städtischer Energieerzeuger regenerativer Energie in den Haushalt	Ablehnung GRDRs 1187/2009
441	Gesamt	SÖS und LINKE	568	Beteiligungshaushalte Durchführung eines Informationstags in der 1. Jahreshälfte 2010 Vorschlag der Verwaltung zum Verfahren in der 2. Jahreshälfte 2010 <u>Finanzhaushalt</u>	Ablehnung
442	0208100	Verwaltung	Anlage 4 zur Finanzplanung	Finanzierungsmittel Tilgung (Umschuldung) SES-Darlehen (- 46,613 Mio. EUR)	Zustimmung
		CDU	392	dto. <u>Eigenbetrieb Bäderbetriebe Stuttgart</u>	
443	WPI. BBS		Verwaltung	Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Bäderbetriebe Stuttgart (GRDRs 772/2009)	GRDRs 1385/2009
444	0208100 WPI. BBS	SPD		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) Eigenbetrieb BBS - Reduzierung Verlustausgleich um 5%	Zustimmung
445	0208100 WPI. BBS	SPD	476	Erhaltung der Attraktivität der Stuttgarter Bäder 1. Inselbad Untertürkheim Statt der Erneuerung der Traglufthallenhaut wird eine energiesparende Alternative gesucht	Im Zusammenhang mit einer notwendig werdenden Sanierung des Hallenbads wird nach einer kombinierten Lösung als Ersatz für beide Bäder gesucht GRDRs 1221/2009
446	0208100 WPI. BBS	SPD	476	Erhaltung der Attraktivität der Stuttgarter Bäder. 3. Mineralbad Leuze Sanierung der Glasfassade und der abgehängten Decke in der Warmbadehalle (2,1 Mio. EUR)	Die Maßnahme wird vom Eigenbetrieb ohne Beanspruchung städtischer Mittel durchgeführt GRDRs 1221/2009
447	0208100 WPI. BBS	Freie Wähler	561	Freibad Weilimdorf Einstellung von 7.500 EUR in den Doppelhaushaltsplan 2010/2011 für eine Standortuntersuchung und Vorstudie	GRDRs 1217/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
448	0208100 WPI. BBS	Freie Wähler	562	Planungsmittel für das Hallenbad in Feuerbach Aufnahme in den Doppelhaushaltsplan 2010/2011 (450.000 EUR) Gegenfinanzierung durch Verschiebung der Sanierung Tiefgarage Kerschensteinschule um 2 Jahre	GRDRs 1140/2009
		StR Gulde (Freie Wähler)	mündlich	Bereitstellung von 50.000 EUR Planungsmitteln <u>Amt für Liegenschaften und Wohnen</u>	Ablehnung
449	2307030	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) - Reduzierung Bauunterhaltungsetat im Zuge Abbau Gebäudebestand Mitteilungsvorlage „Immobilienmanagement beim Amt für Liegenschaften und Wohnen“ (GRDRs 900/2009) 1. Berichtswesen und Controlling 2. Veräußerung nicht betriebsnotwendiger Immobilien	Zustimmung
		SÖS und LINKE	638	Freiräume für selbstverwaltete Projekte Die Stadt Stuttgart stellt ein Haus für die selbstverwaltete und selbstorganisierte Arbeit zur Verfügung	Ablehnung
450	230	Verwaltung		Haushaltssicherungskonzept 2009 (GRDRs 849/2009) - Erhöhung von Mieten/Erbbauzinsen - Reduzierung Bewachungsaufwand bei einzelnen Gebäuden - Bündelung bei Ausschreibung/Vergabe von Winterdiensten	Zustimmung
451	2307030	FDP	516	Bürgerhaus Hedelfingen/Hofgestaltung Die Verwaltung wird aufgefordert, die Bauausführungsplanung vorzunehmen. Finanziert werden kann die Umgestaltung aus Bauunterhaltungsmitteln des Amtes für Liegenschaften und Wohnen. <u>Finanzhaushalt</u>	Wie beantragt GRDRs 1160/2009
452	2307030	Verwaltung	Anl. 4 zur Finanzplanung	Neubau Bibliothek 21, Baupreissteigerungen (4,3 Mio. EUR)	Wie beantragt

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
453	2307030	Verwaltung	Anl. 4 zur Finanzplanung WA, 27.11.09	Neugestaltung des Areals an der Eichstraße (derzeitige Rathausgarage) Finanzierung durch Grundstückserlöse Sanierung Rathaus Bad Cannstatt	Beschluss der Sanierung (8,28 Mio. EUR zuzüglich 0,52 Mio. EUR für Interimsmaßnahmen) unter Zurückstellung der Neubebauung des Areals an der Eichstraße (derzeitige Rathausgarage), deren Planung bis Lph 2 weitergeführt wird GRDRs 1390/2009 und 662/2009
		FDP	511	Die Verschiebung des Projekts Neugestaltung des Areals an der Eichstraße auf wirtschaftlich bessere Zeiten (- 24,5 Mio. EUR)	GRDRs 1179/2009
		Freie Wähler	555	Streichung des Projekts Areal Eichstraße (- 22,0 Mio. EUR)	
454	2307030	Freie Wähler	525	Deckungsvorschläge Verschiebung um ein halbes Jahr THW-Gebäude (- 1,35 Mio. EUR 2010, 1,35 Mio. EUR 2011)	Erledigt mit GRDRs 1219/2009
455	2307210			<u>Sozialer Mietwohnungsbau</u>	GRDRs 1208/2009
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	371	1. Bau von 70 Sozialwohnungen: Bereitstellung von jährlich 2.100.000 EUR	Programme 2010/2011: 3.600.000 EUR
		Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	666	2. Der Anteil von Mietwohnungen und Eigentumsmaßnahmen im geförderten Wohnungsbau der Stadt beträgt künftig 50:50	Erledigt durch Behandlung im WA am 6.11.2009 und durch Festlegung der Förderung von soz. Mietwohnungsbau und Eigentumsmaßnahmen 2010/2011 mit jeweils 3.600.000 EUR
		SPD	466	1. Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus Erstellung von 120 Wohneinheiten in 2010/2011 3.600.000 EUR	
		SÖS und LINKE	599	1. Sozialer Wohnungsbau: Die Stadt Stuttgart fördert in den Jahren 2010 und 2011 jeweils genau so viele Sozialmietwohnungen wie Wohnungen im Familienbauprogramm und im Preiswerten Wohneigentum. (2009 wären dies 244 statt 139 gewesen)	
456	2307210	SÖS und LINKE	599	2. Mietwohnungen für mittlere Einkommensbezieher: Die Stadt Stuttgart fördert in den Jahren 2010 und 2011 jeweils 100 Mietwohnungen für mittlere Einkommensbezieher/-innen (statt 41 wie in 2009)	Erledigt mit GRDRs 1208/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
457	2307210	<p>Bündnis 90/ DIE GRÜNEN</p> <p>Bündnis 90/ DIE GRÜNEN</p> <p>SPD</p> <p>SPD</p> <p>SÖS und LINKE</p>	<p>371</p> <p>666</p> <p>466</p> <p>667</p> <p>599</p>	<p><u>Belegungsrechte</u></p> <p>I. Ankauf von Belegungsrechten: Bereitstellung von 1.200.000 EUR für 50 WE insgesamt</p> <p>4. Ankauf von Belegungsrechten Das Münchner Modell wird gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft auf Stuttgarter Verhältnisse angepasst. Mit 1.200.000 EUR, die im Rahmen der Haushaltsplanberatungen bereitgestellt werden, kann mit 50 Wohnungen ein Anfang gemacht werden, vgl. 371, I</p> <p>4. Ankauf von Belegungsrechten: 1.200.000 EUR für 50 Wohneinheiten in 2010/2011</p> <ul style="list-style-type: none"> - Um der drastisch anwachsenden Nachfrage nach preiswerten Wohnungen begegnen zu können, ist - ableitend aus dem Münchner Modell - in allen neu auszuweisenden Baugebieten ein Anteil von 20 % an sozialem Wohnungsbau zu schaffen. - Das vereinbarte Belegungsrecht der SWSG bleibt unangetastet. Um der sinkenden Zahl der Belegungsrechte an Sozialmietwohnungen entgegenzuwirken, erwarten wir den Bericht der Verwaltung zu möglicher Nachsubventionierung auf Erbbaugrundstücken, vgl. auch Antrag 466, 4. - Um das Ziel, eine ausreichende Zahl von Wohnungen zu bauen, ist wie in München eine konzertierte Aktion von allen zuständigen Abteilungen der Verwaltung und den in Stuttgart aktiven Bauträgern zu beginnen. Wohnungspolitische Leitlinien und deren Umsetzung sind zu erarbeiten <p>3. Ankauf von Belegungsrechten für Sozialmieter: Ziel: 100 Belegungsrechte pro Jahr.</p>	<p>Erledigt mit GRDRs 1208/2009</p> <p>Erledigt durch Behandlung im WA am 6.11.2009</p>
458	2307210	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	666	<p>1. Der Sozialwohnungsanteil auf allen Bauflächen, für die ein Planungsrecht aufgestellt wird, muss grundsätzlich 20 Prozent betragen</p> <p>3. Im Programm Preiswertes Wohneigentum werden künftig Wohnungen im Geschosswohnungsbau gefördert. Der Bau von Reihenhäusern kann in Ausnahmefällen genehmigt werden, ist aber besonders zu begründen</p>	Erledigt durch Behandlung im WA am 6.11.2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
459	2307210	SÖS und LINKE	599	<p>4. Die Stadt Stuttgart verpflichtet Investoren und Bauträger, bei <u>allen</u> Wohnungsbauvorhaben einen Sozialwohnungsanteil von 20 Prozent zu schaffen</p> <p>5. Förderung von Wohnungsgemeinschaften ("Neues Wohnen"): Bereitstellung von Grundstücken, auch im Bestand und nicht nur in Randlagen. Ebenso werden alternative Wohnprojekte (neue bzw. neue Formen von Genossenschaften) durch die Bereitstellung städtischer Grundstücke unterstützt.</p> <p>6. Die Soll-Vorschrift zur Prüfung der Sozialverträglichkeit von Bauplanungen wird analog zu Umweltverträglichkeitsprüfungen als Muss-Vorschrift der Stadt beschlossen.</p>	Erledigt mit GRDRs 1208/2009
460	2307210	DIE REPUBLIKANER	619	<p>Förderung von Baugemeinschaften: Um die hierfür erforderlichen Mittel freizumachen, wird das Programm "Preiswertes Wohneigentum" schrittweise heruntergefahren, das seine Zielgruppe nur noch mangelhaft erreicht</p>	Erledigt mit GRDRs 1208/2009
461	2307210	CDU	427	<p>Förderung von Eigentumsmaßnahmen: 1. In den Doppelhaushalt 2010/2011 werden 4.000.000 EUR eingestellt 2. Die Verwaltung berichtet bis zur 1. Lesung, wie viele Eigentumsmaßnahmen, mit welchen Kriterien bei dieser Summe zu bezuschussen sind.</p>	Programme 2010/2011: 3.600.000 EUR GRDRs 1208/2009
		SPD	466	<p>2. Förderung von Eigentumsmaßnahmen (Familienbauprogramm) 6.800.000 EUR für 400 Wohneinheiten - Programme 2010/2011</p>	
462	2307210	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	371	<p>II. Weiterführung des Energieeinsparprogramms: Bereitstellung von 2.300.000 EUR/Jahr</p>	Programme 2010/11: 4.600.000 EUR GRDRs 1208/2009
		SPD	460	<p>2. dto.</p>	
463	2307210	SÖS und LINKE	581	<p>Erhöhung der Zuschüsse für das EBZ für dessen Beratungstätigkeit</p>	Erledigt mit GRDRs 1208/2009
464	2307210	SÖS und LINKE	615	<p>Alternatives Konjunkturprogramm ökologischer Stadtumbau Für Maßnahmen privater Eigentümer stellt die Stadt jährlich Mittel in Höhe von 50.000.000 EUR zur Verfügung, geknüpft an die Bedingung einer vorausgehenden qualifizierten fachlichen Beratung in Bezug auf die durchzuführenden Maßnahmen (z.B. Energieberatungszentrum Stuttgart) und die Klärung der Inanspruchnahme öffentlicher Mittel anderer Geber. Für Maßnahmen in städtischen Liegenschaften stellt die Stadt ebenso 50.000.000 EUR zur Verfügung</p>	Erledigt mit GRDRs 1261/2009

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
465	2307030	SPD	479	1. Kelter in Wangen Über den Planungsstand zur Sanierung wird einschließlich der notwendigen Umbaumaßnahmen im Umfeld berichtet. Über die weitere Vorgehensweise wird im Rahmen der Beratung entschieden.	Erledigt mit GRDRs. 1260/2009
		Freie Wähler	564	Kelter Stuttgart-Wangen Die Verwaltung stellt den Umfang des Sanierungsbedarfs und dessen Kosten fest. Die notwendigen Mittel werden in den Haushalt eingestellt.	
466	2307030	Freie Wähler	566	Kelter in Hedelfingen Im Rahmen der Zertifizierung der WZG und der notwendigen Bauerhaltung müssen das Dach, einige Balken sowie der Fußboden der Kelter repariert werden Diese Maßnahmen sind zur Substanzerhaltung unbedingt erforderlich. Für den 2. Bauabschnitt ist die Finanzierung noch einzustellen. Die Verwaltung berichtet über die dazu notwendigen Mittel.	Erledigt mit GRDRs 1157/2009
467	2307210	SPD	479	2. Bürgerhaus Sillenbuch die Verwaltung berichtet, welche Vorstellungen bezüglich des Neubaus bestehen. Wir gehen zumindest davon aus, dass eine Verständigung auf einen Zeitplan und Grundzüge für die Weiterplanung erfolgen, ggf. sind Planungsmittel bereit zu stellen.	Erledigt mit GRDRs 1260/2009 und 1249/2009
		Freie Wähler	560	Bürger- und Veranstaltungszentrum in Sillenbuch Bis zur 1. Lesung benennt die Verwaltung die Kosten, die erforderlich sind, um das Projekt bis zum Entwurfsstadium der Leistungsphase 3, mit Kostenberechnung nach DIN 276, darzustellen. Im Zuge dieser Entwurfsplanung könnten auch Möglichkeiten für Kosteneinsparungen und eine Aufteilung in Bauabschnitte dargestellt werden.	
468	2307030	SPD	479	4. Bürgerhauses in Weilimdorf Eine Bedarfsanalyse wurde zum Jahresende 2009 angekündigt. Im Rahmen der Beratungen des Haushalts wird darüber berichtet. Über das weitere Vorgehen wird auf der Basis dieser Analyse entschieden.	Erledigt mit GRDRs 1260/2009
469	2903121	DIE REPUBLIKANER	620	<u>JobCenter Stuttgart</u> Die Landeshauptstadt Stuttgart fordert die Bundesregierung auf, die Beteiligungsquote des Bundes gemäß § 46 Abs. 5 bis 10 SGB II an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 u. 7 SGB II zu erhöhen	Mit GRDRs 1014/2009 erledigt

Lfd. Nr.	THH/Amts-bereich	Antragsteller	Antrag 2009 Nr.	Inhalt des Antrags	Ergebnis der Vorberatung
470	290	SÖS und LINKE	653	<ol style="list-style-type: none">1. Verbesserung Stellenschlüssel2. Sicherstellung der Pflege der Datenbank "Wissensmanagement"3. Deckung durch Umschichtung vom Eingliederungsbudget in das Verwaltungskostenbudget	Mit GRDRs 1166/2009 erledigt